

TREND

MAGAZIN FÜR SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

180 47. JAHRGANG
1/2025

Arbeitskosten in Deutschland: Sozialabgaben befeuern die Krise

AUSSENANSICHT

**Wirtschaft, Wirtschaft
und nochmals Wirtschaft**

Thomas Sigmund

TOP-INTERVIEWS

Vorfahrt für Unternehmen

Julia Klöckner MdB

Dr. Marco Buschmann MdB

DEMOGRAFISCHER WANDEL

**Gesamtes Gefüge der deutschen
Wirtschaft ist bedroht**

Prof. Axel Börsch-Supan, Ph.D.

#WT25



Wirtschaftstag in Berlin

12./13. Mai 2025

Freuen Sie sich schon jetzt mit uns auf ...



Friedrich Merz MdB
Vorsitzender der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Vorsitzender der
CDU Deutschlands



Dr. Carsten Linnemann MdB
Generalsekretär der
CDU Deutschlands



Christian Lindner MdB
Bundesminister
der Finanzen a.D.
Bundesvorsitzender der FDP



Christian Sewing
Vorstandsvorsitzender
Deutsche Bank AG



**Prof. Dr. Louisa Specht-
Riemenschneider**
Bundesbeauftragte
für den Datenschutz und
die Informationsfreiheit



Prof. Dr. Norbert Winkeljohann
Vorsitzender des Aufsichtsrates
Bayer AG

Foto: Neil Killius

**Astrid Hamker**

Präsidentin des Wirtschaftsrates der CDU e.V.

hebe diejenigen und Feinde des Wirtschaftswachstums,

Dieser Tage machte ein einschlägiges Politmagazin mit einem Foto von Christian Lindner mit „Der Täuscher“ in großen Lettern auf. Das ist der Gipfel einer durchsichtigen Kampagne, mit der die Schuld am Scheitern der Ampel bei der FDP abgeladen wird.

Die Bundesregierung ist aber auf ganzer Linie an ihren inneren Widersprüchen und zuletzt daran gescheitert, dass zwei der drei Partner – nach einem Karlsruher Urteil – noch einmal einen Bruch der Verfassung

wahren „Täuscher“ saßen und sitzen aber dennoch bis zur Bundestagswahl auf ihren Posten. Deshalb hoffe ich, dass die Wähler bezogen auf die FDP zuerst nach dem „Warum?“ und weniger nach dem „Wie?“ des Endes der Ampel fragen.

Ich bin vor Wahlen immer dafür, dass alle Parteien zuerst einmal für ihre Positionen kämpfen und nicht zu viel Rücksicht auf mögliche Regierungspartner nehmen. Das hat die CDU zu lange nicht beherzigt. Inzwischen wissen Wähler bei ihr wieder, woran sie sind.

Die Wähler haben am 23. Februar die Chance, einen Politikwechsel zu den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft und für eine nachhaltige Wirtschafts- und Finanzpolitik herbeizuführen.

Wir als Wirtschaftsrat werden die Politik weiter mit Ihrer und unserer unternehmerischen Expertise unterstützen.

„Die Ampel-Koalition ist auf ganzer Linie an ihren inneren Widersprüchen gescheitert.“

riskieren wollten. SPD und Grüne wollten und wollen lieber über die „Schuldenbremse“ diskutieren, anstatt angesichts von Rekordausgaben Prioritäten im Haushalt zu setzen. Auch Schulden für Investitionen aufzunehmen, dagegen die immer noch hohen Steuereinnahmen für wachsende Konsumausgaben und Wahlgeschenke zu verwenden, kann kein nachhaltiges Zukunftskonzept sein. Gut, dass die FDP hier die Notbremse gezogen hat, wie wir jetzt wissen. Die

Herzlichen
Ihre Astrid Hamker

Inhalt



Fotos: Tobias Koch / Julia Deplata

8, 10 TOP-INTERVIEW

Vorfahrt für Unternehmen

TREND sprach exklusiv mit Julia Klöckner MdB, der wirtschaftspolitischen Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Bundesschatzmeisterin der CDU Deutschlands, und Dr. Marco Buschmann MdB, Justizminister a.D. und Generalsekretär der FDP, darüber wie die Wirtschaft wieder Fahrt aufnehmen kann, die Energiepreise runterkommen und Unternehmer wieder Lust bekommen zu investieren.



Foto: AdobeStock/Cedric

14 TEURE ARBEIT

Steigende Sozialkosten befeuern die Krise

Im vergangenen Jahrzehnt wurden die Sozialausgaben nach den Reformen in den Nullerjahren wieder stark ausgeweitet. Das belastet den Bundeshaushalt und die Sozialkassen. Die Schere zwischen Brutto- und Nettolohn geht weiter auseinander, zum Nachteil von Unternehmen und Beschäftigten. Im internationalen Standortwettbewerb werden die hohen Lohnzusatzkosten neben den Energiekosten zunehmend zur Achillesferse der deutschen Wirtschaft.

START

EDITORIAL

3 ► Astrid Hamker

AUSSENANSICHT

6 Wirtschaft, Wirtschaft und nochmals Wirtschaft
► Thomas Sigmund

TITEL

TEURE ARBEIT

14 Steigende Sozialkosten befeuern die Krise
► Peter Hahne

AKTUELL

INTERVIEW

8 „Deutschland braucht ein Sofortprogramm für eine Wirtschaftswende.“
► Julia Klöckner MdB

10 „Die Energiepreise müssen runter.“
► Dr. Marco Buschmann MdB

DEMOGRAFISCHER WANDEL

12 Gesamtes Gefüge der deutschen Wirtschaft ist bedroht
► Prof. Axel Börsch-Supan, Ph.D.

TREND-GRAFIK

20 Abhängigkeit von China steigt weiter

INNOVATION

22 Klarer Richtungswechsel für Deutschlands Zukunft
► Bettina Stark-Watzinger MdB

24 Pragmatismus statt Stillstand
► Nathaniel Liminski

26 Nur gemeinsam sind wir wettbewerbsfähig
► Christina Raab

28 Wer ist Paul?
► Frank S. Jorga

30 Künstliche Intelligenz ist Realität
► Stefan Schnorr

RENTENPOLITIK

31 Wo bleiben die „Renten-Kleber“?
► Dr. Helge Lach

ENERGIEWENDE

32 Mit Kontinuität und Kurskorrektur
► Stephan Frense, Björn Spiegel

PHARMAINDUSTRIE

34 Säule für den Wirtschaftsstandort D
► Dr. Thomas Steffen

GESUNDHEITSPOLITIK

36 Krankenhausreform schon in Arbeit
► Matthias Heidmeier

37 Schnelles Handeln geboten
► Kristine Lütke MdB

38 Wichtiger Katalysator
► Erwin Rüddel MdB

39 Demografie schlägt doppelt zu
► Dr. Florian Reuther



Foto: Audi AG

6 AUSSENANSICHT

Wirtschaft, Wirtschaft und nochmals Wirtschaft

Alles muss sich bei der neuen Bundesregierung um die Frage drehen: Wie bringen wir das Land wieder auf Kurs?

WIRTSCHAFTSRAT

INNENANSICHT

40 Neues aus den Kommissionen

JUNGER WIRTSCHAFTSRAT

42 Die Rente auch für die Jungen akzeptabel ausgestalten

IMPRESSIONEN

44 Wirtschaftstag der Innovationen 2024

ENGAGEMENT

46 „Doppelten Tsunami verhindern.“
Joachim Gemmel

IMPRESSIONEN

48 Gesundheitssymposium 2024

49 Finanzmarktklausur
am Finanzplatz Frankfurt

STANDPUNKT STEIGER

50 Fusionsprozess bringt
alte Europafragen
wieder auf den Tisch

SCHLUSS

AUS DEN LÄNDERN

52 Rückblick | Einblick | Ausblick

56 Impressum

FORUM

57 Im Spiegel der Presse

58 Zahlen des Quartals

58 Spindoktor



Foto: AdobeStock/tunedin

12 DEMOGRAFISCHER WANDEL

Gesamtes Gefüge der deutschen Wirtschaft ist bedroht

In den nächsten Jahren werden vier Millionen mehr Menschen in den Ruhestand gehen als nachrücken. Das schwächt Deutschlands Wirtschaft.

DIE DEUTSCHE
AUTOMATENWIRTSCHAFT



Für weitere Informationen
QR-Code scannen
automatenwirtschaft.de

Setz deine
Sicherheit
nicht
aufs Spiel

Legale Spielhallen erkennt man
an fünf **Regeln**:

Zutritt nur ab 18 · Kein Alkohol
Geschultes Personal · **Verbraucherschutz**
Geprüfte Qualität

AUS VERANTWORTUNG

FÜR DAS SPIEL

Wirtschaft, Wirtschaft und nochmals Wirtschaft

*Alles muss sich bei der
neuen Bundesregierung
um die Frage drehen:
Wie bringen wir das
Land wieder auf Kurs?*

Der Zustand Deutschlands schwankt zwischen Titanic und Planwirtschaft 2.0. Die Wirtschaft steckt in der Rezession, wir konkurrieren mit den beiden Gorillas China und USA und fallen in allen internationalen Rankings zurück. Wenn die neue Regierung nicht umsteuert, behält das renommierte britische Wirtschaftsmagazin „The Economist“ Recht, das kurz vor der Veröffentlichung von Angela Merkels Memoiren schrieb: „16 Jahre Durchwursteln ohne Reformen haben Deutschland wieder einmal zum wirtschaftlich kranken Mann Europas gemacht.“ Die Ampelkoalition hat ihren Teil dazu beigetragen, dass es nicht besser geworden ist. VW und Co. lassen grüßen.

Doch das muss nicht so bleiben. Deutschland muss sich nur aktiv gegen die Abwärtsspirale stemmen. Dazu muss man nicht gleich Javier Milei oder Elon Musk bemühen, auch wenn die Debatten noch viel zu oft in geordneten deutschen Bahnen verlaufen und es uns allen gut tun würde, auch mal über richtig unbequeme Dinge zu streiten und die Komfortzone zu verlassen.

Zumindest aber sollte sich die neue Regierung auf die Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft besinnen und sich trauen, das R-Wort auszusprechen. Das R-Wort steht für Reform und wurde in den letzten Jahren durch so wohlklingende Worte wie Wünsche, Nachsteuerungen oder Gesetzesanpassungen ersetzt. Die Politik wollte die Bürgerinnen und Bürger nicht verschrecken. Oder, wie der Bundeskanzler immer wieder betont, er lasse die Hilfe für die Ukraine nicht gegen die Rente ausspielen. Alles ist für Olaf Scholz finanzierbar. Mit anderen Worten: Die Politik traut sich nicht, Prioritäten zu setzen. Lieber wird die Schuldenbremse reformiert,

was auch in der CDU wieder salonfähig zu werden scheint.

Ein Blick auf die Wahlplakate der Parteien genügt. Da ist viel von Zukunft die Rede, aber nicht von Reformen oder anderen unbequemen Wahrheiten. Aber jeder Bürger setzt Prioritäten, das macht er intuitiv, wenn er zum Beispiel eine größere Anschaffung wie ein Auto tätigt. Dann spart er an anderer Stelle. Mehr geht eben nicht, wenn er sich nicht bis über beide Ohren verschulden will. Bürger und Unternehmer können die Wahrheit übrigens gut vertragen. Sie wollen nur verlässlich wissen, auf was sie sich einstellen müssen.

Was ist nun zu tun? Über die Notwendigkeit niedrigerer Steuern und Energiepreise für die deutsche Wirtschaft ist viel geschrieben worden. Vor allem die Einsicht bei den Energiepreisen ist bei fast allen Parteien angekommen. Viel entscheidender ist aber das grundsätzliche Denken der Politik über die zukünftige Wirtschaftspolitik.

Erstens: Der deutsche Staat ist gedanklich noch viel zu oft in der

„Die neue Regierung sollte sich zumindest auf die Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft besinnen und sich trauen, das R-Wort auszusprechen.“

Foto: Handelsblatt



Thomas Sigmund

Leiter Meinungsressort
Handelsblatt
Media Group GmbH





Foto: Audi AG

Corona-Zeit verhaftet, in der er eine starke Position eingenommen hat. Auch wenn Regulierung heute im Bereich der kritischen Infrastruktur notwendig ist. Alles, was darüber hinausgeht, bremst die Wirtschaft und damit das Wachstum. Der Staat agiert auf nationaler Ebene viel zu kleinteilig. Zuletzt wollte der Bundeskanzler mit Bürokratieabbau punkten. Gleichzeitig lässt er seinen Arbeitsminister mit dem Tarifreuegesetz das nächste Bürokratiemonster für den Mittelstand auf den Weg bringen. Doch Bürokratie macht nicht an den deutschen Grenzen halt. Der Draghi-Bericht spricht von 13.000 Regulierungen! auf europäischer Ebene. Das dürfte neben dem Fachkräftemangel auch eine zentrale Antwort darauf sein, warum wir für internationale Investoren so unattraktiv geworden sind. Sie sind heute in Deutschland eher auf Schnäppchenjagd nach günstigen deutschen Unternehmen mit klingenden Markennamen.

Zweitens: Der Bürokratieabbau muss eng mit der Agenda 2030 verknüpft werden. Vorbild ist und bleibt Gerhard Schröder. Der SPD-Kanzler mag wegen seiner Nähe zu Putin ein Außenseiter sein. Wirtschaftspolitisch ist er der erfolgreichste Kanzler seit

Ludwig Erhard. Mit seiner Agenda 2010 führte er Deutschland, den damals kranken Mann Europas, zurück an die Weltspitze. Heute ist es kaum vorstellbar, dass ein Politiker den Spitzensteuersatz auf 42 Prozent senkt, die Leiharbeit zur Umgehung des Kündigungsschutzes entfesselt und mit Hartz IV das Lohnabstandsgebot wieder einführt. Die SPD hat mit dem Bürgergeld das Gegenteil gemacht. Die Schröder-SPD hatte damals übrigens 40 Prozent.

Drittens: Deutschland ist nach wie vor auf seine Exportstärke fixiert. Dieses Geschäftsmodell stößt an seine Grenzen. Der Autoabsatz in China bricht ein, die Abhängigkeit von billigem russischen Gas hat uns in große Schwierigkeiten gebracht, und sicherheitspolitisch sind wir nach wie vor von den USA abhängig. Vieles, was wir immer für selbstverständlich gehalten haben, ist weggebrochen oder droht mit dem Amtsantritt von US-Präsident Donald Trump wegzubrechen. Eine neue Bundesregierung muss sich also etwas einfallen lassen, wie sie gemeinsam mit Frankreich Europa als gleichberechtigten Partner im Spiel der Supermächte positioniert.

Viertens: Deutschland leidet unter einer doppelten Investitionsschwä-

che. Weder die Unternehmen, die für 90 Prozent der Investitionen verantwortlich sind, noch der Staat tun genug. Jeder, der in Deutschland unterwegs ist, kennt das Problem der maroden Brücken, der unpünktlichen Bahn und kaputten Schulen.

Allein der Bund hat einen Haushalt von rund 490 Milliarden Euro. Hinzu kommen die Länderhaushalte, die sogar etwas mehr einnehmen. Man fragt sich, warum die deutsche Infrastruktur, die lange zu den besten der Welt gehörte, so auf Verschleiß gefahren wird. Bei den Unternehmen ist es ganz klar, dass die Rezession zu Rückgängen geführt hat, keiner investiert in den Abschwung oder sucht nach anderen Möglichkeiten für Investitionen im Ausland. Die neue Regierung muss hier ansetzen. Die von der Ampel einmal angekündigten Superabschreibungen wären ein erster Schritt.

Bürokratieabbau, Agenda 2030, Stärkung der Exportwirtschaft und der Investitionen. Das alles wird nicht einfach. Am Ende wird es darauf ankommen, ob die Menschen in Deutschland diese Extrameile mitgehen wollen. Das wird nur gelingen, wenn sich Leistung wieder lohnt und geschätzt wird. □

TREND sprach exklusiv mit **Julia Klöckner MdB**, wirtschaftspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Bundesschatzmeisterin der CDU Deutschlands, darüber wie die Wirtschaft in Deutschland wieder in Schwung kommt, und über bessere Bedingungen am Standort Deutschland, damit Familienunternehmen und Mittelstand wieder Lust haben zu investieren.

Das Interview führte **Katja Sandscheper**.

–Frau Klöckner, die Union hat sich in den letzten drei Jahren grundlegend programmatisch neu aufgestellt. Was wird anders in Deutschland mit der Union?

Wir haben mit unserem Wahlprogramm einen Plan für die kommenden Jahre vorgelegt. Wir haben Lösungen und Konzepte für die Herausforderungen und Probleme entwickelt und sind bereit, Verantwortung zu übernehmen – in Deutschland, in Europa und in der Welt. Wir müssen uns mehr anstrengen, um Freiheit, Sicherheit und Wohlstand zu bewahren und mit anderen mithalten zu können. Wir wollen einen Politikwechsel, der das Vertrauen in staatliches Handeln erneuert, die Wirtschaft stärkt, Planungssicherheit liefert und den Standort für Unternehmen wie Arbeitnehmer attraktiv macht.

–Welchen wirtschaftspolitischen Kurs werden Sie Deutschland verordnen, damit die Wirtschaft wieder wächst?

Wir setzen auf die Kräfte der Sozialen Marktwirtschaft, auf Wettbewerb und unternehmerische Freiheit, um Innovationen und Produktivität voranzutreiben. Die Union

industrialisierung. Viele Menschen sind verunsichert und investieren nicht mehr in den Klimaschutz. Auch, weil sie Angst um ihre eigene Zukunft und den Arbeitsplatz haben. Für uns gehören wirtschaftliches Wachstum und Klimaschutz zusammen. Das Heizungsgesetz der Ampel werden wir abschaffen. Statt bürokratischem Reinregieren in den Heizungskeller, wollen wir technologieoffen emissionsarme Wärmelösungen fördern.

–Der Industriestrompreis ist hierzulande im Mittel für Unternehmen mehr als doppelt so hoch wie in den USA. Wie kommen wir wieder auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau?

Deutschland hinkt hinterher. Der Bundeskanzler hatte im vergangenen Wahlkampf noch einen Industriestrompreis von vier Cent pro Kilowattstunde versprochen. Umgesetzt wurde er nicht. Jetzt wird der Vorschlag noch einmal herausgeholt. Die Stromkosten in Deutschland sind aber insgesamt zu hoch. Deshalb müssen alle Kapazitäten ans Netz, die klimafreundlich und systemdienlich sind. Ideologische Scheuklappen dürfen den Denkraum nicht länger

„Deutschland braucht ein Sofortprogramm für eine

wird die Wirtschaft mitnehmen und weniger von oben herab verordnen. Politik muss sich zurücknehmen und klassisches Unternehmertum ermöglichen. Angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Lage braucht es ein Sofortprogramm für eine Wirtschaftswende sowie grundlegende Reformen für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit.

–Wie planen Sie das Thema Klimaschutz in Deutschland anzugehen? Wie würde die Union etwa mit dem verkorkten Ampel-Heizungsgesetz umgehen?

Die ideologische und planwirtschaftliche Klimapolitik ist gescheitert. Deutschland erlebt eine tiefgreifende De-

einengen. Die Wiederaufnahme des Betriebs der zuletzt abgeschalteten Kernkraftwerke muss geprüft werden. Die Forschung zu Kernenergie intensivieren wir. Und: Wir senken die Stromsteuer und die Netzentgelte, damit Strom für alle schnell und spürbar günstiger wird.

–Das Wort Bürokratieabbau ist seit Jahren in aller Munde. Doch hört man Unternehmen zu, ist bisher viel zu wenig passiert ...

Überbordende Dokumentations-, Melde- und Statistikpflichten, lange Verfahren sowie Vollzugsprobleme in Behörden: Das kostet unnötig Geld, Zeit, Nerven und



Foto: Tobias Koch

Personal. Für echten Bürokratieabbau müssen alle Ebenen mitmachen – von der Kommune bis zur EU. Mit jährlichen Entrümpelungsgesetzen und Bürokratie-Checks beseitigen wir überflüssigen Papierkram.

Und es braucht ein neues Staatsverständnis, indem sich die öffentlichen Stellen mehr als Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürger sehen. Weniger Bürokratie wird es langfristig aber nur mit einem schlankeren Staat geben. Zusätzlich muss die Digitalisierung vorankommen. Sie ist ein starker Hebel für den Bürokratieabbau. Die Ampel-Regierung hat sich bewusst fürs Nichthandeln entschieden. Sie verschläft damit die Digitalisierung und Modernisierung unseres Landes.

„Die Ampel hat ein Ausgaben-, kein Einnahmenproblem.“

Solidaritätsgedanken, aber keine Regierung sollte das zur Finanzierung populistischer Wahlversprechen ausnutzen. Am Ende wird weniger im Steuersäckel landen, weil sich Unternehmen von unserem Standort verabschieden werden.

–Im weltweiten Vergleich zahlen deutsche Unternehmer mit die höchsten Steuersätze. Was plant die Union hier, um ihre Wettbewerbsfähigkeit wieder zu stärken?

Die aktuellen Steuersätze sind abschreckend für den Standort. Sie verhindern leistungsgerechten und fairen Wettbewerb. Aber genau diesem wollen sich unsere neugierigen, fleißigen und risikofreudigen Unternehmer und Unternehmerinnen stellen. Wir sind mit nahezu 30 Prozent international ein Hochsteuerland. Andere Staaten reagierten, nur bei uns verschloss die Bundesregierung drei Jahre lang die Augen. Wir wollen mit besseren Abschreibungsmöglichkeiten die Anreize für Investitionen steigern. Außerdem werden wir mit einer umfassenden Steuerreform die Einkommen- als auch die Körperschaftsteuer auf die Höhe der Zeit bringen.

–Für die Sozialabgaben galt lange die 40-Prozent-Marke als goldene Regel. Schaffen wir es, sie wieder auf diese Grenze zu drücken?

Die Stabilität und Nachhaltigkeit des Sozialversicherungssystems ist bedroht. Immer höhere finanzielle Defizite zeichnen sich ab. Mit der Ampelregierung wurde die 40-Prozent-Marke bei den Sozialabgaben gerissen. Damit werden die wirtschaftlichen Impulse der aktuellen Bundesregierung verpuffen. Das schadet der Motivation

Wirtschaftswende.“

–Mittelstand und Familienunternehmen in Deutschland kommt die Motivation abhanden hierzulande zu investieren. Stichwort: „Milliardärssteuer“.

Es ist absurd. Die politischen Mitbewerber betreiben puren Populismus. Erstens sind die Steuereinnahmen heute schon höher denn je. Der Staat hat inzwischen fast eine Billionen Euro zur Verfügung. Das sind 47 Prozent mehr als noch vor zehn Jahren. Die Ampel hat ein Ausgaben-, kein Einnahmenproblem. Zweitens zahlen bereits heute die reichsten zehn Prozent über 50 Prozent des Lohn- und Einkommenssteueraufkommens. Starke Schultern tragen seit langem größere Lasten. Viele machen das aus einem

und Leistungsbereitschaft von Arbeitgebern und -nehmern. Wir wollen uns wieder unter diese Marke hinbewegen, das ist unser Ziel.

Aktuell erhalten zu viele in unserem Land Solidarleistungen, statt selbst einzuzahlen. Fördern und Fordern muss immer gelten. Deshalb werden wir das Bürgergeld abschaffen und durch eine neue Grundsicherung ersetzen. Leistung muss sich wieder lohnen in unserem Land. Und wir wollen Mehrarbeit belohnen und Fachwissen in den Betrieben und Unternehmen halten, indem wir Überstundenzuschläge steuerfrei stellen und eine Aktivrente einführen. □

TREND sprach exklusiv mit dem neuen Generalsekretär der FDP und Bundesminister der Justiz a.D., **Dr. Marco Buschmann MdB**, über die Schuldenbremse, die Finanzierung und Modernisierung von Infrastrukturen, Bürokratieabbau, aber vor allem über Rezepte wie die Wirtschaft wieder wachsen kann.

Das Interview führte **Katja Sandscheper**.

- **Die Frage nach dem Umgang mit der Schuldenbremse hat das Ende Ampel-Koalition einläutet. War es richtig, das Thema zum Zünglein an der Waage für die Koalition zu machen? Warum ist die Schuldenbremse für Ihre Partei so wichtig?**

Die Schuldenbremse war ein ausschlaggebender Punkt, nicht aber der Ausgangspunkt. Ausgangspunkt war die Frage, wie wir unser Land wieder wirtschaftlich stark machen: Mit mehr Wettbewerbsfähigkeit oder immer mehr Schulden? Diese ökonomische Frage ist eine Schicksalsfrage für unser Land. Denn daran hängen Arbeitsplätze, Wohlstand und der Kitt der Gesellschaft. Christian Lindner hatte konstruktive Vorschläge für mehr Wettbewerbsfähigkeit vorgelegt. Diese wurden aber nicht einmal beraten. Stattdessen forderte der Bundeskanzler uns auf, einem Aussetzen der Schuldenbremse ohne Prüfungsmöglich-

staatlichen Investitionen befinden sich auf Rekordniveau – anders als die privaten Investitionen. Das zeigt, dass der Standort Deutschland nicht wettbewerbsfähig ist: zu hohe Steuern, zu hohe Energiepreise, zu viel Bürokratie. Darauf müssen wir den Blick richten.

- **Im internationalen Vergleich zahlen deutsche Unternehmer mit die höchsten Steuersätze. Müssen wir hier nicht wettbewerbsfähiger werden?**

Definitiv. Deutschland ist Höchststeuerland. Mit fast 30 Prozent hat unser Land die zweithöchsten Unternehmenssteuern in der EU. Deshalb ist die Reduzierung der Steuerlast für Unternehmen eine der wichtigsten Maßnahmen, um den Standort Deutschland wieder auf Vordermann zu bringen. Als Freie Demokraten ist es unser Ziel, die Steuerlast von 30 auf 25 Prozent zu senken.

„Die Energiepreise müs

keit und auf Zuruf zuzustimmen. Das war inakzeptabel. Die Schuldenbremse ist keine technische Spielerei – sie ist eine Inflationsbremse, ein Gebot der Generationengerechtigkeit und sichert unsere finanzielle Krisenreaktionsfähigkeit ab. Deshalb stehen wir Freie Demokraten zur Schuldenbremse.

- **Viele Infrastrukturen in unserem Land müssen modernisiert oder komplett erneuert werden. Von Brücken, über Autobahnen, Schienenstrecken bis hin zu schnellem Internet. Wie planen Sie diese Investitionen im Falle einer Regierungsbeteiligung zu finanzieren und was halten Sie in diesem Zusammenhang von den Konzepten Investitionsbremse oder Fonds?**

Deutschland hat kein Einnahmeproblem, sondern ein Ausgabeproblem. Die Steuereinnahmen steigen kontinuierlich an und steuern auf eine Billion Euro zu: 1.000.000.000.000 Euro. Zudem lässt die Schuldenbremse, so wie sie ist, sogar etwa 50 Milliarden Euro Neuverschuldung pro Jahr zu. Die

Dazu wollen wir die Körperschaftsteuer reduzieren und den Solidaritätszuschlag vollständig abschaffen. Das wäre ein großer Schritt nach vorne.

- **Der sehr hohe Preis für Strom in Deutschland und generell die an vielen Stellen nicht zu Ende gedachte Energie- und Wärmewende kosten Wirtschaft und Verbraucher viel Geld und bringen dem Klima wenig. Wie kommt Deutschland hier wieder in ein Fahrwasser, das Klimaschutz möglich macht, ohne Menschen und Unternehmen die Luft zum Atmen zu nehmen?**

Wie auch bei den Steuern gilt: Die Energiepreise müssen runter. Hohe Preise sind ein Ausdruck von Knappheit. Deshalb müssen wir das Angebot ausweiten. Dafür braucht es eine marktwirtschaftliche Energiepolitik mit einem echten Hochlauf von Erneuerbaren Energien, Kraftwerken, Speichern und der Wasserstoffwirtschaft. Wir müssen auch offen über weitere Energieträger nachdenken. Oft sind es bürokratische Hürden, die hier im Weg stehen.



Foto: Julia Deptala

„Deutschland leidet unter einem Bürokratie-Burnout. Das schadet unserem Land.“

Diese Hürden müssen wir abbauen. Das hohe Preisniveau ist aber auch auf die hohe Energiebesteuerung zurückzuführen. Deshalb wollen wir etwa die Stromsteuer auf das EU-Mindestmaß absenken.

sen runter.“

–Der Bürokratieabbau ist seit Jahren in aller Munde. Doch trotz aller Lippenbekenntnisse ist die Regulierungswut auf EU-Ebene, bei Bund, Ländern und Kommunen ungebrochen. Das setzt ganz besonders kleinen Unternehmen und dem Mittelstand zu. Wie kommen wir raus aus der Spirale?

Deutschland leidet unter einem Bürokratie-Burnout. Das schadet unserem Land und diesen Trend müssen wir stoppen.

Als Justizminister habe ich in der Bundesregierung das Meseberger Bürokratieabbau-Paket auf den Weg gebracht. Das Paket entlastet die Wirtschaft um rund 3,5 Milliarden Euro pro Jahr. Für 90 Prozent dieses Entlastungsvolumens haben das Finanzministerium von Christian Lindner und das Justizministerium gesorgt. Die Freien Demokraten haben das also fast im Alleingang gestemmt. Eine Koalition, die beim Thema Bürokratieabbau an einem Strang zieht, könnte noch viel mehr erreichen.

–... und was ist mit der europäischen Ebene?

Die EU-Kommission ist mittlerweile der Hauptproduzent der Bürokratie. In seinem jüngsten Jahresbericht hat der Nationale Normenkontrollrat, ein unabhängiges Beratungsgremium der Bundesregierung, festgestellt, dass zwischen 2015 bis 2024 gut 70 Prozent der bürokratischen Belastungen aus Brüssel kamen.

In der ersten Amtszeit von Kommissionspräsidentin Dr. Ursula von der Leyen sind rund 13.000 neue Rechtsakte hinzugekommen. Das zeigt: Bürokratieabbau gelingt nur, wenn auch die EU eine Trendwende einleitet. Hier muss die nächste Bundesregierung deutlich mehr Einfluss in Richtung Bürokratieabbau ausüben.

–Wohnen wird immer stärker die soziale Frage unserer Zeit, aber auch für die Wirtschaft. Welchen Lösungsweg schlagen Sie vor?

Wir müssen den Mangel an Wohnungen überwinden, nicht verwalten. Dafür braucht es Bedingungen, unter denen günstiger gebaut und dadurch bezahlbarere Mieten angeboten werden können. Wir sollten also mehr Bauland ausweisen, Standards kritisch überprüfen und durchsehen, welche Vorschriften zwingend notwendig und welche überflüssig sind.

Ich habe bis zum letzten Tag im Amt als Justizminister an einem Gesetzentwurf für den Gebäudetyp E gearbeitet, der genau das adressiert. Damit schaffen wir mehr Rechtssicherheit für kostengünstiges Bauen. Fachleute schätzen das Entlastungspotential auf mehr als acht Milliarden Euro pro Jahr. Daher sollte dieser vom Kabinett bereits beschlossene Gesetzentwurf unbedingt noch in dieser Legislaturperiode im Bundestag verabschiedet werden. □

Gesamtes Gefüge der deutschen Wirtschaft ist bedroht

In den nächsten Jahren werden vier Millionen mehr Menschen in den Ruhestand gehen als nachrücken. Das schwächt Deutschlands Wirtschaft.

Der demographische Wandel gefährdet nicht nur die Finanzierung der Altersversorgung in Deutschland, sondern auch die Funktionsfähigkeit der Wirtschaft insgesamt. In dieser Hinsicht wird die Tragweite des demographischen Wandels immer noch unterschätzt. Die Warnsignale sind unübersehbar: Aus dem seit langem beklagten Fachkräftemangel ist mittlerweile eine generelle Verknappung von Arbeitskräften geworden, die alle Qualifikationsstufen umfasst. Der wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz hat sich mit diesem Thema befasst und schlägt eine koordinierende und Prioritäten setzende „Natio-

nale Strategie zur Wirtschaftspolitik im demographischen Wandel“ vor.

Stagflationäre Tendenzen

In den nächsten zehn Jahren werden über vier Millionen mehr Menschen in den Ruhestand gehen als junge Menschen nachrücken. Dies bedeutet, dass etwa jede zehnte Arbeitskraft entfallen wird. Das schwächt Deutschlands Wirtschaft. Wir sind schon im zweiten Jahr einer Rezession, die nicht nur von Nachfrageentwicklungen wie zum Beispiel Autos, sondern auch von Produktionsausfällen durch Arbeitskräftemangel und den Verfall der Infrastrukturen geprägt ist. Das Potentialwachstum der deutschen Wirtschaft wird im kommenden Jahrzehnt unter einem halben Prozent pro Jahr liegen, weil das Arbeitsangebot knapper und das Produktivitätswachstum geringer wird.

Der Arbeitskräftemangel zieht eine Verknappung von Gütern und Dienstleistungen nach sich, denn weniger Arbeitskräfte produzieren weniger. Wenn in Deutschland weniger produziert wird, müssen der Konsum, die Investitionen, der Staatsverbrauch oder der Exportüberschuss sinken; gleichzeitig erhöhen sich die Preise. Eine Verringerung des Konsums be-

trifft vor allem Personen, die nicht durch höhere Löhne und Gehälter von der Arbeitsverknappung profitieren können, etwa die Rentnerinnen und Rentner. Versuche, die davon negativ Betroffenen zu schützen, beispielsweise durch eine Indexierung von Einkommen und Renten, würde diesen Personen helfen, aber den Umfang der Preiserhöhungen insgesamt steigern, denn die Nachfragesenkungen anderer Gruppen müssten entsprechend größer ausfallen. Ein Beispiel ist die Haltelinie, die Rentner schützt, aber die Kaufkraft jüngerer Menschen einschränkt. Diese Entwicklungen bergen daher erhebliche politische Konfliktpotentiale. Letztlich war das Scheitern der Ampel ein Vorbote dieser Entwicklungen.

Potentiale im Arbeitsangebot ausschöpfen

Um das Problem an der Wurzel zu packen, muss das vorhandene Arbeitskräftepotential besser ausgeschöpft werden. Schweden schafft das. Würden die über 55-Jährigen in Deutschland die gleichen altersspezifischen Erwerbsquoten wie in Schweden haben, stünden rund 1,3 Millionen zusätzliche Arbeitskräfte zur Verfügung. Schweden hat keine „Rente mit 63“,

Foto: Max-Planck-Institut



Prof. Axel Börsch-Supan, Ph.D.

Munich Research Institute
for the Economics of Aging
and SHARE Analysis

„Die Bevölkerungsalterung bewirkt einen Rückgang des Produktivitätswachstums.“



Foto: AdobeStock©tunedin

kein Blockmodell der Altersteilzeit, passt das Rentenalter automatisch an die Lebenserwartung an und hat deutlich höhere Zu- und Abschläge. Dennoch sind die Schweden zufriedener mit ihrem Rentensystem als die Deutschen.

Auch die Frauenerwerbsquote ist in Schweden höher als hierzulande. Einschließlich der dort höheren Teilzeitquote liegt hier ein Arbeitspotential von etwa 2,5 Millionen Vollzeitäquivalenten. Eine besonders wichtige Maßnahme, um die Erwerbs-

tätigkeit von Frauen zu erhöhen, ist die Schaffung zusätzlicher Kita-Plätze. Die Glättung der hohen Grenzbelastungen und die Aufhebung der „Minijobfalle“ würde den Übergang von geringfügig beschäftigten Frauen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse erleichtern. Besonders große Effekte sind dann zu erwarten, wenn man diese steuerlichen Maßnahmen mit besserer Kinderbetreuung kombiniert.

Auch das Potential der Zugewanderten schöpfen wir nicht aus. Die Er-

werbsquote der Asylbewerber liegt bei knapp 50 Prozent, die der Ukrainer bei weniger als 25 Prozent, insgesamt ein Potential von etwa zwei Millionen Menschen. Hier würden eine raschere Anerkennung von ausländischen Qualifikationen und verstärkte Integrationsmaßnahmen helfen.

Arbeitsproduktivität erhöhen

Ein höheres Produktivitätswachstum kann im Prinzip die fehlenden Köpfe ausgleichen. Bürokratieabbau, Digitalisierung, künstliche Intelligenz und Roboter tragen dazu bei. Ein höheres Produktivitätswachstum hilft auch der Rente, weil es die Reallöhne erhöht und so bewirkt, dass die Rentenzahlungen steigen können, selbst wenn das Verhältnis von Renten und Löhnen – das „Rentenniveau“ – durch den demographischen Wandel fällt. Gleichzeitig können die Nettolöhne steigen, selbst wenn Steuern und Sozialabgaben steigen.

Tatsächlich aber sinkt das Produktivitätswachstum, und zwar in Deutschland mehr als bei unseren wichtigsten Handelspartnern. Kein Grund dafür ist, dass Ältere weniger produktiv als Jüngere wären. Die Abnahme der körperlichen Fähigkeiten und die Zunahme von Erfahrungswissen gleichen sich in etwa aus. Daher sollte dieses Erfahrungswissen so lange wie möglich erhalten bleiben, indem ältere Menschen an dem Arbeitsplatz verbleiben, an dem sie ihre Erfahrungen am besten nutzen können. Dass vor allem gut ausgebildete Fachkräfte die „Rente mit 63“ nutzen, richtet viel Schaden an.

Dennoch bewirkt die Bevölkerungsalterung einen Rückgang des Produktivitätswachstums. Dies liegt vor allem daran, dass zukunftsorientierte Ausgaben wie Innovationen, Infrastruktur- und Bildungsmaßnahmen in alternden Gesellschaften tendenziell von den Sozialausgaben verdrängt werden. Alternde Gesellschaften müssten jedoch mehr in die Zukunft investieren, denn die Alten sind von der Arbeitskraft und der Produktivität der Jungen abhängig, die deren Rente, Gesundheit und Pflege finanzieren. □

Steigende Sozialkosten befeuern die Krise

Im vergangenen Jahrzehnt wurden die Sozialausgaben nach den Reformen in den Nullerjahren wieder stark ausgeweitet. Das belastet den Bundeshaushalt und die Sozialkassen. Die Schere zwischen Brutto- und Nettolohn geht weiter auseinander, zum Nachteil von Unternehmen und Beschäftigten. Im internationalen Standortwettbewerb werden die hohen Lohnzusatzkosten neben den Energiekosten zunehmend zur Achillesferse der deutschen Wirtschaft. Während andere Länder ihre Unternehmen durch Reformen entlasten, steigt die Kostenbelastung in Deutschland kontinuierlich an. Der demographische Wandel droht die Situation weiter zu verschärfen. Wer Beschäftigung fördern will, muss bei den Lohnzusatzkosten ansetzen. Das Modell der Sozialen Marktwirtschaft kann nur funktionieren, wenn die Balance zwischen sozialer Sicherung und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit gewahrt bleibt.

Text: **Peter Hahne**

Die deutsche Wirtschaft kommt nicht von der Stelle. Zuletzt korrigierte der Internationale Währungsfonds (IWF) seine Wachstumsprognose deutlich nach unten. Dieses Jahr ist nur noch mit einer Stagnation zu rechnen, für das Wahljahr 2025 erwarten die Ökonomen des IWF ein mageres Plus von nur noch 0,8 Prozent. Deutschland bleibt damit das Schlusslicht unter den Industrienationen. Es wird deutlich, dass gewiss nicht alle, aber doch zahlreiche Probleme hausgemacht sind. Die Wachstumsschwäche ist auch Ausweis einer inkonsistenten und verfehlten Wirtschaftspolitik.

Einer der bislang zu wenig beachteten Faktoren sind die hohen Arbeits- und Sozialkosten. Die Ampel-Koalition schickt sich an, durch ein weiteres teures Rentenpaket für zusätzliche Belastungen der Wirtschaft und der Beschäftigten zu sorgen. Auch die Kosten der Kranken- und Pflegeversicherung steigen ungebremsst. Die für 2025 beschlossene Anhebung der Steuerfreibeträge und die damit beabsichtigte Entlastung der Beschäftigten bei der Einkommensteuer wird durch die höheren Sozialabgaben weitgehend verpuffen. Bei einem Bruttolohn von 4.000 Euro sinkt das monatliche Nettogehalt um rund 20 Euro. „Wir müssen endlich zugeben, dass wir bei den Lohnnebenkosten ein Riesensproblem haben“, warnt der Wirtschaftsweisen Martin Werding. „Je länger

wir warten, desto schwieriger wird es. Ich mache mir wirklich Sorgen.“

Alarmierende Entwicklung der Sozialkosten

Der jahrelange Konsens der Sozialpolitik, wonach die Lohnnebenkosten die 40-Prozent-Marke nicht überschreiten dürfen, interessiert offenbar in der Politik niemanden mehr. Aktuell bewegt sich der Beitragssatz im Schnitt bei rund 41 Prozent der Bruttolöhne, nächstes Jahr werden sie auf fast 42 Prozent steigen. Damit steuert Deutschland auf den bisherigen Negativrekord aus dem Jahr 2003 zu. Der Unterschied: Damals war die hohe Arbeitslosigkeit Ursache für die hohen Beiträge, heute sind Krankenversicherung, Pflege und in Zukunft immer mehr auch die Rentenversicherung für die hohen Lohnzusatzkosten verantwortlich. „Diese Strukturverschiebung ist angesichts der Alterung der Bevölkerung nicht überraschend“, hält Clemens Fuest, Präsident des Münchener Ifo-Instituts, fest. „Sie zeigt allerdings, dass in den kommenden Jahren, in denen die Babyboomer in Rente gehen, der Druck zunehmen wird.“ Seine Schlussfolgerung: „Eine Begrenzung der Sozialausgaben in Deutschland ist unvermeidlich.“

In den vergangenen Monaten konnte man durch mehrere Beitragssatzprojektionen eine Ahnung davon bekommen, wohin die Reise geht.

Bis zum Jahr 2035 könnten die Sozialbeiträge um 7,5 Beitragsspunkte auf stattliche 48,6 Prozent steigen, warnte das Berliner IGES Institut in einer Untersuchung im Auftrag der Krankenkasse DAK. Allein den gesetzlichen Krankenversicherungen (GKV) droht den Experten zufolge eine Beitragserhöhung von heute 16,3 auf 19,3 Prozent. Der Verband der Privaten Krankenversicherung (PKV) ist noch pessimistischer: Vor allem wegen der teuren Rentenreform und den Finanzierungsdefiziten in der Pflegekasse rechnet der Verband bereits 2035 mit einem Überschreiten der 50-Prozent-Marke.

„Die Politik muss alles dafür tun, die Beitragslast für Arbeitgeber und Arbeitnehmer wieder unter die 40-Prozent-Schwelle zu drücken“, sagt Wolfgang Steiger, Generalsekretär des Wirtschaftsrats. „Die hohen Sozialabgaben belasten den Standort und kosten Arbeitsplätze“, warnt Arbeitgeberpräsident Rainer Dulger und fordert ebenfalls eine Obergrenze für die Sozialbeiträge.

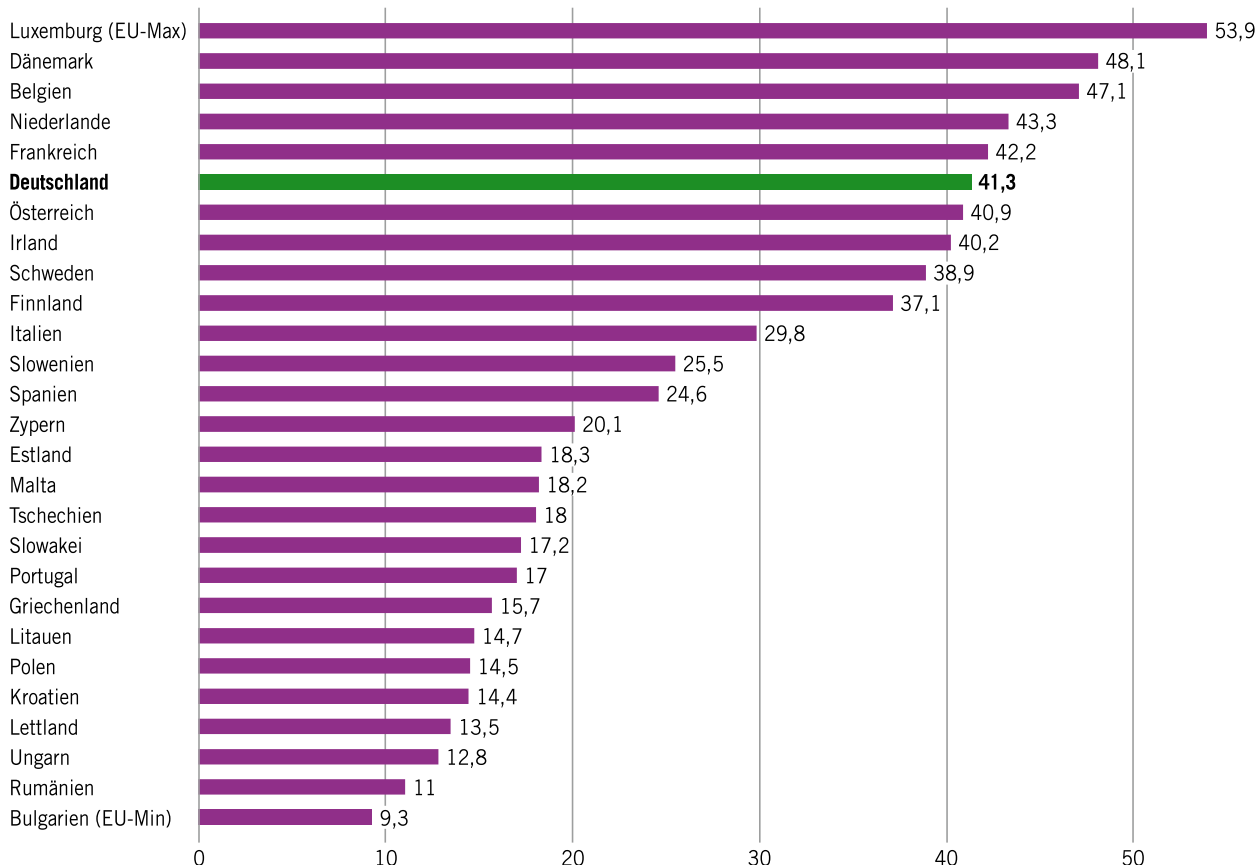
Kippunkte in den Sozialsystemen

Die beiden Ökonomen Stefan Fetzner von der Hochschule Aachen und Christian Haigst von der WHU in Vallendar erwarten in einer Studie für den Verband der Familienunternehmer ähnliche Beitragsexplosionen – und warnen in Anlehnung an die Klimakrise vor „Kippunkten“ in

So viel kostet der Faktor Arbeit in den einzelnen EU-Staaten – Deutschland belegt Platz 6

in Euro

EU-Vergleich der Arbeitskosten je geleistete Stunde 2023 im Produzierenden Gewerbe und Dienstleistungsbereich (ohne WZ O)



Quelle: Statistisches Bundesamt (Destatis), 2024

den beitragsfinanzierten Sozialsystemen, bei denen die junge Generation womöglich den Generationenvertrag aufkündigen wird und sich aus den Sozialsystemen verabschiedet. Es droht ein Teufelskreis: Je mehr Ar-

„Die Schere zwischen Brutto- und Nettolohn wird immer größer – zum Nachteil beider Seiten.“

beitnehmer sich durch Schwarzarbeit oder Auswanderung den Sozialkassen entziehen, desto höhere Beiträge müssen die übrigen Beschäftigten tragen. „Wir brauchen eine umfassende Strategie, um die Finanzierungsgrundlagen des Sozialstaats zu stärken“, betont Ifo-Präsident Fuest. Wie drängend das Problem inzwischen für den Standort ist, lässt sich auch in einer Analyse

des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) aus Köln nachlesen: „Bei unverändert hohen, überwiegend beitragsfinanzierten Leistungsversprechen drohen die Beitragslasten dauerhaft zu steigen – möglicherweise nicht ohne Folgen für die Akzeptanz des Sozialstaats, sehr wahrscheinlich aber mit Folgen für die Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung“, schreibt der Sozialexperte Jochen Pimpertz. „Denn richtig bleibt, dass ein prosperierender Arbeitsmarkt die Grundlage der sozialen Sicherung bildet.“

Arbeitskosten steigen deutlich

In der aktuellen Berechnung des Statistischen Bundesamtes lässt sich ablesen, wie stark die Sozialabgaben mittlerweile bei den Arbeitskosten durchschlagen. Eine Arbeitsstunde kostete 2023 in Deutschland im Schnitt 41,30 Euro. Damit liegen die

Arbeitskosten um 30 Prozent über dem EU-Durchschnitt. Für eine Arbeitsstunde im Verarbeitenden Gewerbe mussten Arbeitgeber sogar 44 Prozent mehr als im EU-Schnitt aufbringen. Die Arbeitskosten setzten sich aus Bruttoverdiensten und Lohnnebenkosten zusammen. Hinzu kommen noch Entgeltfortzahlungen im Krankheitsfall. Diese haben sich laut einer IW-Erhebung in den vergangenen 14 Jahren verdoppelt. „Arbeitgeber mussten 2023 fast 77 Milliarden Euro für die Entgeltfortzahlung ihrer erkrankten Beschäftigten aufbringen“, hält IW-Ökonom Pimpertz fest.

Gesundheitskosten explodieren

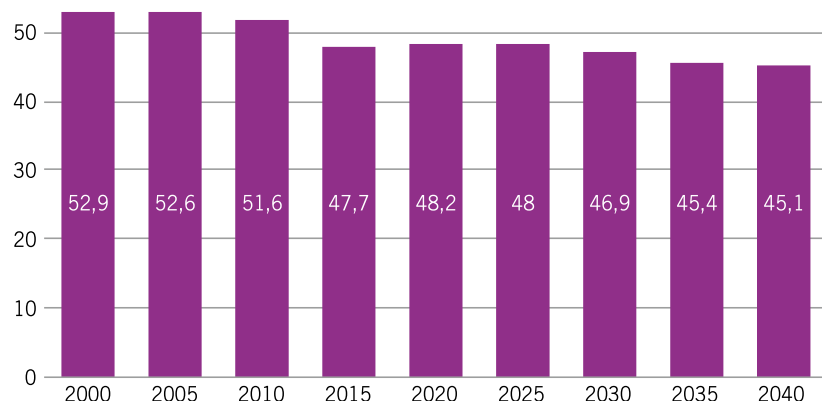
Der Wirtschaftsrat warnt eindringlich, dass das deutsche Gesundheitssystem vor erheblichen Finanzierungsproblemen steht. „Es ist eine Minute vor zwölf“, sagt Ratspräsidentin Astrid

Hamker. „Wenn wir nicht jetzt die Ursachen und die steigenden Kosten entschlossen angehen, riskieren wir die Finanzierbarkeit des Gesundheitssystems, wie wir es kennen.“ Hamker betont, dass es gerade nicht um die öffentlich diskutierte „Entökonomisierung“ des Gesundheitssektors gehe, sondern im Gegenteil um mehr Effizienz und kluge marktwirtschaftliche Lösungen.

Ähnlich sieht das das Institut der deutschen Wirtschaft: „Während in der politischen Debatte vor allem Reformansätze diskutiert werden, die zusätzliche Einnahmen generieren sollen, legt die empirische Diagnose eine ausgabenorientierte Reformstrategie nahe“, heißt es in einer Untersuchung von IW-Ökonom Pimpertz. Er weist darauf hin, dass die Ausgaben der GKV seit zwei Jahrzehnten jedes Jahr im Schnitt um mehr als einen Prozentpunkt stärker gestiegen seien als die beitragspflichtigen Einkom-

Entwicklung des Rentenniveaus in Deutschland ohne das Rentenpaket II in Prozent

Das Rentenniveau beschreibt, bei wieviel Prozent des Durchschnittseinkommens die Standardrente liegt, die nach 45 Beitragsjahren gezahlt wird.



Quelle: Deutsche Rentenversicherung

men. „Notwendig sind Therapien, die die Dynamik der Ausgabenentwicklung bremsen“, bilanziert der Experte. „Dazu bedarf es knappheitsgerechter Preissignale und Wettbewerb, um Ver-

sicherte, Krankenkassen und Versorgungsanbieter gleichermaßen zu effizienterem Verhalten zu motivieren.“ Denn die Finanzierungslücke ist nicht mehr zu übersehen. Das Beratungsun-



Ökologisch nachhaltig ist ökonomisch erfolgreich

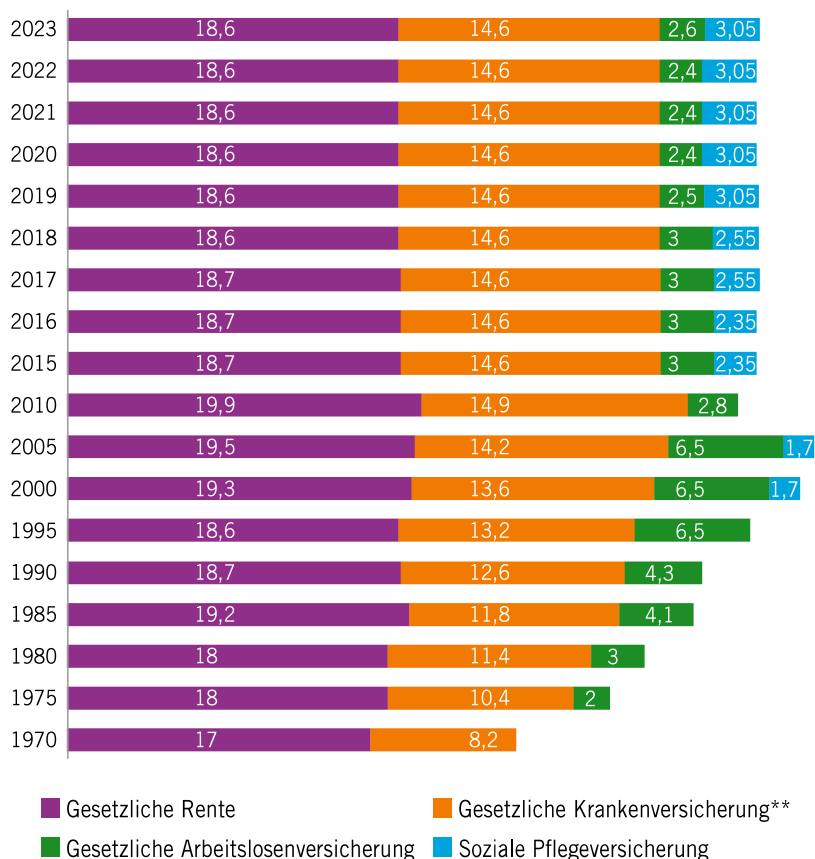


Effizient transportieren mit nachhaltigen Transportlösungen.

Sparen Sie Kraftstoff und CO₂ bei jedem Transport. Emissionsfreier Kühltransport, Leichtbau, aerodynamische Fahrzeuge oder die optimierte Nutzung von Standardeinheiten – es gibt viele Möglichkeiten, die Wirtschaftlichkeit zu erhöhen. Darüber hinaus erleichtert die ab Werk integrierte TrailerConnect® Telematik die Disposition und sorgt für hohe Transparenz und Betriebszeiten. **Wir beraten Sie gern.**

www.cargobull.com

Beitragsätze* zur Sozialversicherung in Deutschland 1970 bis 2023 in Prozent



* Jahresdurchschnittliche, paritätisch finanzierte Beitragssätze zur Sozialversicherung in Prozent des beitragspflichtigen Bruttoarbeitsentgelts. ** Durchschnittlicher Beitragssatz in Prozent des beitragspflichtigen Bruttoarbeitsentgelts; ab 2009 einheitlicher Beitragssatz zum Gesundheitsfonds

Babyboomer belasten auch die Rentenversicherung

Damit ist der letzte Zweig der Sozialversicherungssysteme angesprochen, der die Belastbarkeit von Unternehmen und Arbeitnehmern in den kommenden Jahren hart auf die Probe stellen wird. „Wir werden in den kommenden zehn Jahren das am schnellsten alternde entwickelte Land der Erde sein“, betont der Wirtschaftsweisen Werding. Das von der Bundesregierung geplante „Rentenpaket II“ stieß daher bei Fachleuten nahezu einstimmig auf Ablehnung. Die Kritik entzündete sich insbesondere an der sogenannten Haltelinie, der langfristigen Fixierung des Rentenniveaus bei mindestens 48 Prozent des Durchschnittseinkommens bis 2040. „Der Gesetzentwurf ist schlichtweg verantwortungslos, gut dass nicht davon auszugehen ist, dass er nach dem Ampel-Aus noch verabschiedet wird“, sagt Generalsekretär Wolfgang Steiger. Der Rentenexperte Axel Börsch-Supan von der TU München wertete das Rentenpaket in weiten Teilen als Ausdruck einer Weigerung, die Realitäten anzuerkennen (s. S. 10). „Diese Haltelinie von 48 Prozent ist totaler Irrsinn“, sagte auch der Wirtschaftsweisen Werding in einem Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung. „Das wird sehr, sehr teuer.“

Der Bundesrechnungshof bezifferte die Mehrausgaben in den nächsten 20 Jahren mit rund einer halben Billion Euro. Die Beiträge zur Rentenversicherung hätten bis 2045 auf 22,7 Prozent steigen können, oder aber die Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt – die bereits heute rund 30 Prozent der Rentenausgaben ausmachen – hätten noch stärker ausgeweitet werden müssen. So oder so: Die Mehrbelastung hätten die Beschäftigten als Beitrags- oder Steuerzahler und die Unternehmen über ihren Arbeitgeberanteil zur Rente und die Unternehmenssteuern zahlen müssen. Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände sprach vom „teuersten Sozialgesetz dieses Jahrhunderts“. „Die Renten wären mit den Löhnen ungebremst weiter gestiegen, während die

ternehmen Deloitte rechnet für 2025 in einer Studie mit einer Deckungslücke von 46 Milliarden Euro.

Auch die Pflege wird teurer

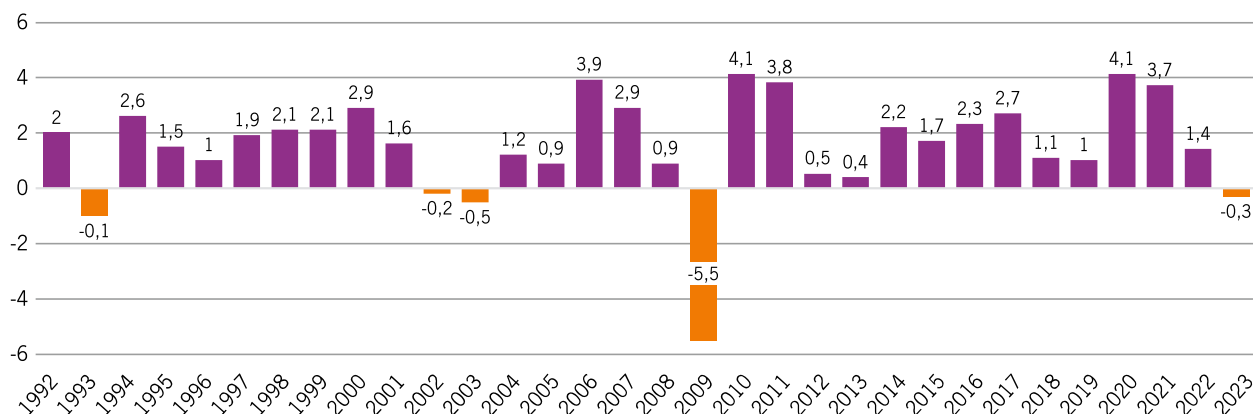
Ähnlich alarmierend ist die Situation in der Pflegeversicherung. Nächstes Jahr könnten die Beiträge um 0,3 Prozentpunkte steigen. Bis zum Jahr 2030 ist laut IGES-Projektion mit einem Beitragsanstieg um 0,5 Prozentpunkte auf 4,1 Prozent und damit auch in diesem Zweig der Sozialversicherung mit steigenden Belastungen für Unternehmen und Arbeitnehmer zu rechnen. Denn in der Pflegekasse wurden die Leistungen ebenfalls ausgeweitet. Hinzu kommt, dass die Pflegekasse mindestens 15 Prozent des Eigenanteils für Pflegeeinrichtungen übernimmt, obwohl nach IW-Berechnungen rund

zwei Drittel der Begünstigten den Eigenanteil durchaus selbst aufbringen könnten. „Die Lage ist katastrophal“, bilanziert Hamker. „Wir sehen derzeit den größten Anstieg der Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung in der Nachkriegszeit.“ Statt über ein Durchforsten des Leistungskatalogs und marktwirtschaftliche Reformen nachzudenken, wird die Pflegekasse teurer und bürokratischer. Der Fachkräftemangel im Pflegesektor und die Alterung der Gesellschaft mit mehr Pflegebedürftigen treiben die Kosten in die Höhe. „Vielen scheint nicht bewusst zu sein, dass wir uns bereits mitten in einer Krise befinden, deren Tragweite durch den bevorstehenden Renteneintritt der Babyboomer noch weiter zunehmen wird“, warnt Astrid Hamker.

Entwicklung des Wirtschaftswachstums in Deutschland seit 1992

in Prozent

Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukt gegenüber dem Vorjahr in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt (Statista), 2024

Arbeitnehmer und Betriebe dafür mit immer höheren Rentenbeiträgen aufkommen müssen“, kritisiert Wolfgang Steiger. „Die neue Bundesregierung muss das Thema schnell neu angehen. Der Schlüssel für auskömmliche

Renten liegt nach Einschätzung des Wirtschaftsrates und führender Ökonomen in der Koppelung des Renteneintrittsalters an die zunehmende Lebenserwartung. „Wir müssen uns ehrlich machen“, fordert der General-

sekretär des Wirtschaftsrates: „Diese Weichenstellung für ein zukunfts festes Rentensystem erwarte ich von der neuen Bundesregierung – nicht immer weitere Lasten für die Erwerbstätigen und die junge Generation.“ □



Zusammen gewinnen. Zusammen helfen.

Bei der Postcode Lottery gibt es keine Verlierer – der gute Zweck gewinnt immer, denn mindestens 30% der Losbeiträge gehen an Projekte aus den Bereichen Chancengleichheit, Sozialer Zusammenhalt, Natur- und Umweltschutz in ganz Deutschland.

Lebensmittel retten und gleichzeitig armutsbetroffenen Menschen helfen: Das ist die Mission der über 960 Tafeln. Bisher unterstützen wir die Arbeit der einzelnen Tafel-Landesverbände mit einer Förderung von über 5 Millionen Euro.

Die Tafeln sind nur eine von über 5.500 Initiativen, die wir dank unserer Teilnehmenden fördern können.

**Mit jedem Los machen wir die Welt
zu einem besseren Ort!**

0800 700 50 90 • www.postcode-lotterie.de



und viele mehr

Abhängigkeit von China steigt weiter



Foto: AdobeStock/YAUHENI

Text und Grafiken: **Ahmet Mohamad**

„Wenn China erwacht, wird die Welt erzittern“, sagte einst schon Napoleon – eine Aussage, die heute aktueller denn je scheint. Während Europa, insbesondere Deutschland, mit wirtschaftlichen Herausforderungen ringt, erlebt China einen dynamischen Aufstieg, der tiefgreifende Auswirkungen auf europäische Unternehmen hat. Die Innovationskraft Deutschlands, lange als führend in Europa betrachtet, wird zunehmend von Chinas Fortschritten eingeholt. Im Global Innovation Index 2023 liegt China auf Platz elf, nur knapp hinter Deutschland auf Platz acht. Diese Entwicklung verschärft den Wettbewerb für europäische Firmen.

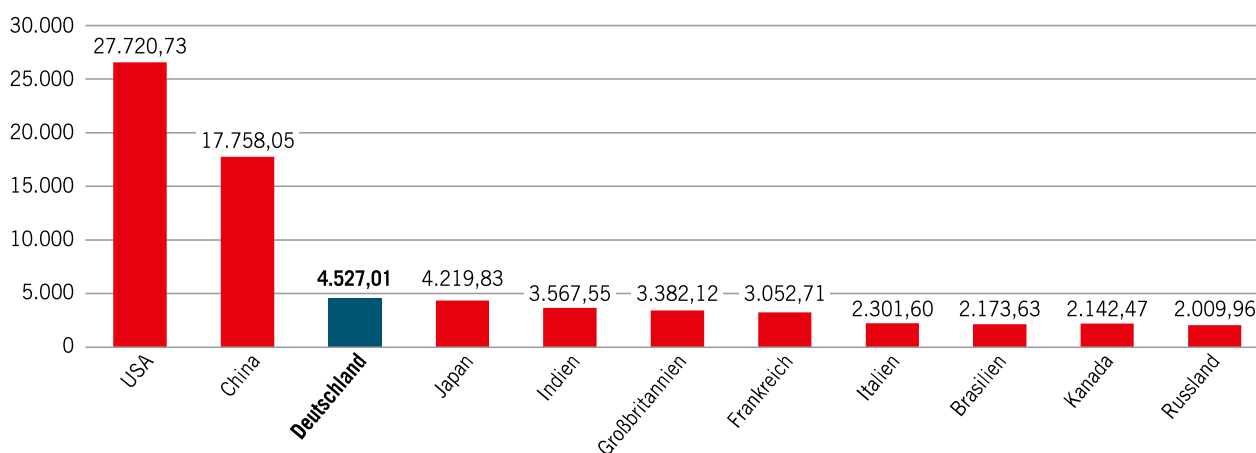
Die Vereinigten Staaten bleiben der wichtigste Handelspartner der EU, mit einem Warenverkehr von 849 Milliarden Euro im Jahr 2023 – fast 20 Prozent des gesamten Handelsvolumens der Union. Chinas Anteil liegt bei 15 Prozent, wobei sich dieser seit 2000 nahezu verdreifacht hat. Bei den Importen führt China mit einem Anteil von etwa einem Fünftel, während die USA bei den Exporten mit rund 20 Prozent dominieren. Diese Zahlen verdeutlichen die wachsende wirtschaftliche Abhängigkeit Europas von der Volksrepublik.

Europa steht vor der dringenden Aufgabe, diese Abhängigkeit zu reduzieren und gleichzeitig die eigene Innovationsfähigkeit zu stärken. Ohne gezielte Maßnahmen droht das rasante Wachstum Chinas eine erhebliche wirtschaftliche Kluft zu schaffen, die für europäische Unternehmen teuer werden könnte. Strategien zur Förderung von Unabhängigkeit und Innovationskraft sind daher unverzichtbar, um im globalen Wettbewerb zu bestehen.

Chinas Wirtschaftskraft im globalen Vergleich – Bruttoinlandprodukt 2023

in Milliarden US-Dollar

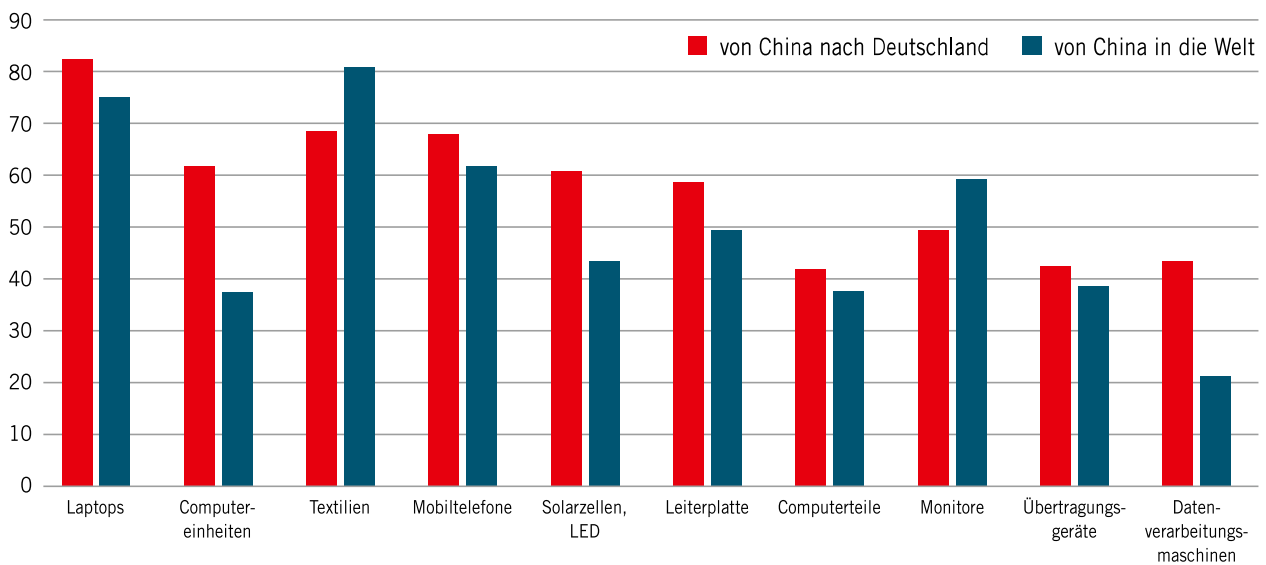
Die USA führen die Liste der größten Volkswirtschaften weltweit an, gefolgt von China. Deutschland belegt den 3. Platz.



Quelle: IWR, 2024

Anteil Chinas an den deutschen und weltweiten Importen für ausgewählte Produktgruppen 2021

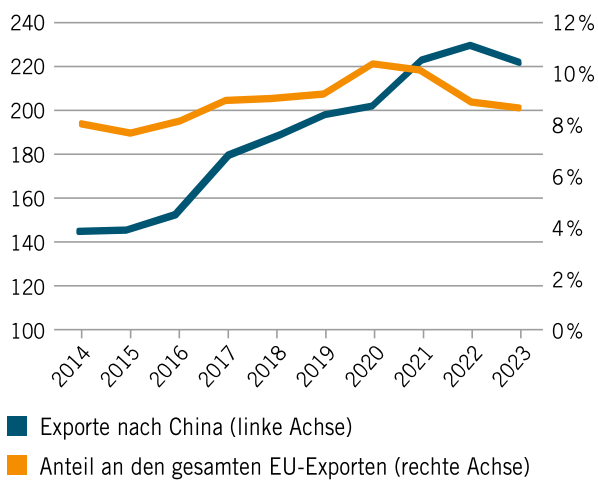
in Prozent



Quelle: Sandkamp, EU-China Trade Relations: Where Do We Stand, Where Should We Go? 2024, S.8

EU Exporte nach China

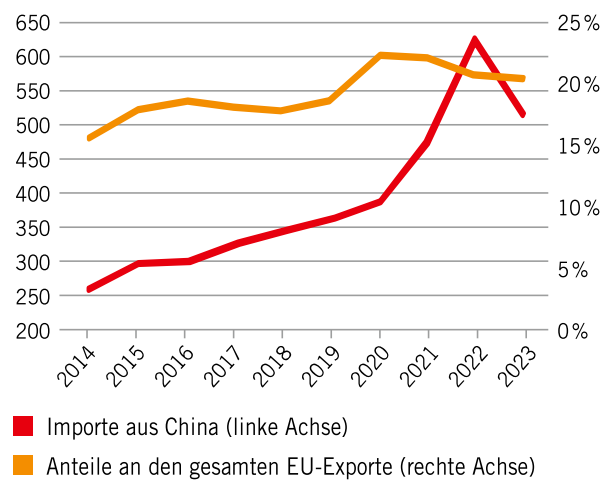
in Milliarden Euro



Quelle: Sandkamp, EU-China Trade Relations: Where Do We Stand, Where Should We Go? 2024, S.5

EU Importe aus China

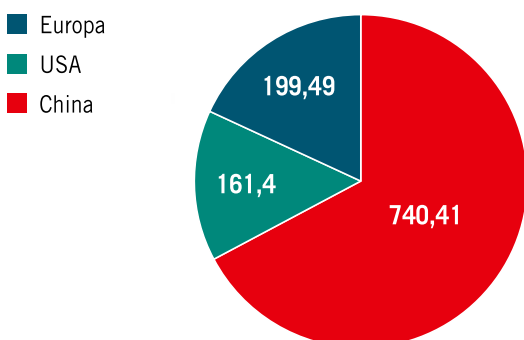
in Milliarden Euro



Quelle: Sandkamp, EU-China Trade Relations: Where Do We Stand, Where Should We Go? 2024, S.6

Anzahl der Erwerbstätigen 2023

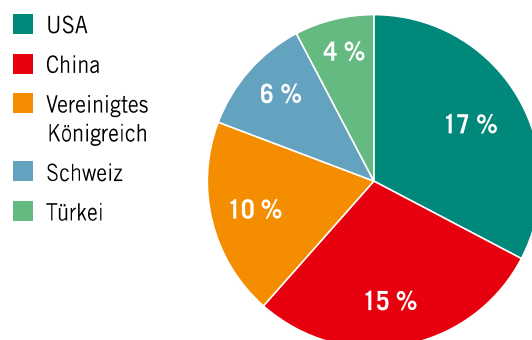
in Millionen



Quelle: National Bureau of Statistics of China, Eurostat, IMF

Anteile der wichtigsten Handelspartner der EU 2023

in Prozent



Quelle: DESTATIS/Statistisches Bundesamt (2024): China wird immer wichtiger



Foto: AdobeStock©contrastwerkstatt

Klarer Richtung für Deutschland

Das Erfolgsmodell Deutschland hat Risse bekommen. Sind wir noch zukunftsfähig?

Zutiefst dankbar bin ich, in diesem Land aufgewachsen zu sein. Unsere Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Soziale Marktwirtschaft, der freie Zugang zu Bildung und ein Gesundheitssystem, das weltweit beneidet wird – das sind die Grundlagen, die unser Land stark gemacht haben. Doch unser Erfolgsmodell hat Risse bekommen. Der „Economist“ stellt die Frage, ob das Geschäftsmodell Deutschland noch zukunftsfähig ist. Die Antwort auf diese Frage ist entscheidend für die Zukunft unseres Landes.

Die wirtschaftliche Schwäche gefährdet Arbeitsplätze. Das Beispiel Volkswagen ist nur die Spitze des Eisbergs. Die Diskussion in der Politik dreht sich derzeit um mehr staatliche Investitionen und Schuldenpolitik. Doch wir wissen, dass 90 Prozent der Investitionen aus dem privaten Sektor kommen, solide Finanzen der Schlüssel zu einer krisenfesten Zukunft sind und wir statt dirigistischer Eingriffe ein wirtschaftliches Umfeld brauchen,

das Innovation und unternehmerische Freiheit fördert.

Wir brauchen eine echte Neuausrichtung unserer Wirtschaftspolitik, mit einem klaren Fokus auf Leistung, Innovation und Vertrauen in den Einzelnen. Nur so entfesseln wir das Potenzial, das in diesem Land steckt. Die drängendsten Aufgaben, denen wir uns stellen müssen, betreffen drei zentrale Bereiche: Bildung, Innovation und eine zukunftsfähige Wirtschaftspolitik.

Die wichtigste Ressource für die Zukunft unseres Landes ist Wissen und Kompetenz. Ohne eine leistungsfähige Bildung werden wir den Anforderungen der digitalen und globalisierten Welt nicht gerecht werden. Das Bildungssystem in Deutschland ist unbestreitbar gut, aber es gibt auch gravierende Mängel, die wir dringend beheben müssen. Die Kompetenzen unserer jungen Menschen, insbesondere im Bereich Lesen, Schreiben und Rechnen, haben in den letzten Jahren nachgelassen. Das dürfen wir nicht hinnehmen. Deshalb haben wir das Start-Chancen-Programm ins Leben gerufen, das in den kommenden zehn Jahren 100 Millionen Euro in die Verbesserung der Bildung investiert.

Dieses Programm soll nicht nur die Unterrichtsqualität steigern, sondern den Schulen auch die Freiheit geben, selbstbestimmt zu arbeiten und auf die unterschiedlichen Bedürfnisse ihrer Schüler einzugehen. Wir wollen den Schulen die Mittel zur Verfügung stellen, die sie benötigen, um das Beste aus ihren Schülern herauszuholen.

Wenn wir in Bildung investieren, investieren wir zugleich in die Zukunft unserer Wirtschaft. Denn jeder Euro, den wir in die Bildung stecken, bringt langfristig fünf Euro an wirtschaftlicher Leistung. Das ist eine der besten Investitionen, die wir als Gesellschaft tätigen können.

Auch unsere Wirtschaftspolitik braucht einen klaren Richtungswechsel. Unsere derzeitige wirtschaftliche Schwäche gefährdet nicht nur Arbeitsplätze in großen Unternehmen, sondern auch im Mittelstand, der das Rückgrat unserer Wirtschaft bildet. Wir müssen in Innovation investieren, das Vertrauen in den Markt stärken und Bürokratie abbauen, um Unternehmen Freiräume zu verschaffen.

Ein zentraler Punkt meiner Arbeit ist es, die steuerliche Forschungsförderung weiter auszubauen und vor allem die Bürokratie zu reduzieren. Wenn Unternehmen übermäßig mit Verwaltungsaufgaben belastet werden, hemmt das ihre Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit. Deshalb haben wir es leichter gemacht, in Forschung und Entwicklung zu investieren. Kleine und mittelständische Betriebe profitieren hier besonders, denn sie sind die wahren Innovatoren unserer Wirtschaft.

Doch wir müssen auch alle Technologien nutzen, die uns zur Verfügung stehen, um unsere Zukunft zu gestalten. Ein Beispiel ist der blaue Wasserstoff, der aus Erdgas gewonnen wird und das CO₂ anschließend speichert. Diese Technologie wurde lange Zeit abgelehnt. Wer nicht alle



Bettina Stark-Watzinger MdB
Bundesministerin a.D.
für Bildung und Forschung

„Die wichtigste Ressource für die Zukunft unseres Landes ist Wissen und Kompetenz.“

gswechsel ds Zukunft

Technologien nutzt, erzeugt Kosten. Die Energiewende muss mit einem breiten Technologie-Mix erfolgen, um die Energieversorgung langfristig zu sichern.

Mehr Dynamik können wir nur durch niedrigere Steuern, weniger Bürokratie und eine offene Haltung gegenüber Innovationen freisetzen. Wachstum und Wettbewerb sind keine Gegensätze zur Solidarität, sie sind die Grundlage für eine solidarische Gesellschaft. Wir müssen uns immer

Forscher und Unternehmen, die an bahnbrechenden Technologien arbeiten. Aber der Transfer von Wissen und Technologie von der Forschung in die Praxis muss schneller und effizienter werden. Mit der steuerlichen Forschungsförderung und der Gründung der Bundesagentur für Sprung-Innovationen haben wir wichtige Schritte in diese Richtung gemacht.

Der Weg nach vorne für Deutschland führt über weniger Bürokratie,

wieder auf das besinnen, was unseren Wohlstand sichert: Leistung, Innovation und Vertrauen in den Einzelnen.

Ein weiteres Beispiel für Innovation ist die Forschung. Wir haben exzellente

schnelleren Wissens- und Technologietransfer und mehr Unterstützung für junge Unternehmen. Wir haben die Aufgabe, den Innovationstransfer zu beschleunigen und den Zugang zu Fördermitteln zu erleichtern. Denn Innovation bedeutet Fortschritt, und Fortschritt sichert unseren Wohlstand.

Wir müssen unsere Abhängigkeit von externen Lieferketten und Ressourcen verringern und stärker auf technologische Unabhängigkeit setzen. Mehr Wissen und mehr Innovation sind der Schlüssel, um krisenfester und resilienzstärker zu werden.

Innovation ist der Weg, um sich in einer Welt voller Unsicherheiten auf unsere eigenen Stärken verlassen zu können: Dazu gehört es, schnell zu handeln und neue Lösungen zu finden. Wir müssen die Potenziale von Wissenschaft, Unternehmen und Bürgern bündeln, um die Wirtschaftswende zu schaffen und unsere Soziale Marktwirtschaft zukunftsfähig zu machen. □

WENIGER CO₂ – MEHR CEMEX FÜR PROJEKTE MIT ZUKUNFT



More sustainable
by design

Bei Cemex arbeiten wir an einer besseren Zukunft. Klimaschutz und nachhaltigeres Bauen stehen hierbei im Mittelpunkt unserer Anstrengungen. Dazu gehören innovative Produkte, die einen deutlich geringeren CO₂-Fußabdruck haben. Zudem sind unsere Baustoffe vielseitig und bestehen aus regional hergestellten Materialien. Dies gilt auch für unsere nachhaltigere Produktreihe Vertua®.



www.cemex.de/nachhaltig-bauen/vertua

Pragmatismus statt Stillstand

*Deutschland muss
jetzt entschlossen
handeln.*

Foto: AdobeStock@beben

Manchmal passiert jahrzehntelang nichts, und dann ändern sich ganze Jahrzehnte in einer Woche“, sagte Lenin einmal. So eine Woche durchleben wir gerade. Die US-Wahl zeigt, dass Wunschdenken in der Politik gefährlich ist. Deutschland hat auf den Sieg von Kamala Harris gesetzt. Doch in den USA war bereits im September klar, dass ihr Vorsprung zu gering war.

Die Bundesregierung ist daher auf dieses Wahlergebnis nicht gut vorbereitet. In Nordrhein-Westfalen (NRW) haben wir 2023 mit „NRW USA JA“ konkrete Schritte unternommen, um die transatlantischen Beziehungen zu stärken. Und auch mit dem Umfeld von Donald Trump Gespräche geführt, wenngleich das zu

Hause schwer zu vermitteln war. Aber es gibt einen Unterschied, ob man mit der Trump-Administration redet oder redet wie sie.

Angeichts des geopolitischen Rahmens ist es grotesk, dass unsere Bundesregierung zum Kindergarten verkommt. Politik braucht Kompromisse. Vielleicht hätte man in Berlin häufiger die Kraft für einen echten Kompromiss aufbringen müssen. Die ständige parteipolitische Blockade hat uns nicht vorangebracht. Wir brauchen jetzt pragmatische Lösungen, um voranzukommen. Das schwächt unser Land nicht, sondern stärkt es.

Wir stehen wirtschaftlich schlechter da als viele denken. Deutschland ist Wachstumsschlusslicht in Europa, und die Herausforderungen für Unternehmen – hohe Energiepreise, Lieferkettenprobleme und Fachkräftemangel – sind enorm. Hinzu kommen die bürokratische Last und internationale Spannungen, die ebenfalls unsere Wettbewerbsfähigkeit schwächen. Wir können uns keinen weiteren Stillstand leisten.

Ein zentraler Punkt für die Zukunft ist der Bürokratieabbau. Der „Pakt für Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung“ hat aber anderthalb Jahre gebraucht. Wir woll-

ten Vorschriften abbauen, aber kein neues Personal aufbauen. Da haben wir Leute rangesetzt und Bund und Länder haben aus der politischen Mitte ein Papier mit 100 Maßnahmen geschnürt. Das kostet kein Geld, sondern spart Geld ein. Aber das kann erst der Anfang sein!

Entscheidend ist auch der Ausbau der digitalen Infrastruktur. Das ist die Grundvoraussetzung für Künstliche Intelligenz und das Internet der Dinge. Und es ist gut, dass wir aus Brüssel eine einheitliche Regulierung haben, und nicht wie in den USA jeder Bundesstaat seine eigene macht.

Wir müssen uns zudem der Herausforderung der Fachkräftesicherung stellen. Besonders die Anerkennung von Berufsabschlüssen und die Integration von Flüchtlingen sind hier Schlüsselthemen.

Nicht zuletzt ist auch die Weiterentwicklung des EU-Binnenmarktes in Bereichen wie Energie, Digitales und Kapitalmärkte unerlässlich. Auch das kostet kein Geld.

Deutschland muss jetzt entschlossen handeln. Politik braucht Mut zur Gestaltung und zur Veränderung. Der Wirtschaftsrat kann hier eine wichtige Rolle spielen, indem er den Dialog und pragmatische Lösungen fördert. □

Foto: Jens Schicke



Nathaniel Liminski

Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales sowie Medien des Landes Nordrhein-Westfalen und Chef der Staatskanzlei

„Wir stehen wirtschaftlich schlechter da als viele denken.“

Keine Energiewende ohne Technologieförderung

Mit dem Gebäudeenergiegesetz steuert die Politik in die falsche Richtung.

Wir wollen die Energiewende, können sie uns aber nicht leisten!“ Thomas Kübler ist nicht zum Lachen zumute, wenn er über den Wirtschaftsstandort Deutschland spricht. Hohe Bürokratiekosten und extrem hohe Energiepreise bereiten der Wirtschaft neben dem Fachkräftemangel existenzielle Probleme. Mit dem Gebäudeenergiegesetz GEG kommt eine weitere Fehlsteuerung hinzu.

Seit das Bundesministerium für Wirtschaft und Klima (BMWK) das neue Gebäudeenergiegesetz (GEG) angekündigt hat, warnt Thomas Kübler vor den handwerklichen Fehlern der übereilten, ideologisch geprägten Gesetzesnovelle. „Die gute Nachricht ist: Es gibt technisch exzellente, wirtschaftliche Lösungen auch für Industriehallen, um die Wärmewende erfolgreich umzusetzen“, weiß der Spezialist für energiesparende Hallenheizungen

„Die Politik sollte CO₂-Ziele benennen und nicht die Technologie.“

technologien. Für nicht-energieintensive Unternehmen – der Löwenanteil in Deutschland – ist die Wärmewende der wichtigste Hebel zur Dekarbonisierung. Das GEG schreibe gerade im Bereich Neubau indirekt die Technologie vor, anstatt CO₂-Ziele zu benennen und den Weg zum Ziel den Unternehmen zu überlassen. Die Einschränkung auf die vom BMWK bevorzugte Wärmepumpe für alle Gebäudetypen muss schiefliegen, sagt Kübler. So setzt die Politik im GEG weiterhin Wohn- und Bürohäuser,



Quelle: KÜBLER GmbH Energiesparende Hallenheizungen

Für Fertigungshallen gelten schon allein wegen ihrer Raumhöhen besondere heiztechnische Anforderungen.

Hotels und Kindergärten mit Produktions- oder Logistikhallen gleich.

Dabei verschließt Berlin die Augen vor besser geeigneten Technologien zur Beheizung von Hallen. Selbst die jüngsten heiztechnischen Entwicklungen mit Einsparpotenzialen von 50 bis 70 Prozent des Energieverbrauchs sowie der korrespondierenden THG-Emissionen, die schon heute die Klimaziele von 2045 mit regenerativen Energien erfüllen, finden kaum politische Beachtung. Was bleibt, ist die Innovationsklausel §103 des GEG. Dieser bürokratische Weg eröffne die Chance, sinnvolle Lösungen für hohe Hallengebäude einzusetzen, betont Kübler. Das erfordert aber die Zusammenarbeit mit dem Hersteller, da die relevanten Informationen

noch nicht gesetzlich in den Berechnungsprogrammen der TGA-Ingenieure eingeführt wurden. Wie so oft in Deutschland, wird alles komplizierter gemacht als notwendig. Dabei leisten gerade diese Heizungstechnologien einen wichtigen Beitrag, die Energiekosten und die CO₂-Emissionen für die Unternehmen drastisch zu senken.

„Was heißt das für Ihr Unternehmen? Denken Sie an eine Standortverlagerung ins Ausland?“ fragen wir Thomas Kübler. „Wir haben nicht vor, auszuwandern. Und wir kleben uns auch nicht auf Straßen.“ Stattdessen setzt er auf Aufklärung und Wissenstransfer für die Politik. „Es wird Zeit, dass Grundlagenwissen um die Gravitation wichtiger wird, als ideologisches Halbwissen.“ □

Warum unser Land ein Bündnis für digitale Kompetenzen braucht.

Deutschland steht wirtschaftlich am Scheideweg. Wenn wir auf Augenhöhe mit den Vereinigten Staaten und weiteren Teilen der Welt bleiben wollen – oder besser gesagt, wieder kommen möchten – können wir nicht weitermachen wie bisher. Spätestens mit dem Amtsantritt des neuen US-Präsidenten werden die USA ihre Interessen noch entschiedener vertreten. Es führt kein Weg daran vorbei: Europa und Deutschland müssen souverän werden – vor allem auch technologisch.

Doch technologische Souveränität lässt sich nicht einfach „von oben“ vorgeben. Der eigentliche Hebel liegt in den Menschen. Ihre Fähigkeiten und ihr Wille, den Wandel mitzugestalten, entscheiden darüber, ob Deutschland im globalen Wettbewerb bestehen kann.

Was es daher jetzt braucht, ist ein Bündnis. Eine Verpflichtung, die jedes Unternehmen mit seinen Mitarbeitenden schließt – mit dem Ziel, digitale Kompetenzen konsequent aufzubauen und gezielt weiterzuentwickeln.

In Technologie und Menschen investieren

Ob Automatisierung, Cloud, Blockchain, Quantencomputing oder generative KI: Deutsche Unternehmen investieren zu wenig in Schlüsseltechnologien. Nur 1,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts fließen laut Kreditanstalt für Wiederaufbau hierzulande in IT-Infrastrukturen. In Frankreich ist der Anteil mehr als dreimal so hoch. Das muss sich dringend ändern, wenn wir innovativ bleiben und souverän werden wollen.

Doch Investitionen allein reichen nicht. Es braucht einen tiefgreifenden Wandel in der Art, wie Unternehmen denken, handeln und ihre Mitarbei-

tenden einbinden. Beim Umgang mit generativer KI wird das Dilemma besonders deutlich: Laut einer Bitkom-Studie planen 74 Prozent der Unternehmen bereits Investitionen in diese Technologie. Doch jedes zweite Unternehmen beklagt zugleich fehlende Kompetenzen dafür in der Belegschaft. Tatsächlich sind es wahrscheinlich noch deutlich mehr. Klar ist: Wir müssen die Weiterbildung und Nachwuchsförderung rund um digitale Kompetenzen erheblich ausbauen.

Die Bereitschaft der Mitarbeitenden ist da. Ebenfalls laut Bitkom wollen sich zwei Drittel der Berufstätigen in Deutschland im Bereich KI weiterbilden. Gleichzeitig hat nur jeder fünfte Betrieb begonnen, seinen Be-

schäftigten im großen Umfang Schulungen anzubieten. Wir bemängeln also fehlende Fähigkeiten, schaffen aber noch keine Möglichkeiten zur Weiterentwicklung. Hier liegt eine riesige Chance.

Ein Schlüssel für mehr Wettbewerbsfähigkeit

Die Transformation lebt von der Verantwortung aller Beteiligten. Ein Bündnis kann ein wichtiger Schritt sein: Unternehmen verpflichten sich, den Rahmen zu schaffen – durch klare Ziele, gezielte Weiterbildungsangebote und eine Unternehmenskultur, die lebenslanges Lernen fördert. Mitarbeitende wiederum müssen bereit sein, neue Fähigkeiten zu entwickeln und Veränderung als Chance begreifen.



Nur gemeins wettbewe

am sind wir rbsfähig

Foto: AdobeStock©R

Im Zuge dessen ist es notwendig, dass Unternehmen auch strukturelle Hürden abbauen. Zum Beispiel durch einen stärkeren Fokus auf die tatsächlichen Kernkompetenzen beim Recruiting. Während etwa in den USA eine typische Stellenanzeige nur wenige Schlüsselqualifikationen hervorhebt, werden Bewerbende hierzulande oft mit langen Anforderungskatalogen konfrontiert. Diese „Filter-out“-Kultur führt dazu, dass vielversprechende Talente sich gar nicht erst bewerben.

Spezialistinnen und Spezialisten mit jahrelanger Erfahrung im Unternehmen müssen nun befähigt werden, neue Technologien wie KI effizient einzusetzen. Gleichzeitig brauchen wir junge Talente, die sich noch ohne Branchenerfahrung, dafür aber mit

neuen Ideen und technologischem Gespür, einbringen können. Diese beiden Welten zusammenzubringen, sollte ein zentrales Ziel des Bündnisses sein. So entsteht ein Austausch, der Innovationen fördert und Unternehmen zukunftsfähig macht.

Wie der Wandel in der Praxis gelingen kann

Es gibt keine Blaupause für ein solches Bündnis. Dafür aber erfolgreiche Beispiele. Bei Accenture haben wir uns beispielsweise entschieden, von einer angeblichen „Recruitingmaschine“ zur „Talentmaschine“ zu werden. Innerhalb eines Jahres haben wir allein in der DACH-Region über eine Million Trainingsstunden für unsere Mitarbeitenden organisiert, die

von generativer KI bis hin zu Cloud-Technologien reichen. Gleichzeitig suchen wir neue Kolleginnen und Kollegen, die uns mit ihren praktischen Fähigkeiten aus diversen Bereichen überzeugen. Neben einem dualen Studium bieten wir deshalb auch Ausbildungsplätze an und gehen auf Talente zu, die nicht dem klassischen MINT-Beraterotypus entsprechen.

Das aber ist unser individueller Ansatz. Es gibt unzählige weitere Möglichkeiten, die Transformation – das Bündnis – zu gestalten und jedes Unternehmen muss seine eigene Herangehensweise finden.

Menschen mitnehmen und befähigen

Wenn wir den Weg zur technologischen Souveränität beschreiten wollen, brauchen wir dafür vorrangig jene Menschen, die bereits heute an unserer Seite stehen. Und das ist die vielleicht wichtigste Botschaft, die Unternehmen nun an ihre Belegschaft richten sollten, ganz gleich ob Startup, Mittelstand oder Weltkonzern: „Wir wollen diese Transformation gemeinsam mit euch gestalten.“

Es ist eine Handreichung. Eine Chance für alle, in einer Welt im Wandel neue berufliche Perspektiven zu entwickeln und die eigene Zukunft aktiv mitzugestalten. Es wird sich loh-

Christina Raab

Vorsitzende der Accenture
Ländergruppe Deutschland,
Österreich und Schweiz



Foto: Accenture

*„Es gibt keine Blaupause
für ein solches Bündnis,
aber erfolgreiche Beispiele.“*

nen. Für die deutsche Wirtschaft und ihre Rolle im globalen Wettbewerb. Für jedes Unternehmen und seine Wettbewerbsfähigkeit. Und für jede Mitarbeiterin und jeden Mitarbeiter, der bereit ist, sich einzubringen. □

Wer ist Paul?

Mit dem Aus der Ampelregierung bietet sich jetzt die Chance, Deutschland im internationalen Kontext mit Schlüsseltechnologien, etwa Agent-basierten Identifikationslösungen, als innovationsorientierten Wirtschaftsstandort neu zu positionieren.

Streaming-Anbieter erstellen Playlists, die unserem Musik- oder Filmgeschmack entsprechen und Routenplaner empfehlen uns auf Basis von Tracking-Daten etwa Restaurants oder Sehenswürdigkeiten. Mit dem Aus der Ampelregierung bietet sich die Chance, Deutschland im internationalen Kontext mit Schlüssel-

technologien, etwa Agent-basierten Identifikationslösungen, als innovationsorientierten Wirtschaftsstandort neu zu positionieren.

„Connecting the dots“, daran sind wir gewöhnt. Künstliche Intelligenz (KI) schafft es mit Leichtigkeit, digitale und transaktionale Daten zielgerichtet im richtigen Kontext zu aktivieren und uns anzubieten. Personalisierte Ökosysteme tragen customer-journey-übergreifend zur Verbesserung digitaler Erlebnisse bei und kreieren Wertschöpfungsnetzwerke, von denen alle Beteiligten profitieren. Dies gelingt, auch dank Blockchain-Technologie, bei nahezu 100-prozentiger Verfügbarkeit der hierfür nötigen Prozesse und Infrastrukturen.

Doch auch neue Technologien wie KI haben ihren Impact. So wurde im EU-Parlament im Februar 2024 die „Verordnung über künstliche Intelligenz“, bekannt als KI-Gesetz oder AI-act, verabschiedet. Diese bewertet KI-Anwendungen, um sicherzustellen, dass sie ethisch und verantwortungsbewusst eingesetzt werden, und sie fördert die Entwicklung einer sicheren und legalen KI im gesamten EU-Binnenmarkt. Sie schafft einen umfassenden Rechtsrahmen mit einem risikobasierten Ansatz, der darauf abzielt, ein Gleichgewicht zwischen dem Schutz der Gesundheit, der



Frank S. Jorga
CEO WebID

Über den Autor

Frank S. Jorga ist Vordenker, Tech-Enthusiast und Gründer. Er revolutionierte mit der Erfindung der heute etablierten Videoidentifikation 2011 den Zugang zu digitalen Ident-Verfahren. Als Rechtsexperte mit Anwaltszulassung initiierte er in aufwändigen Gesprächen die gesetzliche Verankerung und damit die erste rechtliche Anerkennung eines digitalen Identifikationsverfahrens in Deutschland. 2012 gründete er mit WebID Solutions den ersten nationalen Online-Ident-Anbieter und transformierte das Unternehmen mit weiteren internationalen Schlüsseltechnologien zu einem der wenigen profitablen Anbieter Europas. Bis heute leitet er WebID als Co-CEO und ist Chairman des größten Expertenkongresses für Digitale Identitäten in Deutschland, dem ID X Summit, der 2025 zum dritten Mal stattfindet.

„Auch global agierende Tech-Champions stehen vor der Herausforderung, dass sie die Lösungen zum Schutz ihrer Nutzer vor den vielen Betrugsmaschinen verbessern müssen.“



Sicherheit und der Grundrechte von Bürgern in der EU herzustellen.

Und sogar global agierende Tech-Champions stehen vor der Herausforderung, dass sie die Lösungen zum Schutz ihrer Nutzer vor den vielen Betrugsmaschinen verbessern müssen.

Community-basierte Verkaufs- und Vermittlungsplattformen fungieren dabei wie der sprichwörtliche „Kanarienvogel in der Kohlenmine“. Aufgrund der geringen Hürden beim Onboarding zeichnen sich hier Betrugstrends deutlich früher ab als auf dem Gesamtmarkt. Viele der Plattformen sind in großem Umfang mit KI-generierten Fake-Identitäten konfrontiert. Vorhandene Betrugsabwehrmechanismen zur Überwachung der Onboarding-Prozesse und Aktivitäten der Nutzer reichen da schon angesichts der Masse nicht aus.

Fraud ist eine Bedrohung für alle Beteiligten im digitalen Raum. Social-Engineering-Methoden, etwa Phishing, gefährden uns alle, nicht



Foto: AdobeStock/Ahmed

nur globale Konzerne oder mittelständische Unternehmen in Deutschland. Tendenz steigend.

Sichere, schnelle und anwenderfreundliche digitale Ident-Verfahren sind vor diesem Hintergrund eine der Schlüsseltechnologien, die über Europa hinaus in den globalen Wirtschaftsräumen und für alle Branchen enorm an Relevanz gewinnen. Grenzenlos nutzbare, echte digitale Identitäten werden angesichts der zunehmend globalen und auch virtuell nutzbaren Produkte und Leistungen bald unabdingbar sein.

In den vergangenen Jahren hat sich das Videoident-Verfahren als herausragend erwiesen. Die innovativen, etwa von der WebID zunächst für den Bankensektor realisierten, digitalen Identifikationsverfahren tragen dazu bei, dass Geldwäsche in Deutschland überwiegend analog stattfindet, im Gegensatz zu vielen anderen EU-Staaten. Auch aufgrund der strengen Regularien stärken in Deutschland entwickelte Lösungen dabei die

Attraktivität des hiesigen Wirtschaftsstandorts.

Auf EU-Ebene gibt es Bestrebungen, Lösungen zu entwickeln, die es allen EU-Bürgern ermöglichen sollen, ihre echte digitale Identität vollständig über eine Wallet, ein Speicherort für Ausweise, Kreditkarten oder Tickets, in ihrem Smartphone vorzuhalten.

Wir sind große Befürworter dieser EUDI-Wallet. Fragt sich nur, wie lange es dauern wird, eine von allen Beteiligten akzeptierte Lösung zu definieren, die im Sinne der Interoperabilität und Systemvielfalt alle Wallets unterstützt. „Connecting the dots“ wäre hier wünschenswert.

Mit TrueID steht eine den strengen deutschen und EU-Regularien entsprechende Schlüsseltechnologie zur Online-Identifikation mit allen relevanten Attributen und Merkmalen zur Verfügung, die auf die spezifischen Anforderungen in die jeweiligen internationalen Wirtschaftsräume hinein erweiterbar ist: Über 17 Millionen Menschen haben bereits ihr

Einverständnis dafür gegeben, dass wir ihre digitale Identität auf unseren Hochsicherheitsservern speichern dürfen.

Durch den initialen Prozess des sicheren Ident-Verfahrens gelaufen, kann eine mit dieser Lösung verifizierte Person ihre digitale Identität effizient und komfortabel weiterverwenden, also für andere Identifikationsprozesse nutzen. Ein One-Time Password (OTP) als TAN per SMS versendet sowie optional ein Voice- oder Biometrie-Check genügt dann schon, um Paul zu identifizieren.

WebID berät neben DAX-Konzernen auch Fortune-500-Unternehmen in den USA dabei, ihre Identifizierungslösungen strategisch zu optimieren und trägt deutsche Technologien in den US-Markt, was zeigt: Auf Basis der strengen deutschen Regularien- und Qualitätsstandards können Schlüsseltechnologien entstehen, die dazu beitragen, Deutschland als innovativen Wirtschaftsstandort neu zu positionieren. □



Foto: AdobeStock/Fokke Baarsen

Künstliche Intelligenz ist Realität

Europa muss stärker zusammenarbeiten, um mit den USA und China mithalten zu können.

Künstliche Intelligenz (KI) spielt eine Schlüsselrolle im Mobilitätssektor und ist in vielen Bereichen bereits integriert, etwa in Sprachassistenten, Navigationssystemen und Fahrerassistenzsystemen. Sie ermöglicht auch innovative Ansätze wie autonome Fahrzeuge und datenbasierte Optimierungen. Beispiele wie das „Campus Free City“-Projekt in Frankfurt oder das deutsch-österreichische Vorhaben im Inn-Tal zeigen, wie KI für autonome Mobilität und Logistik eingesetzt wird. Diese Technologien verbessern nicht nur die Fortbewegung, sondern auch Umweltschutz und Rettungseinsätze, etwa durch präzise Datenanalyse.

Ein zentraler Faktor für den Erfolg von KI im Verkehrssektor sind Daten. Dynamische und statische Daten werden in Initiativen wie dem Mobilitätsdatenraum und dem Mobilitätsdatengesetz zusammengeführt, um eine Grundlage für moderne Mobilitätslösungen zu schaffen. Diese Daten sind essenziell, um Echtzeitinformationen bereitzustellen, Geschäftsmodelle zu entwickeln und autonome Mobilität voranzutreiben.

Für eine zukunftsfähige Mobilitätsinfrastruktur ist die digitale Infrastruktur unverzichtbar. Es braucht leistungsfähige Rechenzentren, die nicht zwingend in Deutschland, aber in Europa stehen sollten, um technologische Souveränität und Datensicherheit zu gewährleisten. Eine starke europäische Zusammenarbeit ist notwendig, um nicht hinter die USA oder China zurückzufallen.

Gleichzeitig dürfen bürokratische Hürden Innovationen nicht behindern. Es braucht innovationsfreundliche Rahmenbedingungen und eine pragmatische Umsetzung der KI-Regulierung, ohne zusätzliche Belastungen für Unternehmen. Nur so

kann Deutschland als Standort attraktiv bleiben. Bürokratieabbau, etwa bei der Umsetzung bestehender Gesetze wie der intelligenten Verkehrsrichtlinie, muss dringend vorangetrieben werden.

KI und Daten eröffnen enorme Potenziale, beispielsweise für die effiziente Überprüfung und Instandhaltung von Infrastrukturen wie Brücken. Durch KI lassen sich Kosten senken und die Qualität verbessern. Die gesammelten Daten sind eine Grundlage, auf der Unternehmen neue Geschäftsmodelle entwickeln können – ein Bereich, in dem großes Potenzial besteht.

Zusammengefasst: KI ist eine Schlüsseltechnologie für die Mobilität der Zukunft. Ihr Erfolg hängt maßgeblich von der Verfügbarkeit und Verarbeitung von Daten, einer starken digitalen Infrastruktur und innovationsfreundlichen Rahmenbedingungen ab.

Deutschland und Europa müssen ihre Stärken in diesen Bereichen ausbauen, um wettbewerbsfähig zu bleiben und die Potenziale von KI vollständig zu nutzen. □



Stefan Schnorr

Staatssekretär im Bundesministerium für Digitales und Verkehr

Foto: Bundesregierung/
Sandra Steins

„Rechenzentren sind das A und O.“



Foto: AdobeStock@henjon

Wo bleiben die „Renten-Kleber“?

Die Jungen müssen mehr fordern bei der gesetzlichen Rente und privat vorsorgen.

Protestierende junge Menschen können kreativ sein und riskieren dabei einiges. Die viel gescholtenen Klima-Kleber sind ein Beispiel dafür.

Aber wo sind vergleichbare Aktionen zur Rentenpolitik, bei der die junge Generation ebenso Anlass zum Protest hätte? Wie der Klimaschutz ist das ein Thema, bei dem die Menschen Verantwortung für nachfolgende Generationen tragen. Schaut man auf die Rentenpolitik der zurückliegenden Jahre war das Gegenteil der Fall. Nicht nur mit der vorgezogenen abschlagsfreien Rente wurden die Lasten für zukünftige Beitragszahler unverantwortlich weiter erhöht. Unverantwortlich, weil klar absehbar war, was uns demografisch erwartet. Und das von der Ampel geplante Rentenpaket II wird unweigerlich zu einem weiteren starken Anstieg der Beitragssätze auf annähernd 23 Prozent – heute 18,6 Prozent – führen müssen.

Die SPD verteidigt dies damit, dass von einem mit 48 Prozent garantierten Rentenniveau später auch die junge Generation selbst profitieren wird. Das ist zynisch. Denn bis dahin werden deren verfügbare Einkommen für ein ganzes langes Erwerbsleben

durch stark steigende Sozialabgaben und durch die hohe Steuerlast immer weiter eingeschränkt.

Viele der Jungen erkennen das Problem nicht

Spricht man mit jungen Erwerbstätigen über die Rente, hört man fast unisono: „Ich werde sowieso mal keine Rente erhalten und muss bis 75 oder länger arbeiten“. Dies zeigt: Die junge Generation erkennt das Problem nicht. Denn die eigene Rente hat sie noch in eigenen Händen – indem alle Jungen mit mehr Kindern positiven Einfluss auf die Demografie nehmen und gegebenenfalls frühzeitig zusätzlich privat vorsorgen. Das wirkliche Problem der Jungen ist, dass sie in den nächsten Jahrzehnten mit ihren Einkommen die Renten der geburtenstarken Jahrgänge finanzieren müssen.

Was müssten die Jungen fordern? Das Mindeste wäre die Abkehr von der Haltelinie für das Rentenniveau, also die Beibehaltung des Nachhaltigkeitsfaktors, vielleicht sogar dessen Neujustierung, damit zumindest die Rentenerhöhungen gebührenden Abstand zu den Lohnerhöhungen haben. Den meisten Rentnern muss dies zugunsten von mehr Generationengerechtigkeit

zugemutet werden. Alle anderen können im Regelfall weitergehende Sozialleistungen in Anspruch nehmen.

Obligatorium im Grundsatzprogramm der CDU hilft nicht

Was keine Lösung ist: Der im Grundsatzprogramm der CDU verankerte Vorschlag eines Obligatoriums für die private Altersvorsorge. Denn damit würde den jungen Erwerbstätigen zusätzlich zu den anstehenden Beitragssatzsteigerungen in der gesetzlichen

Dr. Helge Lach

Mitglied des Vorstands
Deutsche Vermögensberatung AG



Foto: Frank Blümker

„Die junge Generation erkennt das Problem nicht.“

Rente ein zweites Mal in die Tasche gegriffen werden. Wovon sollen die dann noch leben? Zu wünschen ist, dass die Union als Regierungspartei stattdessen den Mut haben wird, die gesetzliche Rente anzupacken. Denn die läuft aus dem Ruder. □

Die schnelle Modernisierung unserer (Energie)-Infrastruktur ist die Grundlage für Wohlstand im Industrieland und Mittelstandsland Deutschland. Alleine die Energie-Branche will bis 2030 Investitionen von bis zu 721 Milliarden Euro auf den Weg bringen. Ziel ist ein möglichst wettbewerbsfähiges und resilientes System. Das braucht an erster Stelle Planbarkeit und Verlässlichkeit der politischen Rahmenbedingungen, also Kontinuität im Marktdesign.

Mit Kontinuität und Kurskorrektur

Marktdesign klug weiterentwickeln

Bis Ende 2026 ist das Absicherungsmodell für die Erneuerbaren im EEG beihilferechtlich durch die EU genehmigt. Das bestehende System muss danach europarechtskonform mit einem Abschöpfungsmechanismus versehen werden. Entscheidend ist dabei, dass die neue Bundesregierung keinen Systembruch riskiert und der Ausbau der Erneuerbaren nicht wieder zum Erliegen kommt. Dies wäre Gift für die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. Es gilt daher die gleitende Marktprämie mit einem neuen Marktwertkorridor weiterzuentwickeln. Konkret: Wird im Markt ein Preis oberhalb

des Korridors erzielt, wird Geld an den Staat gezahlt. Zugleich erhält der Betreiber eine Absicherung seiner Investition nach unten.

Die gleitende Marktprämie stellt die Erzeuger vor unternehmerisches Risiko und eröffnet gleichzeitig Chancen im Markt. Das macht sie zu einem Instrument, das schrittweise auch in den Markt überführt werden kann. Zugleich zwingt sie zur Systemverantwortung. Als zentrale Marktakteure müssen Erneuerbare-Erzeuger die Stabilität des Stromsystems sichern, dazu braucht es Flexibilitäten in Form von Speichern und Elektrolyseuren und auch kleineren Verbrauchsklustern. Gleichzeitig sichert die gleitende Marktprämie die essentielle Fremdfinanzierung durch die staatlich garantierte Absicherung ab.

Flexibilitätsagenda umsetzen

Insgesamt muss unser Energiesystem durchlässiger und deutlich flexibler werden, damit Industrie und Haus-

halte von günstigen Strompreisen der Erneuerbaren profitieren können. Diese Flexibilisierung entlastet die Netze und dämpft die Systemkosten der Energiewende. Die künftige Bundesregierung muss daher in einem Sofortprogramm alle Hemmnisse für den Ausbau von Flexibilitäten konsequent abbauen, unter anderem ein Recht auf Überbauung gesetzlich festlegen, die praxistaugliche Ausgestaltung von „Nutzen statt Abschalten“, die Privilegierung von Batteriespeichern im Außenbereich, eine Netzentgeltbefreiung für systemdienlich angesiedelte Elektrolyseure über 2027 hinaus, und Auflösen der „Zusätzlichkeit“ bei Wasserstoff. Zugleich gilt es, die vorhandenen Flexibilitätspotenziale aus Biogasanlagen stärker zu nutzen und die Ausschreibungen deutlich nach oben anzupassen.

Netzentgelte dynamisieren

Um unseren industriellen Kern wieder zu stärken, braucht es zudem – neben der Absenkung von staatlichen Preisbestandteilen im Strompreis – die Möglichkeit, direkt von niedrigen Erzeugungspreisen der Erneuerbaren profitieren zu können. Durch den zunehmenden Ausbau sinken die Bör-

„Mit großer Sorge sehen wir, dass wir durch immer kleinteiligere Regulierung unser Wachstum und unsere Innovationskraft beim weiteren Ausbau verlieren.“



Stephan Frense

CEO
Erneuerbaren-Unternehmens-
gruppe ARGE NETZ

Foto: Arge Netz



Foto: AdobeStock©Thorsten Schlier

senpreise immer öfter auf null oder sogar in den negativen Bereich. Eine regionale und zeitliche Dynamisierung der Netzentgelte in Verbindung mit dynamischen Stromtarifen würde es unserer Industrie ermöglichen unmittelbar davon zu profitieren. Klar ist, dass industrielle Prozesse, die nicht flexibilisiert werden können, auch weiterhin per Bandlast ihren Strom beziehen können müssen. Voraussetzung für die Aktivierung von Flexibilitäten ist die Beschleunigung des Smart Meter Rollouts sowie die Digitalisierung der Netzbetreiber. So trägt die Flexibilisierung zur Entlastung der Netze bei, dämpft die Systemkosten und entlastet den Bundeshaushalt durch Senkung der Differenzkosten.

Direktlieferung für Verbraucher ermöglichen

Auch eine Industriedirektlieferung mit eigenen Leitungen aus Wind- oder Solarparks lassen Unternehmen unmittelbar von den niedrigen Erzeugerpreisen profitieren. Als führende Erneuerbaren-Unternehmensgruppe beliefern wir bereits heute große Industrieunternehmen und unterstützen diese auf dem Weg zur Klimaneutralität. Wo keine Direktleitung möglich

oder sinnvoll ist, kann ein langfristiger Stromliefervertrag (PPA) zwischen Erzeuger und Verbraucher virtuell die Leitung ersetzen. Auch hier braucht es schneller Kurskorrekturen: Streichung der „unmittelbaren räumlichen Nähe“ aus dem EEG und die maximale Leitungslänge von fünf Kilometer im Energiewirtschaftsgesetz sowie – wie von der EU eingefordert – einen Absicherungsmodus für PPA. Die zügige Umsetzung von Energy Sharing – Strom aus der Region für die Region – ist das Pendant für niedrigere Preise und mehr Akzeptanz bei den Haushalten.

Deregulierung überfällig

In Zeiten knapper Haushaltskassen und der Rezession muss die Politik ihren Schwerpunkt darauf legen, den Unternehmen mehr Freiraum zu geben, damit diese investieren. Der gescheiterte Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft ist ein unrühmlicher Beleg dafür, dass mit zu vielen Detailregelungen auf EU- und nationaler Ebene Technologien und Innovationen ausgebremst werden. Die Vorgaben zur Zusätzlichkeit – Strom für Elektrolysen darf künftig nur aus neuen Anlagen kommen – schließt jede flexi-

Björn Spiegel

Leiter Strategie & Politik
Erneuerbaren-Unternehmens-
gruppe ARGE NETZ



Foto: Jens Schlicke

„Die künftige Bundesregierung muss in einem Sofortprogramm alle Hemmnisse für den Ausbau von Flexibilitäten abbauen.“

ble Nutzung aus und treibt die Kosten unnötig hoch. Hier muss die neue Regierung schnellstmöglich gegensteuern und allgemein das Energierecht entschlacken.

Europa als Energiebinnenmarkt stärken

Mit der Verbindung von Wettbewerbsfähigkeit und Dekarbonisierung gibt die EU-Kommission den richtigen Kurs auch für Deutschland vor. Entscheidend ist, schnelle und digitale Genehmigungen in allen Bereichen konsequent umzusetzen und, dass nach den Bundestagswahlen im Februar Deutschlands Stimme in Brüssel wieder gehört und gut zu hören ist. □



Foto: AdobeStock/volodyar

Säule für den Wirtschaftsstandort D

Die Pharmastrategie im Medizin-Forschungsgesetz soll den Standort Deutschland stärken.

Deutschlands Gesundheitssystem steht vor wegweisenden Herausforderungen. Die bisherige Strategie, Probleme primär durch zusätzliche finanzielle Mittel zu lösen, wird angesichts der aktuellen Haushaltslage nicht mehr funktionieren. Als langjähriger Kenner sowohl des Bundesfinanzministeriums als auch des Gesundheitsministeriums sehe ich die dringende Notwendigkeit tiefgreifender Strukturreformen.

Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: Mit Sozialabgaben von 41,7 Prozent haben wir die 40-Prozent-Grenze bereits überschritten und nähern uns dem historischen Höchststand von 42 Prozent aus dem Jahr

2003. Dies geschieht in einer Zeit, in der die demografische Entwicklung zusätzlichen Druck auf unser Sozialsystem ausübt. Die Generation der Babyboomer wird in den kommenden Jahren die Herausforderungen weiter verschärfen.

Gleichzeitig ist die Gesundheitswirtschaft ein bedeutender Wirtschaftsfaktor: Mit über acht Millionen Beschäftigten übertrifft sie die Automobilindustrie um das Zehnfache. Auch bei der Bruttowertschöpfung sowie Investitions- und Forschungsausgaben liegt der Gesundheitssektor vorne. Besonders die Pharmaindustrie zeichnet sich durch einen hohen Anteil an immateriellem Kapital aus, vor allem in Form von Patenten und Forschungsergebnissen.

Deutschland profitiert dabei von einem doppelten Standortprivileg: Einerseits durch die wirtschaftliche Stärke der Branche, andererseits durch die exzellente Versorgung der Bevölkerung mit innovativen Arzneimitteln. Allerdings gibt es auch Warnsignale: Die Zahl der Patentanmeldungen ist von durchschnittlich 63 – zwischen 2003 und 2012 – auf aktuell 19 pro Jahr gesunken. Zudem hat die Corona-Krise unsere Abhängigkeit von globalen Lieferketten deutlich gemacht.

Um den Pharmastandort Deutschland zu stärken, haben wir gemeinsam mit der Industrie und verschiedenen Ministerien eine umfassende Pharmastrategie entwickelt, die im Medizin-Forschungsgesetz verankert wird. Diese baut auf den traditionellen Stärken des Standorts auf: hochqualifizierte Fachkräfte, anerkannte Zulassungsbehörden, schneller Marktzugang für Innovationen sowie hohe Qualitäts- und Sicherheitsstandards.

Die Zukunftsfähigkeit unseres Gesundheitssystems wird davon abhängen, ob es uns gelingt, notwendige Reformen umzusetzen und gleichzeitig die Innovationskraft der Branche zu erhalten. Dies betrifft alle Bereiche – von der Arzneimittelversorgung über die Apothekenlandschaft bis hin zur Pflegefinanzierung. Dabei müssen wir auch verstärkt europäisch denken und den Binnenmarkt im Arzneimittelbereich weiterentwickeln.

Der Reformbedarf ist unübersehbar, die Zeit drängt. Doch Deutschland verfügt über eine starke Basis in der Gesundheitswirtschaft, auf der wir aufbauen können. Mit gezielten Reformen und der richtigen Strategie können wir die Herausforderungen meistern und den Gesundheitsstandort Deutschland zukunftsfest machen. □



Dr. Thomas Steffen

Staatssekretär,
Bundesministerium
für Gesundheit

„Der Reformbedarf im Gesundheitswesen ist unübersehbar, die Zeit drängt.“

Krankenversicherung: Warum es 2025 teurer wird

Das Gesundheitswesen erlebt aktuell besonders hohe Kostensteigerungen. Daher erhöhen sich die Beiträge sowohl in der Gesetzlichen als auch in der Privaten Krankenversicherung.

Ein Advertorial des PKV-Verbands

Die stark gestiegenen Kosten insbesondere im Krankenhaus und bei Arzneimitteln betreffen die Private ebenso wie die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV). So ist z. B. ein Pflgetag im Krankenhaus 2023 um rund 38 Prozent teurer geworden als 2021. Hinzu kommen die Kosten des medizinischen Fortschritts, etwa für innovative Arzneimittel.

Für die gesetzlich Versicherten ist nun klar, worauf sie sich ab 1.1.2025 einstellen müssen, seit der durchschnittliche GKV-Beitragssatz im Bundesgesetzblatt steht und das Bundeskabinett die Verordnung zur Höhe der Beitragsbemessungsgrenze beschlossen hat.

Höchster Beitragssprung in der Geschichte

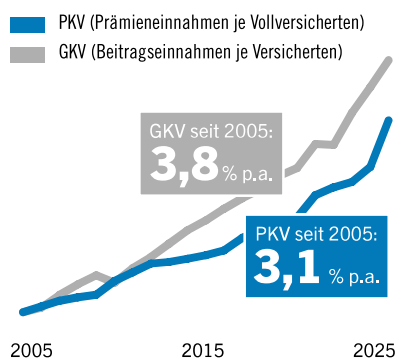
Der durchschnittliche GKV-Zusatzbeitrag klettert 2025 um 0,8 Prozentpunkte auf dann 2,5 Prozent – der höchste Beitragssprung in der Geschichte. Der Gesamtbeitragssatz in der GKV steigt dadurch auf 17,1 Prozent. Zugleich soll die Beitragsbemessungsgrenze auf 5.512,50 Euro Monatsbrutto angehoben werden. Das ist eine Erhöhung um 4.050 Euro pro Jahr, auf die zusätzlich Sozialbeiträge bezahlt werden müssen.

Hochqualifizierte Fachkräfte sind besonders betroffen

Vor allem für Fachpersonal mit einem Verdienst an der Bemessungsgrenze bedeutet das erhebliche Zusatzlasten. Sie zahlen 943 Euro pro Monat allein für die Krankenversicherung in der GKV 11,7 Prozent mehr.

Hinzu kommt der um 0,2 Punkte steigende Beitragssatz in der Pflegeversicherung. Das bringt bis zu 232 Euro Pflegebeitrag (ohne Kinder). Insgesamt werden an der Bemessungsgrenze also pro Monat 1.175 Euro fällig. Das bedeutet eine Mehrbelastung um 124 Euro im Monat bzw. 1.488 Euro pro Jahr.

Beitragsentwicklung der GKV und PKV



Quelle: Wissenschaftliches Institut der PKV (WIP)

Beiträge in PKV und GKV entwickeln sich ähnlich

In der PKV wird es 2025 ebenfalls teurer, im Durchschnitt um 12 Prozent. Rund zwei Drittel der Privatversicherten sind davon betroffen, ihre Beiträge erhöhen sich im Schnitt um 18 Prozent. Ein Drittel hat keinen Beitragsanstieg.

Die Beiträge in der GKV und der PKV entwickeln sich mittelfristig sehr ähnlich. Zwischen 2005 und 2025 (inklusive der bevorstehenden Erhöhungen)

sind die Beitragseinnahmen in der GKV je Versicherten im Schnitt um 3,8 Prozent pro Jahr gestiegen, in der PKV um 3,1 Prozent – also etwas geringer.

Der Durchschnittsbeitrag in der PKV wird 2025 rund 623 Euro betragen. Das kann sich im Vergleich zur GKV durchaus sehen lassen: Dort zahlt ein Durchschnittsverdiener (mit 4.208 Euro Monatsbrutto) 720 Euro pro Monat. Privatversicherte Arbeitnehmer, die ja oberhalb der Bemessungsgrenze verdienen, müssten in der GKV 943 Euro im Monat zahlen. Die Beiträge der allermeisten Privatversicherten liegen deutlich darunter. Arbeitnehmer erhalten in der PKV ebenso wie in der GKV die Hälfte des Beitrags als Arbeitgeberzuschuss.

Versicherungspflichtgrenze schränkt Wahlfreiheit ein

Die Bundesregierung will zum 1.1.25 die Versicherungspflichtgrenze von 69.300 Euro auf 73.800 anheben. Erst ab diesem Bruttogehalt entfällt die Versicherungspflicht in der GKV und Arbeitnehmer können in die PKV wechseln. Der PKV-Verband engagiert sich für eine Senkung dieser Schwelle, denn sie begrenzt den Kreis der Arbeitnehmer, die sich für eine private Krankenversicherung entscheiden können. In den letzten 10 Jahren wurde die Entgeltgrenze um rund 34 Prozent erhöht. Damit muss ein Arbeitnehmer heute fast 1.600 Euro mehr im Monat verdienen als vor 10 Jahren, um in die PKV wechseln zu dürfen. □



Nordrhein-Westfalen arbeitet in enger Abstimmung mit allen Partnern im Gesundheitswesen zusammen.

Krankenhausreform schon in Arbeit

Mit einem Marktvolumen von 500 Milliarden Euro übersteigt der Gesundheitssektor den Bundeshaushalt. Nach der Pandemie, in der wir enorme finanzielle Mittel mobilisiert haben, stehen wir nun vor der Aufgabe, das System grundlegend zu reformieren – und zwar in allen Bereichen gleichzeitig.

In Nordrhein-Westfalen haben wir uns dieser Herausforderung gestellt. Als einziges Bundesland setzen wir bereits erfolgreich eine umfassende Krankenhausreform um. Unser Ansatz basiert auf drei Säulen: Spezialisierung, flächendeckende Grundversorgung und verstärkte Kooperation. Die Reform wurde nicht im Elfenbeinturm erdacht, sondern in enger Abstimmung mit allen Partnern im

Gesundheitswesen entwickelt. Dass alle Beteiligten bis heute an diese Reform glauben und an ihrer Umsetzung mitwirken, ist ein bedeutender politischer Erfolg.

Ein Beispiel für die Notwendigkeit der Spezialisierung: In Deutschland sterben jährlich etwa 250.000 Menschen an Krebs – zu viele, weil nicht alle Patienten von Anfang an die bestmögliche Behandlung erhalten. Mit unserer Reform haben wir 40 bis 60 Prozent der Anträge von Krankenhäusern zur Krebsbehandlung abgelehnt. Stattdessen konzentrieren wir die Behandlung dort, wo die Expertise vorhanden ist.

Gleichzeitig garantieren wir eine flächendeckende Grundversorgung: 90 Prozent der Bevölkerung sollen innerhalb von 20 Minuten ein grundversorgendes Krankenhaus erreichen können. Im Flächenland NRW mit 330 Krankenhäusern ist das eine enorme Herausforderung.

Der dritte Pfeiler ist die Kooperation. Es kann nicht sein, dass sich Krankenhäuser auf engstem Raum Konkurrenz um die gleichen Patienten, Fachärzte und Pflegekräfte machen. Wir fördern deshalb gezielt Zusammenschlüsse und Kooperationen. Dabei denken wir in Gesundheitsregionen, in denen von der Universitäts-

linik bis zur ambulanten Praxis alle eng zusammenarbeiten.

Um dies zu ermöglichen, brauchen wir dringend die elektronische Patientenakte. Nur wenn alle Behandler Zugriff auf die Patientendaten haben, können wir die Versorgungspfade optimal gestalten. Dabei muss natürlich der Datenschutz gewährleistet sein, aber die Priorität liegt auf der besseren Vernetzung der Behandlungskette.

Die Bundesregierung hat unsere Reform als Blaupause für eine bundesweite Krankenhausreform bezeichnet. Leider ist der folgende Prozess nicht optimal verlaufen. Zwei Punkte sind für uns nicht verhandelbar: Die Krankenhausplanung muss Ländersache bleiben, weil nur so den regionalen Besonderheiten Rechnung getragen werden kann. Und wir brauchen eine fundierte Auswirkungsanalyse der Reform – gerade angesichts der Tatsache, dass 80 Prozent der Krankenhäuser rote Zahlen schreiben.

Parallel zur Krankenhausreform entwickeln wir unter dem Titel „Praxis der Zukunft“ auch Konzepte für die ambulante Versorgung. Denn eines ist klar: Nur wenn alle Sektoren optimal zusammenarbeiten, können wir die gesundheitliche Versorgung unserer Bevölkerung auch in Zukunft auf hohem Niveau sicherstellen. □

Foto: Ralph Sonderrmann



Matthias Heidmeier

Staatssekretär, Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen

„Die Reform wurde nicht im Elfenbeinturm erdacht.“

Schnelles Handeln geboten

Krankenhausreform und eine Reform der Notfallversorgung müssen Hand in Hand gehen.

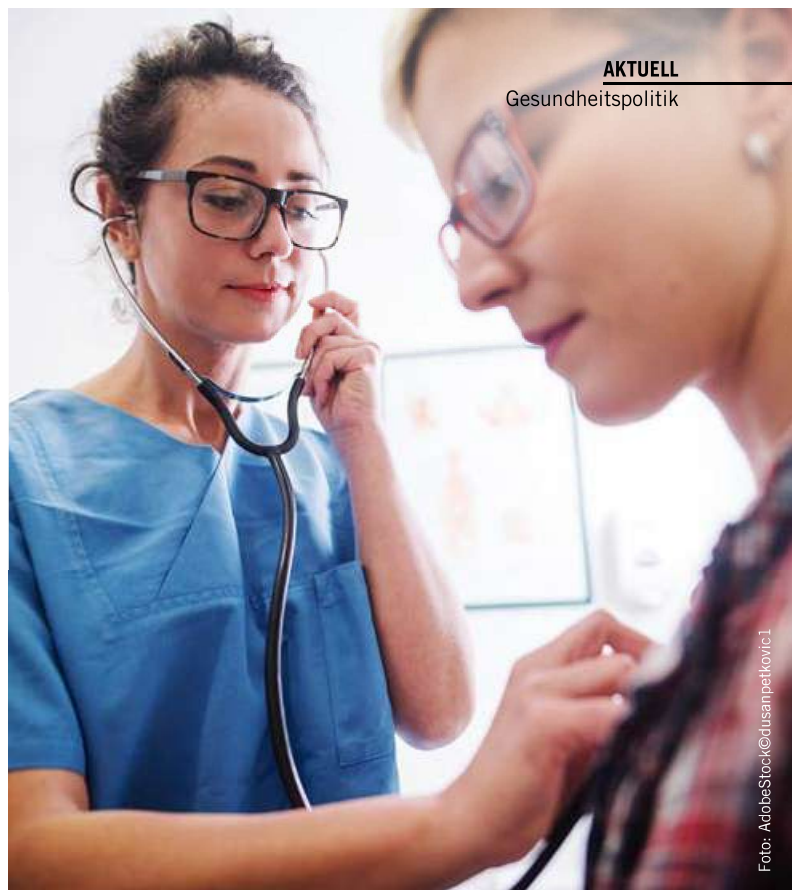


Foto: AdobeStock©dusanpetkovic1

Die Reformierung unseres Gesundheitssystems duldet keinen Aufschub mehr. Die Fakten sprechen eine klare Sprache: Deutschland gibt im europäischen Vergleich überdurchschnittlich viel Geld pro Kopf für Gesundheit aus, ohne dass sich dies in entsprechend besseren Versorgungsstrukturen niederschlägt. Die bisherigen Strukturen haben sich als nicht mehr zeitgemäß erwiesen.

Eine zentrale Herausforderung liegt in der Steuerung der Patientenströme. Wer benötigt wirklich eine stationäre Behandlung? Wer kann in einer Bereitschaftspraxis versorgt werden? Und wer sollte besser seinen Hausarzt aufsuchen? Diese Fragen müssen wir systematisch beantworten. Die Notaufnahmen der Krankenhäuser dürfen nicht länger als Instrument des Belegungsmanagements missbraucht werden. Sie sind für echte Notfälle da – nicht mehr und nicht weniger.

Die Krankenhausreform muss Hand in Hand gehen mit einer Reform der Notfallversorgung. Nur wenn beide Bereiche ineinandergreifen, können wir die Versorgungsqualität verbessern und gleichzeitig die Kosten stabilisieren. Dabei müssen wir einen

gesteuerten Strukturwandel ermöglichen, statt den kalten Strukturwandel der vergangenen Jahre fortzusetzen.

Bei der Finanzierung der Pflege stehen wir vor grundsätzlichen Weichenstellungen. Eine bloße Erhöhung der Beiträge oder die Einführung einer Bürgervollversicherung wären Scheinlösungen. Denn mehr Versicherte bedeuten nicht nur höhere Einnahmen, sondern auch mehr Leistungsansprüche – zumal alle Versicherten älter werden und damit potenziell mehr Leistungen benötigen. Eine solche Reform würde die strukturellen Probleme lediglich um einige Jahre verschieben.

Als Liberale setzen wir stattdessen auf zwei zentrale Prinzipien: Zum einen brauchen wir mehr Kapitaldeckung, um uns vom rein umlagefinanzierten System zu lösen. Zum anderen müssen wir die Wahlfreiheit der Versicherten stärken. Die Menschen sollen selbst entscheiden können, welches Versicherungsmodell am besten zu ihren Bedürfnissen passt.

Die Umsetzung solcher Reformen braucht Zeit – sowohl bis zur vollständigen Implementierung als auch bis sich die Effekte bei Versorgungsqualität und Beitragssätzen zeigen. Doch

gerade deshalb ist schnelles Handeln geboten. Die demographische Entwicklung wird die Herausforderungen weiter verschärfen. Wir müssen jetzt die Weichen stellen für ein zukunftsfähiges Gesundheitssystem, das Qualität und Finanzierbarkeit in Einklang bringt.

Dabei wird es auch darauf ankommen, die verschiedenen Reformvorhaben klug zu koordinieren. Kran-

Kristine Lütke MdB

Obfrau und Mitglied im Gesundheitsausschuss, FDP-Bundestagsfraktion



Foto: www.kristinelutke.de

„Bei der Finanzierung der Pflege stehen wir vor grundlegenden Weichenstellungen.“

kenhausreform, Notfallversorgung und Pflegefinanzierung müssen als Teile eines Gesamtkonzepts gedacht werden. Nur so können wir unser Gesundheitssystem fit machen für die Zukunft. □



Foto: AdobeStock©Zerbor

Wichtiger Katalysator

Das dritte Digitalgesetz und die elektronische Patientenakte schaffen Chancen für eine bessere Versorgung.

Die Digitalisierung des deutschen Gesundheitswesens hat in den letzten Jahren deutlich Fahrt aufgenommen. Ein entscheidender Wendepunkt war die Übernahme der Mehrheitsanteile an der Gematik durch den Bund. Dieser Schritt war überfällig, denn zuvor hatte die Selbstverwaltung den Digitalisierungsprozess eher gebremst als gefördert. Die Schaffung einer dynamischen Digitalisierungsabteilung im Bundesgesundheitsministerium unter der damaligen Führung von Jens Spahn erwies sich als weiterer wichtiger Katalysator.

Diese positive Entwicklung setzt sich fort. Mit dem dritten Digital-

gesetz und der beschleunigten Einführung der elektronischen Patientenakte entstehen neue Möglichkeiten für eine bessere Versorgung. Auch das Gesundheitsdatennutzungsgesetz ist ein wichtiger Baustein, um den Forschungsstandort Deutschland weiter zu stärken.

Doch die Herausforderungen gehen über die reine Digitalisierung hinaus. Deutschland und Europa müssen dringend ihre Position als Produktionsstandort ausbauen – nicht nur für innovative Arzneimittel, sondern auch für Generika. Die globalen Entwicklungen zeigen deutlich: Wir müssen die europäische Zusammenarbeit intensivieren, um die Versorgungssicherheit langfristig gewährleisten zu können.

Bei der weiteren Digitalisierung des Gesundheitswesens sollten wir verstärkt auf Marktmechanismen setzen. Die derzeitige, eher staatszentrierte Herangehensweise birgt die Gefahr, das Innovationspotenzial privater

Akteure nicht ausreichend zu nutzen. Gerade im digitalen Bereich entstehen die dynamischsten Entwicklungen oft durch Marktkräfte und Wettbewerb.

Die Umwandlung der Gematik in eine Digitalagentur ist grundsätzlich zu begrüßen. Allerdings sollte dieser Prozess mit einer stärkeren Marktöffnung einhergehen. Innovation und Dynamik entstehen am besten im Wettbewerb, nicht durch staatliche Steuerung. Hier gilt es, die richtige Balance zu finden: Der Staat muss den Rahmen setzen und Datenschutz sowie Versorgungssicherheit gewährleisten. Die konkrete Entwicklung digitaler Lösungen sollte jedoch stärker dem Markt überlassen werden.

Die Digitalisierung des Gesundheitswesens ist eine Generationenaufgabe. Sie erfordert nicht nur technische Lösungen, sondern auch einen kulturellen Wandel. Der eingeschlagene Weg ist richtig, aber wir müssen das Tempo weiter erhöhen und dabei die Potenziale des Marktes besser nutzen. Nur so können wir die Chancen der Digitalisierung für eine bessere Gesundheitsversorgung voll ausschöpfen. □



Erwin Rüdell MdB

Mitglied im
Gesundheitsausschuss,
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

„Deutschland und Europa müssen dringend ihre Position als Produktionsstandort ausbauen.“



Foto: AdobeStock©Best

Demografie schlägt doppelt zu

Demografievorsorge entlastet die Private Krankenversicherung.

Die demografische Entwicklung ist keine überraschende „Falle“, sondern eine seit Jahrzehnten bekannte Herausforderung. Ihre Auswirkungen treffen das Gesundheitssystem besonders hart, da sie gleichzeitig auf zwei Ebenen wirkt: Während der Bedarf an Gesundheitsleistungen durch die alternde Bevölkerung steigt, schrumpft die Zahl der Erwerbstätigen, die diese Leistungen finanzieren.

Die private Krankenversicherung (PKV) zeigt, wie man dieser Entwicklung begegnen kann. Entgegen mancher Vorurteile wächst die PKV kontinuierlich – allein im letzten Jahr wechselten etwa 50.000 Menschen in die private Vollversicherung. Besonders dynamisch entwickelt sich die betriebliche Krankenversicherung mit einem Wachstum von über 40 Prozent bei den anbietenden Arbeitgebern. Dies zeigt: Arbeitgeber nutzen zunehmend private Gesundheitsleistungen als Instrument der Mitarbeiterbindung.

Gleichwohl steigen auch in der PKV die Beiträge. Zum 1. Januar 2025 rechnen wir mit einer durchschnittlichen Anpassung von zwölf Prozent. Die Gründe dafür liegen unter anderem im medizinischen Fortschritt – etwa bei innovativen Arzneimitteln

mit Kostensteigerungen von fast acht Prozent – und in politisch gewollten Entwicklungen wie den Gehaltssteigerungen in der Pflege, die zu 37,5 Prozent höheren Pflegetagesätzen führten.

Der entscheidende Unterschied zur gesetzlichen Krankenversicherung liegt in der Demografievorsorge. Während die Gesetzlichen Krankenversicherungen (GKV) in den letzten 20 Jahren Beitragssteigerungen von durchschnittlich vier Prozent verzeichneten, waren es in der PKV nur 3,1 Prozent. Dies liegt an unserem Kapitaldeckungssystem, das bereits heute Rücklagen für die höheren Kosten im Alter bildet.

Besonders deutlich wird die demografische Herausforderung in der Pflegeversicherung. Die soziale Pflegeversicherung steht vor massiven Finanzierungsproblemen. Ihr Ausgleichsfonds bewegt sich gefährlich nahe an der gesetzlichen Mindestgrenze. Hier rächt sich das Fehlen einer seriösen, langfristigen Finanzplanung. Während private Versicherungen ihre Finanzierung Jahre im Voraus planen müssen, wissen wir jetzt noch nicht, wie die soziale Pflegeversicherung im nächsten Jahr finanziert werden soll.

Die Lösung kann nicht in einer simplen Erhöhung der Beitragsbe-

messungsgrenze liegen. Dies würde gerade hochqualifizierte Fachkräfte und ihre Arbeitgeber zusätzlich belasten – mit negativen Folgen für die Wettbewerbsfähigkeit.

Stattdessen brauchen wir mehr Kapitaldeckung in der Pflegeversicherung und eine zielgenauere Aus-

Dr. Florian Reuther

Verbandsdirektor,
Verband der Privaten
Krankenversicherung e.V.



Foto: Jens Schicke

„Besonders deutlich wird die demografische Herausforderung in der Pflegeversicherung.“

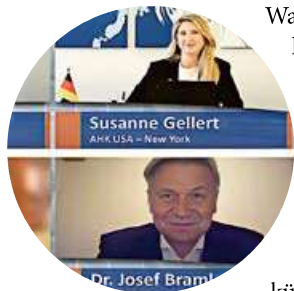
richtung der Leistungen. Immerhin können etwa 70 Prozent der heutigen Rentnerhaushalte ihre stationäre Pflege selbst finanzieren.

Die Herausforderungen im Gesundheitssystem sind letztlich nicht nur sozialpolitischer, sondern auch wirtschaftspolitischer Natur. Ohne eine starke Wirtschaft fehlt die Basis für gesellschaftlichen Zusammenhalt und soziale Sicherheit. □

■ ■ ■ NEUES AUS DEN KOMMISSIONEN ■ ■ ■

HIGHLIGHT-WEBTALK

Was bedeuten die US-Wahlen für die EU?



Wahlen in den USA: In zwei Highlight-Video-konferenzen analysierten Dr. Josef Braml, USA-Experte, und Susanne Gellert, Präsidentin der Deutsch-Amerikanischen Handelskammer in New York, die aktuelle Situation. Dr. Braml erläuterte die geopolitischen Auswirkungen der US-Wahlen auf die EU. Er betonte, dass unabhängig vom Wahlausgang die USA künftig protektionistischer agieren und sich wirtschaftlich sowie politisch stärker dem asiatischen Raum zuwenden werden. Dies könnte auf Kosten der EU geschehen, die ihre Interessen selbstbewusster vertreten, ihre Verteidigungsfähigkeit ausbauen und unabhängiger werden muss. Im zweiten Highlight-Talk prognostizierte Susanne Gellert, dass die USA weiterhin wichtiger Handelspartner für Deutschland bleiben werden und eine stabile Position in der Weltwirtschaft einnehmen. Deutsche Unternehmen in den USA blickten optimistisch in die Zukunft und planen langfristige Investitionen.

Bezüglich der Präsidentschaftswahlen gaben beide Experten keine Prognose ab. Sowohl Donald Trump als auch Kamala Harris würden nur begrenzten Einfluss auf die grundlegende Wettbewerbsfähigkeit der USA haben, da wirtschafts- und handelspolitische Kompetenzen größtenteils im Zuständigkeitsbereich der einzelnen Bundesstaaten lägen, sagte Susanne Gellert. Daher wird erwartet, dass sich der US-Markt unabhängig von den Präsidentschaftswahlen positiv entwickeln wird. □

Foto: Jens Schicke

INTERNATIONALER KREIS

Große Spannungen

Der zunehmende internationale Handelskonflikt zwischen Europa und China wirft Fragen über die zukünftigen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen beider Länder auf. Der Vorsitzende der Bundesfachkommission Internationaler Kreis, Dr. Jürgen Geißinger, lud die Mitglieder des Gremiums und hochkarätige Gäste ein, das Thema aus verschiedenen Richtungen zu beleuchten. Dazu zählten Uwe Michel, Executive Vice President der Allianz SE, Qiu Yuanling, Botschaftsrätin der Wirtschafts- und Handelsabteilung der chinesischen Botschaft in Deutschland, und Kristie Chu, Managerin des Hong Kong Trade Development Council (HKTDC) in Deutschland.

Qiu Yuanling betonte, dass China Deutschland und die EU nicht als systemische Rivalen betrachtet. Vielmehr schätze ihr Land die vielfältige Partnerschaft, die über rein wirtschaftliche Aspekte hinausgeht. Eine enge Zusammenarbeit sei entscheidend, wobei einseitige Abhängigkeiten vermieden werden sollten. Die chinesische Regierung zeigt



KI, STARTUPS UND DIGITALE TRANSFORMATION

Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen

Um im internationalen Wettbewerb als Industrie- und Exportnation erfolgreich zu sein, steht Deutschland vor der Herkulesaufgabe, große Teile seiner Infrastruktur neu zu bauen, zu erweitern oder zu modernisieren. Wie dieser ambitionierte Plan umgesetzt werden kann, erörterten die Mitglieder der Bundesfachkommission unter der Leitung von Werner Rieche.

Gemeinsam mit Dr. Anna Christmann MdB, Beauftragte der Bundesregierung für digitale Wirtschaft und Start-ups, diskutierten die Unternehmer die Potenziale von Digitalisierung und Künstlicher Intelligenz (KI) zur Beschleunigung der Energiewende. Stefan Schnorr, Staatssekretär im Bundesministerium für Digitales und Verkehr, beleuchtete die Notwendigkeit schneller Genehmigungsverfahren für Großbauvorhaben im Verkehrssektor des Bundes. Zudem präsentierte Siamak Tahmasian von SAP innovative Ansätze zur Entwicklung einer Ende-zu-Ende-Antragsplattform.

Ein zentraler Aspekt der Diskussion war die konsequente Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung. Um dies zu erreichen, sollte die digitale kooperative Arbeitsmethode Building Information Modeling (BIM) künftig bei allen Planungsverfahren verpflichtend eingesetzt werden. Abgerundet wurde die Sitzung durch die Vorstellung eines Positionspapiers zum Thema Staatsmodernisierung präsentiert wurde. □



Foto: Jens Schicke

Verständnis für Deutschlands Bestreben nach mehr Resilienz und fordert, dass deutsche Unternehmen selbst entscheiden können, wo sie tätig sein möchten.

Die Diskussion verdeutlichte, dass ein kontinuierlicher Dialog zwischen Deutschland, der EU und China unerlässlich sei, um stabile Wirtschaftsbeziehungen zu China zu sichern. Vereinfachte Visaregelungen sollten beibehalten und Verhandlungen mit China auf Augenhöhe geführt werden, um künftige Herausforderungen gemeinsam zu bewältigen und eine strategische Positionierung der EU zu gewährleisten.

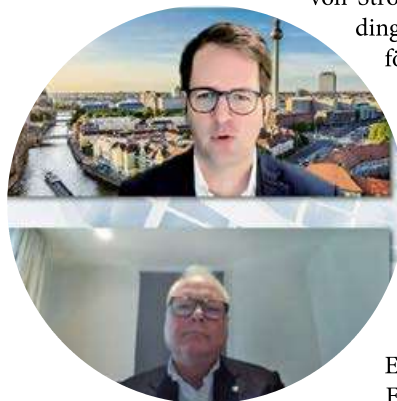
Mit Kristie Chu sprach der Kreis über den Zukunftsmarkt Hongkong. Sie stellte das HKTDC vor, eine halbstaatliche Non-Profit-Organisation zur Förderung internationaler Wirtschafts- und Handelsbeziehungen Hongkongs. Die aktuelle Marktsituation in Hongkong stellte sich als lukrativer Markt für deutsche Unternehmen dar. □

Foto: AdobeStock/viperagg

HIGHLIGHT-TALK

Neugestaltung der Netzentgelte verunsichert Industrie

Die Bundesnetzagentur plant die Abschaffung des Sondernetzentgelts für energieintensive Unternehmen (Bandlastprivileg). Es soll durch flexible Netzentgelte ersetzt werden, um den Bezug von Strom zu Zeiten eines wetterbedingt hohen Stromangebots zu fördern. Hintergrund sind massive Probleme im Strommarkt, die durch die fluktuierende Einspeisung von Windkraft- und Photovoltaikanlagen entstehen. Dies führt zu negativen Strompreisen, wachsenden Verlusten der Anbieter und belastet das staatliche EEG-Konto.



Eine Highlight-Videokonferenz mit Stephan Karl, Geschäftsführer der Tetra Pak GmbH, Alexander Krautkrämer, Geschäftsführender Gesellschafter der BERICAP GmbH & Co. KG, und Mark Helfrich MdB, energiepolitischer Fachsprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, sollte Licht ins Dunkel bringen. Stephan Karl betonte die Bedeutung der Versorgungssicherheit mit Strom rund um die Uhr zu bezahlbaren Preisen. Ob in Deutschland weiterhin produziert werden könne, hänge stark von den Strompreisen ab. Eine Flexibilisierung der Produktionsprozesse sei bei Tetra Pak technologisch nicht möglich; die Fertigung müsse „24/7 an 365 Tagen“ laufen. Ein Wegfall individueller Netzentgelte könnte zur Verlagerung der Produktion führen. Alexander Krautkrämer ergänzte, dass auch für sein Unternehmen, das Flaschenverschlüsse aus Kunststoff in Milliardenstückzahlen herstellt, neben dem Preis die stete Verfügbarkeit von Strom zentrales Standortmerkmal sei. Er habe aufgrund der ungünstigen Perspektive, schon begonnen Produktion zu verlagern.

Mark Helfrich MdB stellte klar, dass Deutschland Industrieland bleiben wolle. Daher gelte für die Politik, Anpassungen im EU-Rechtsrahmen vorzunehmen, um die Regelungen für energieintensive Unternehmen aufrechtzuerhalten. Zudem müsse sie bei der Kraftwerksstrategie viel Wettbewerb zulassen, um kosteneffiziente Lösungen und niedrige Strompreise sicherzustellen. In der Diskussion äußerten aufgrund der steigenden Energiepreise beide Unternehmer Bedenken hinsichtlich ihrer Investitionsentscheidungen zugunsten Deutschlands. Sie warnten davor, dass Deutschland sich auch in punkto Versorgungssicherheit zusehends ins Abseits manövriere. Bezüglich des Einsatzes von Stromspeichern machte sich Stephan Karl für sein Unternehmen Gedanken darüber. Alexander Krautkrämer erklärte, er habe dies als unwirtschaftlich verworfen. Mark Helfrich MdB forderte vereinfachte Genehmigungs- und Einsatzbedingungen für Speicheranlagen zur kurzfristigen Stabilisierung des Netzes und betonte, dass langfristige Versorgungssicherheit nur durch steuerbare Leistung gewährleistet werden könne.

se aus Kunststoff in Milliardenstückzahlen herstellt, neben dem Preis die stete Verfügbarkeit von Strom zentrales Standortmerkmal sei. Er habe aufgrund der ungünstigen Perspektive, schon begonnen Produktion zu verlagern.

Mark Helfrich MdB stellte klar, dass Deutschland Industrieland bleiben wolle. Daher gelte für die Politik, Anpassungen im EU-Rechtsrahmen vorzunehmen, um die Regelungen für energieintensive Unternehmen aufrechtzuerhalten. Zudem müsse sie bei der Kraftwerksstrategie viel Wettbewerb zulassen, um kosteneffiziente Lösungen und niedrige Strompreise sicherzustellen.

In der Diskussion äußerten aufgrund der steigenden Energiepreise beide Unternehmer Bedenken hinsichtlich ihrer Investitionsentscheidungen zugunsten Deutschlands. Sie warnten davor, dass Deutschland sich auch in punkto Versorgungssicherheit zusehends ins Abseits manövriere.

Bezüglich des Einsatzes von Stromspeichern machte sich Stephan Karl für sein Unternehmen Gedanken darüber. Alexander Krautkrämer erklärte, er habe dies als unwirtschaftlich verworfen. Mark Helfrich MdB forderte vereinfachte Genehmigungs- und Einsatzbedingungen für Speicheranlagen zur kurzfristigen Stabilisierung des Netzes und betonte, dass langfristige Versorgungssicherheit nur durch steuerbare Leistung gewährleistet werden könne.



Fotos: Jens Schicke

GESUNDHEITSWIRTSCHAFT

Joachim Gemmel ist neuer Vorsitzender der Kommission

Die Mitglieder der Bundesfachkommission Gesundheitswirtschaft diskutierten über aktuelle Herausforderungen und Perspektiven im Gesundheitssektor. Unter den Teilnehmern waren Simone Borchardt MdB, Mitglied im Gesundheitsausschuss der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, sowie Anne-Kathrin Klemm, Vorständin des BKK Dachverbands e.V.

Auch Dr. Timm Genett, Geschäftsführer Politik des PKV Verbands e.V., Markus Grunenberg, Leiter Stabsbereich Politik beim GKV-Spitzenverband e.V., und Ralf Hermes, Vorstand der IKK – die Innovationskasse, waren anwesend.

Dr. Georg Kippels MdB, Obmann im Gesundheitsausschuss der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, nahm digital teil. Letzterer äußerte sich skeptisch zu den Aussichten wichtiger Gesetzesvorhaben wie dem „Gesundes-Herz-Gesetz“ noch in dieser Legislaturperiode. Positiver stellte er die Situation bei der Krankenhausreform dar: Das bereits verabschiedete Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz biete hier vielversprechende Ansätze.

In der Sitzung wurde der Vorsitz der Bundesfachkommission Gesundheitswirtschaft an Joachim Gemmel, CEO der Asklepios Kliniken GmbH & Co. KGaA, übergeben. Dr. Holger Fricke, Mitglied der Geschäftsleitung des Wirtschaftsrats, würdigte den neuen Vorsitzenden und gratulierte ihm auch im Namen von Präsidentin Astrid Hamker und Generalsekretär Wolfgang Steiger zu seinem neuen Amt.

Danach wurden die Hauptkostentreiber der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) diskutiert. Experten identifizierten den demografischen Wandel sowie versicherungsfremde Leistungen als wesentliche Herausforderungen. Sie forderten einen echten Wettbewerb im Krankenversicherungssystem und umfassende Reformen, um eine Sozialabgabenquote von 50 Prozent zu vermeiden.



Foto: Jens Schicke

Die Rente auch für die Jungen akzeptabel ausgestalten

Der Bundesvorstand des Jungen Wirtschaftsrates appellierte an die Ampel-Koalition, das Rentenpaket II nicht zu verabschieden. Jetzt wird das Thema Rente bei einer neuen Bundesregierung auf den Tisch kommen. Der Appell bleibt aber derselbe.

Das Rentenpaket II ist mit dem Ende der Ampelkoalition nicht mehr mehrheitsfähig – und das ist auch gut so. Das Gesetz wäre gerade die junge Generation sehr teuer zu stehen gekommen. Der Bundesvorstand des Jungen Wirtschaftsrates hatte daher unter der Ägide seiner Vorsitzenden, Caroline Bosbach, einen Brandbrief an Bundeskanzler Olaf Scholz und Bundesarbeits- und sozialminister Hubertus Heil geschrieben. Die Vertreter der jungen Generation in unserem Rat hat erschrocken, mit welcher Leichtigkeit den kommenden Generationen, Arbeitnehmern und Arbeitgebern Billionenlasten aufgebürdet werden sollten. Auch wenn durch das Ampel-Aus das Gesetz in dieser Form nicht mehr kommen wird, ist es den jungen Unternehmern wichtig aufzuzeigen, dass sie sich gegen Gesetze stemmen, die zu großen Teilen zu ihren Lasten gehen. Denn das Rentenproblem wird mit dem sich beschleunigenden de-

mografischen Wandel ab nächstem Jahr mit dem Eintritt der Babyboomer in den Ruhestand virulenter. Und auch die nächste Bundesregierung wird sich des Themas schnell annehmen müssen.

Die Mitglieder des Bundesvorstandes beklagten, dass schon heute junge Menschen zu AfD und BSW laufen, weil sie in der Politik der Ampel-Koalition mehr Nachteile als Vorteile für ihr eigenes Leben sehen. „Wir alle wissen, dass längst nicht mehr der Klimawandel, sondern die wirtschaftliche Situation, Inflation und knapper Wohnraum die größten Sorgen junger Menschen sind. Infolgedessen wenden sie sich von den Regierungsvertretern ab, die die Lage in ihren Augen noch verschärfen“, betonte die Bundesvorsitzende des Jungen Wirtschaftsrates, Caroline Bosbach.

Die neuste „Trendstudie Jugend in Deutschland“ zeigt, dass knapp die Hälfte aller Befragten die skandalöse Generationenungerechtigkeit beschäf-

tigt. „Wer die Debatte um ein Rentensystem so führen möchte, dass wir in Zukunft politische und wirtschaftliche Stabilität haben wollen, muss sich ehrlich machen, und umfassende, kraftvolle Reformen aufs Tapet bringen“, forderte Caroline Bosbach. „Wer dies nicht tut, muss sich den Vorwurf gefallen lassen, an den Menschen dieses Landes und ihrer Zukunft kein echtes Interesse zu haben.“

Aus den genannten Gründen sollten der Bundeskanzler und sein Bundesarbeits- und sozialminister wenigstens so fair sein und jungen Menschen die Möglichkeit geben, privat vorzusorgen. Eine Möglichkeit wäre, den Sparerpauschbetrag für Ledige und Verheiratete massiv zu erhöhen, forderten die Vertreter des Bundesvor-





Foto: Jens Schicke

stands. „Wenn man die Inflation mit einbezieht, dann sind die Erhöhungen der jüngsten Vergangenheit ein schlechter Scherz“, kritisiert Caroline Bosbach. „Zudem unterliegt jeder, der privat für das Alter vorsorgen möchte,

für das Alter vorgesorgt wird. „Beim Erwerb von Immobilien ist dies schon seit langem möglich“, betont Caroline Bosbach.

Darüber hinaus forderten die Bundesvorstandsmitglieder des Jungen

Anreize privat vorzusorgen. Der Junge Wirtschaftsrat fordert außerdem insgesamt eine spürbare Entlastung von Steuern und Abgaben für alle.

„Wir fordern Disziplin, Effizienz und klare Prioritäten in der Ausgabenpolitik. Es liegt in Ihrer Verantwortung, sehr geehrter Herr Bundeskanzler Scholz und sehr geehrter Herr Bundesminister Heil, das Geld der Steuerzahler – unser Geld – zweckmäßig, verhältnismäßig und zielgerichtet auszugeben“, mahnte die Bundesvorsitzende des Jungen Wirtschaftsrates die Ampelregierung an.

Deshalb appellieren wir an Sie, schrieb der Bundesvorstand des Jungen Wirtschaftsrates: „Setzen Sie sich in den Rentendiskussionen vehement für eine generationengerechte Politik ein, bringen Sie endlich wieder mehr Menschen in die reichlich vorhandene Arbeit und nehmen Sie Abstand davon, kommenden Generationen Lasten aufzubürden, die sie nicht werden stemmen können.“ Dies gilt – da ist sich der Junge Wirtschaftsrat einig – auch für eine neue Bundesregierung! □

„Die neue Bundesregierung muss sich ehrlich machen und kraftvolle Reformen aufs Tapet bringen.“

der 25-prozentigen Abgeltungsteuer zuzüglich Solidaritätszuschlag und Kirchensteuer, die die Ersparnisse deutlich schmälern. Aus diesem Grunde drängen wir auch bei der neuen Bundesregierung darauf, dass unbedingt wieder eine Spekulationsfrist eingeführt wird.“ Der Vorschlag der Vertreter des Jungen Wirtschaftsrates ist, dass alle Gewinne, die mit Aktien, Investmentfonds oder Exchange Traded Funds (ETF) erzielt werden, nach zehn Jahren steuerfrei gestellt werden. Der Staat sollte hier davon ausgehen, dass keine Spekulation vorliegt, sondern eine langfristige Anlage, mit der

Wirtschaftsrates von der Ampel-Koalition wie in Zukunft auch von der neuen Bundesregierung, die schnellstmögliche Einführung eines steuerbefreiten Vorsorgedepots nach Vorbild des US-amerikanischen Altersvorsorgeplans Roth IRA beziehungsweise 401 (k) einzuführen, in das während des Arbeitslebens in eine breite Palette an Finanzinstrumenten wie Aktien, aktive gemanagte Investmentfonds oder ETF investiert werden darf. Umschichtungen innerhalb dieser Vorsorgedepots sollen grundsätzlich abgeltungssteuerfrei bleiben. So gibt die Politik jungen Menschen die richtigen

Wirtschaftstag der Innovationen 2024

Auf dem Wirtschaftstag der Innovationen beschäftigten sich die Redner und Diskutanten mit einer Vielzahl von Themen: Das Spektrum reichte von digitaler Transformation bis hin zu nachhaltigen Geschäftsmodellen. Dabei wurden nicht nur der technologische Fortschritt thematisiert, sondern auch die sozialen und ökologischen Herausforderungen, die mit diesen Entwicklungen einhergehen. Experten erörterten, wie Deutschland seine Innovationskraft stärken kann, um im globalen Wettbewerb bestehen zu können, und welche politischen Rahmenbedingungen notwendig sind, um Unternehmen bei der Umsetzung neuer Ideen zu unterstützen. Der Austausch zwischen den Akteuren sollte dazu beitragen, konkrete Handlungsempfehlungen zu formulieren und eine gemeinsame Vision für die wirtschaftliche Zukunft des Landes zu entwickeln.

„Mit jedem Tag ohne wettbewerbsfähige Energie- und Strompreise erodiert der Kapitalstock weiter. Aber es ist nicht nur die „alte Welt“, die ins Mark getroffen wird. Auch die digitale Transformation wird deutlich mehr Energie konsumieren, die nicht zuletzt durch KI angetrieben wird.“

Astrid Hamker, Präsidentin des Wirtschaftsrates der CDU e.V.

„Deutschland und Europa benötigen eine bessere digitale Infrastruktur. US-Unternehmen investieren jede Woche eine Milliarde Dollar in die digitale Infrastruktur. Wir brauchen jetzt einen konsolidierten, paneuropäischen Ansatz, um Investitionen in die digitale Infrastruktur in Europa auszulösen.“

Christian Korff

Mitglied der Geschäftsführung von Cisco Deutschland

„Die Rechenzentren sind das A und O der Digitalisierung und für die KI. Ich bin zuversichtlich, dass wir mithilfe der EU eine digitale Souveränität hinbekommen. Daten, Infrastruktur und Innovationsfreudigkeit sind der Schlüssel für die Zukunft.“

Stefan Schnorr

Staatssekretär im Bundesministerium für Digitales und Verkehr

„Der Begriff KI ist zu sperrig. Wir brauchen positive Beispiele für KI-Anwendungen, um die Menschen zu begeistern.“

Stefan Sauer

Hessischer Staatssekretär für Digitalisierung und Innovation



Fotos: Jens Schicke

Führende Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft kamen zum Wirtschaftstag der Innovationen in Berlin zusammen. Unter dem Motto „Die Zukunft im Blick: Weichenstellungen für ein innovatives und starkes Deutschland“ diskutierten sie die drängendsten Fragen zur Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland.



„Nicht motzen, machen: Cybersicherheit gehört auf die Tagesagenda der Entscheider in diesem Land. Es wird besser, aber gut ist es heute noch nicht.“

Claudia Plattner

Präsidentin des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik

„Wir haben gute Netze, die für viele Unternehmen immer noch ausreichend Bandbreite bieten. Aber wir brauchen auch zukunftsfähige Glasfasernetze.“

Dr. Daniela Brönstrup

Vizepräsidentin der Bundesnetzagentur

„Die Hütte brennt. Und zwar ziemlich. Jeden Tag werden in der Industrie Entscheidungen gegen den Standort Deutschland getroffen. Wir verlieren gerade massiv an Substanz.“

Jens Spahn MdB

Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

„Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft geht seit 2024 in jedem Jahr zurück. Wir haben eine Strukturkrise, keine einfache Konjunkturkrise.“

Christian Dürr MdB, Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion

„Wir müssen jetzt entschlossen die Segel für die Zukunft setzen. Viele Segler begreifen den Wind als Chance zum Aufbruch. Diese Bereitschaft sollten wir uns alle aneignen.“

Daniela Geretshuber

Mitglied der Geschäftsleitung PwC Deutschland

„Wir sind nach wie vor sehr gut in der Forschung. Aber unser Wissenschaftssystem ist vollkommen überbürokratisiert. Wir müssen unsere Förderprogramme entbürokratisieren und verstetigen, sonst brechen ganze Ökosysteme zusammen.“

Nadine Schön MdB

Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

„In den nächsten fünf Jahren legt die EU 500 Millionen Euro auf den Tisch, um Cloud Computing zu fördern. Wenn man bedenkt, dass die fünf größten Cloud-Unternehmen der Welt jedes Jahr zwischen sieben und 27 Milliarden Euro investieren – macht das Sinn? Das ist ein Witz.“

Thomas Boué

General Manager EMEA der Software Alliance

Text: **Christian Karassek**

Der CEO der Asklepios Kliniken, Joachim Gemmel, zählt zu den führenden Stimmen für den Wandel im deutschen Gesundheitssystem. Deshalb ist es eine besondere Ehre, dass er den Vorsitz der Bundesfachkommission Gesundheitswirtschaft im Wirtschaftsrat übernommen hat. Der zweifache Familienvater möchte sich in diesem Ehrenamt für tiefgreifende Reformen einzusetzen, die der Gesundheitswirtschaft eine nachhaltige Zukunft sichern. Denn nur das liegt im Interesse der Patienten.

Seine Analyse ist sehr klar: Die Gesundheitswirtschaft in Deutschland

steht vor enormen Herausforderungen, die nicht länger ignoriert werden dürfen. Der demografische Wandel und der zunehmende Fachkräftemangel führen, so Joachim Gemmel, zu einem „doppelten Tsunami“, der das System schwer belastet. Immer mehr Menschen benötigen medizinische Versorgung, während für ihre Versorgung immer weniger Fachkräfte zur Verfügung stehen. Die Lage verschärft sich noch durch den Renteneintritt vieler Babyboomer und einer strukturellen Unterfinanzierung des Sektors.

Joachim Gemmel kritisiert, dass die von den Krankenkassen getragenen Betriebskosten für die Krankenhäuser über Jahre hinweg nur unzureichend gestiegen sind. Während Inflation und Tariflohnsteigerungen teils zweisel-

lige Zuwächse verzeichneten, stiegen die Erlöse vieler Kliniken nur um etwa vier Prozent. Zudem erfüllen die Länder die gesetzlich vorgeschriebene Investitionskostenfinanzierung nicht ausreichend. Dies führt dazu, dass rund 80 Prozent aller Kliniken in Deutschland rote Zahlen schreiben. Private und gemeinnützige Träger stehen besonders unter Druck, da sie im Gegensatz zu kommunalen Häusern keine Ausgleichs etwaiger Defizite durch die öffentliche Hand erhalten.

Der Asklepios-Chef sieht die Politik in der Pflicht für eine umfassende Reform des Systems, die über kurzfristige Lösungen hinausgeht. Ein zentrales Element ist für ihn die Entbürokratisierung. Gemmel bemängelt, dass viele Dokumentationspflichten keinen

„Doppelten Tsunami verhindern.“



Foto: AdobeStock©Justyna Kaminska

direkten Nutzen für die Patientenversorgung bringen und fordert den Abbau unnötiger Vorschriften. Stattdessen müsse der Fokus auf die Ergebnisqualität der Behandlung gelegt werden, also darauf, wie gut Patienten tatsächlich versorgt werden.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Digitalisierung. Hier sieht Joachim Gemmel in digitalen Lösungen wie der Telemedizin und in KI-gestützten Systemen einen Schlüssel, um die Effizienz der Arbeit von Ärzten zu steigern und zugleich die medizinische Qualität zu verbessern. Entscheidend sei die Integration von Daten aus ambulanter und stationärer Versorgung, um Doppeluntersuchungen zu vermeiden und eine nahtlose Betreuung zu gewährleisten.

Zudem mahnt der Asklepios-CEO an, die Gesundheitskompetenz der Bevölkerung zu stärken. Studien zeigen, dass es in Deutschland an einer ausreichenden Gesundheitsbildung mangelt. Deshalb fordert er Anreizmodelle, um Prävention und Gesunderhaltung stärker zu fördern.

Für Gemmel ist es essenziell, das Gesundheitssystem langfristig bis 2040 zu planen. Im Mittelpunkt seiner Vision steht eine wertorientierte, integrierte Versorgung, die alle Bereiche – von der Prävention über die ambulante und stationäre Betreuung bis hin zur Rehabilitation – miteinander vernetzt. Diese müsse regional angepasst und innovativ gestaltet sein, etwa durch flexible Modelle wie regionale Versorgungsverträge oder Budgetlösungen.

Trotz aller Reformansätze warnt Joachim Gemmel vor übermäßiger staatlicher Regulierung. Stattdessen plädiert er für mehr Vertrauen in die Akteure des Gesundheitssystems und deren Innovationskraft. „Die handelnden Akteure wissen, was zu tun ist, wenn man ihnen Freiräume gibt“, betont er. Das gelte für Krankenhäuser und Arztpraxen ebenso wie für Unternehmen, die Medizinprodukte und Medikamente entwickeln.

Die Gesundheitswirtschaft ist ein bedeutender Wirtschaftsfaktor in Deutschland. Gemmel hebt hervor, dass die Branche mit einer Brutto-

wertschöpfung von fast 400 Milliarden Euro zwölf Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausmacht – mehr als die Automobilindustrie. Mit über acht Millionen Erwerbstätigen beschäftigt sie fast 18 Prozent der deutschen Erwerbsbevölkerung. Dennoch werde ihr Potenzial oft unterschätzt.

*„Alle handelnden Akteure
im Gesundheitswesen
wissen, was zu tun ist, wenn
man ihnen Freiräume gibt.“*

Der studierte Wirtschafts- und Organisationswissenschaftler fordert bessere Standortbedingungen, um Abwanderungen zu verhindern, insbesondere bei der Produktion von Medikamenten und Medizintechnik. Die Corona-Pandemie habe gezeigt, wie gefährlich Abhängigkeiten von globalen Lieferketten seien. Investitionen in lokale Produktionskapazitäten, niedrigere Energiekosten und weniger

Bürokratie seien notwendig, um den Wirtschaftsstandort Deutschland zu stärken.

Joachim Gemmel setzt sich für eine Politik ein, die Innovationen fördert, Wettbewerb ermöglicht und medizinische Qualität in den Fokus rückt. Eine nachhaltige Finanzpolitik müsse die Beiträge der Krankenkassen stabil halten und gleichzeitig Anreize für eine effizientere Ressourcennutzung schaffen. Die strikte Trennung zwischen ambulanter, stationärer und präventiver Versorgung sei nicht zukunftsfähig. Stattdessen brauche es ein vernetztes, patientenzentriertes System mit langfristiger Perspektive.

Joachim Gemmel steht für einen klaren, visionären Ansatz für die Gesundheitswirtschaft. Er sieht die aktuelle Krise als Chance, das System grundlegend zu verbessern. Mit seinem Engagement für eine nachhaltige und zukunftsorientierte Gesundheitsversorgung könnte er zu einer prägenden Persönlichkeit der Gesundheitswirtschaft werden. □

Foto: Jens Schicke

Joachim Gemmel

ist CEO der Asklepios Kliniken und seit November 2024 Vorsitzender der Bundesfachkommission Gesundheitswirtschaft. Der studierte Wirtschafts- und Organisationswissenschaftler arbeitet seit 2003 im Krankenhauswesen. Vorher war er Vorstand des Klinikmanagements bei der DAMP Holding AG sowie Geschäftsführer im Hanse-Klinikum Wismar und Stralsund. Für seine Arbeit im Wirtschaftsrat hat er sich vorgenommen, das Gesundheitswesen in Deutschland so zu reformieren zu helfen, dass es auf Dauer nachhaltig ist.

Gesundheitssymposium 2024

Gesundheitssystem am Scheideweg.

Der Wirtschaftsrat hat mit seinem Gesundheitssymposium 2024 eindringlich auf die drängenden Herausforderungen in unserer Gesundheitspolitik hingewiesen. Unter dem Titel „**Das deutsche Gesundheitssystem vor der Demografiefalle – Kollaps oder fit für die Zukunft?**“ versammelten sich hochkarätige Vertreter aus Politik und Gesundheitswirtschaft, um gemeinsam die kritische Lage des deutschen Gesundheitssystems zu beleuchten. Angesichts des demografischen Wandels, steigender Kosten und struktureller Defizite steht das System vor erheblichen Herausforderungen, die nicht nur die Versorgungssicherheit gefährden, sondern auch die

Qualität der medizinischen Dienstleistungen beeinträchtigen könnten.

In einem offenen Austausch erarbeiteten die Teilnehmer wertvolle Impulse und Lösungsansätze, um diesen Herausforderungen proaktiv zu begegnen. Diese Erkenntnisse werden vom Wirtschaftsrat in seine Bundesfachkommissionen und -arbeitsgruppen getragen, um aktiv an einer zukunftsfähigen Gesundheitspolitik in Deutschland mitzuwirken. Es ist von entscheidender Bedeutung, jetzt zu handeln und sicherzustellen, dass unser Gesundheitssystem auch für kommende Generationen robust und nachhaltig bleibt.

„Wir müssen Bürokratie im Gesundheitssystem konsequent abbauen. Nur durch weniger Regulierung und reduzierte Dokumentationspflichten heben wir Effizienzgewinne.“

Astrid Hamker, Präsidentin des Wirtschaftsrates der CDU e.V.

„Nur durch Zusammenarbeit und den Austausch aller Beteiligten kann eine tragfähige Reform des Krankenhauswesens gelingen.“

Matthias Heidmeier

Staatssekretär im Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen

„Die demografische Entwicklung und der kontinuierliche Anstieg der Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung erfordern dringendes Handeln. Die Bedeutung der Kapitaldeckung ist entscheidend für die künftige Finanzierung unseres Gesundheitssystems.“

Dr. Florian Reuther

Direktor des Verbandes der Privaten Krankenversicherung e.V.

„Die Entbudgetierung der Hausärzte kann einen bedeutenden Beitrag zur Verbesserung der Versorgungsqualität leisten.“

Kristine Lütke MdB, Obfrau im Gesundheitsausschuss, FDP-Fraktion

„Die chronische Unterfinanzierung gefährdet die Existenz vieler Apotheken.“

Matthias Arnold

Vizepräsident der Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände e. V.

„Finanzielle Mittel allein reichen nicht aus, um das Gesundheitswesen zukunftsfähig zu machen. Strukturreformen sind notwendig.“

Dr. Thomas Steffen

Staatssekretär im Bundesministerium für Gesundheit

„Die Gematik darf nicht gleichzeitig Schiedsrichter sein und am Markt teilnehmen.“

Erwin Rüdell MdB, Mitglied des Gesundheitsausschusses der CDU/CSU-Bundestagsfraktion



Fotos: Jens Schicke



Finanzmarktklausur am Finanzplatz Frankfurt

Erstmals lud der Wirtschaftsrat zu einer Finanzmarktklausur am Finanzplatz Frankfurt ein. Mehr als 100 hochrangige Vertreter aus der Finanzwirtschaft konnten sich in einen zukunftsweisenden Dialog zwischen Marktperspektiven und Politik einbringen.

Der Wirtschaftsrat war mit seiner Finanzmarktklausur zur rechten Zeit am rechten Ort. Die USA hatten ihren Präsidenten gewählt, die Europäische Kommission wird bald ihre Arbeit aufnehmen können, und Deutschlands Bundesregierung ist zerbrochen. In dieser unsicheren Lage rücken die Wettbewerbsfähigkeit und die Stabilität der Finanzmärkte in den Fokus. Anhaltend hohe geopolitische Spannungen und Staatsschuldenstände fordern die Finanzmarktstabilität heraus.

Gleichzeitig nimmt die Finanzwirtschaft eine strategische Rolle für Wachstum und Wohlstand ein. Unsere Wirtschaft vollzieht einen Strukturwandel: Digitale Geschäftsmodelle, CO₂-arme Prozesse, verlagerte Wertschöpfungsketten einerseits sowie Demographie und Arbeitskräftemangel andererseits führen zu hohen Investitionsbedarfen der Unternehmen. Die Finanzwirtschaft übernimmt hierbei die zentrale, strategische Aufgabe der Finanzierung von Unternehmen und Wirtschaft.

„Sicherheit und Wohlstand betreffen uns alle direkt und prägen unsere individuelle Zukunft. Hier ist die Politik gefordert, Vertrauen zu schaffen.“

Hans Joachim Reinke

Vorstandsvorsitzender, Union Asset Management Holding AG

„Es liegt in unserer aller Verantwortung kraftvoll zu werben für eine Rückkehr zu einer marktbasierten, technologie-offenen Ordnungspolitik, die möglichst gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle schafft.“

Astrid Hamker, Präsidentin des Wirtschaftsrates

„Eine gute Finanzbildung ist die Grundlage für selbstbestimmte Entscheidungen im Umgang mit Kapital und Vermögen.“

Bettina Stark-Watzinger

Bundesbildungsministerin a.D.

„Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Finanzwirtschaft steht auf dem Spiel. Sie leidet an einem Regulierungsinfarkt.“

Prof. Dr. Roland Koch

Ministerpräsident a.D. Vorsitzender der Ludwig-Erhard-Stiftung

„Der Euro ist die stabilste Währung der Welt. Doch die Politik schöpft dieses Potenzial viel zu wenig aus. Gerade für die Schwellenländer brauchen wir eine Alternative zum US-Dollar.“

Souâd Benkredda, Mitglied des Vorstands der DZ BANK AG

„Wir müssen den EU-Green Deal überdenken. Es braucht mehr Pragmatismus, Simplifizierung und ein besseres Marktverständnis im EU-Regelwerk. Die Green-Asset-Ratio hingegen entfaltet nur eine sehr begrenzte Wirkung und setzt Fehlanreize.“

Eddy Henning, Mitglied des Vorstands bei der ING-DiBa AG



Foto: Jens Schiele

„Würde etwa die UniCredit als bedeutender Gläubiger des italienischen Staats ihren Fußabdruck in Deutschland durch eine Übernahme vergrößern, ergäben sich daraus weitreichende Haftungsfragen und erhebliche Risiken für den deutschen Steuerzahler.“

Wolfgang Steiger

Generalsekretär des Wirtschaftsrates der CDU e.V.

Fusionsprozess bringt alte Europafragen wieder auf den Tisch

Die Frage einer möglichen Übernahme der Commerzbank durch die italienische UniCredit lenkt den Blick unweigerlich auf schwere politische Versäumnisse und nicht gemachte Hausaufgaben. Die Notwendigkeit der Entflechtung von Banken- und Länderrisiken war eine der Hauptlehren aus der Finanz- und Eurokrise. Seit Jahren wird in Europa im Rahmen der Diskussionen über ein gemeinsames Einlagensicherungssystem darüber gesprochen, Staatsrisiken in Bankbilanzen etwa über Großkreditgrenzen nachhaltig abzubauen und die regulatorische Vorzugsbehandlung von Staatsanleihen abzuschaffen. Die letzten Jahre haben wieder und wieder gezeigt, dass Staatsanleihen eben keine risikolosen Anlagen sind. Doch obgleich dieses Problem lange bekannt ist, wurde es nicht entschlossen angegangen, weil eine verpflichtende Eigenkapitalunterlegung die Refinanzierung der Staatsschulden verteuern würde.

Keinesfalls dürfen die sich daraus ergebenden weitreichenden Haftungsfragen und Risikoverteilungen nun durch die Hintertür einem Fusionsprozess aufgebürdet und somit Fakten am parlamentarischen Prozess vorbei geschaffen werden. Gerade Italien ist bei dem Thema seit Jahren der Elefant im Raum. Die UniCredit hält einen enormen Bestand an italienischen Staatsanleihen mit einem Volumen von 40 Milliarden Euro in ihrer Bilanz – damit gehen ohne „Wenn und Aber“ substantielle Risiken ein-

her. Die Botschaft mag niemand gerne hören, doch bei einem Schuldenstand von knapp 140 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) ist die Frage der Tragfähigkeit der italienischen Staatsschulden weiterhin ein virulentes Thema.

Noch vor einem Jahr drohte eine Herabstufung in den Non-Investment-Grade-Bereich – nie zuvor wurde bei einem G7-Staat ein solch erhebliches Kreditrisiko konstatiert. Trotz einiger Fortschritte

„Keinesfalls dürfen durch die Hintertür einem Fusionsprozess am parlamentarischen Prozess vorbei Haftungsfragen aufgebürdet und damit Fakten geschaffen werden.“

ist die Situation weiterhin angespannt. Aufgrund des übermäßigen Defizits hat die Europäische Kommission erst kürzlich ein entsprechendes Defizitverfahren gegen Italien eröffnet und schon im nächsten Jahr könnte allein der Schuldendienst mehr als hundert Milliarden Euro verschlingen.

Eine zusätzliche Herausforderung entsteht durch den schrittweisen Rückgang der Bestände der Europäischen Zentralbank (EZB) an italienischen Staatsanleihen – hier müssen nun andere Anleger für die EZB einspringen und es bleibt vollkommen unklar,

wie der Markt die Flut an italienischen Schulden absorbiert. Es wäre fahrlässig und kurzfristig zu behaupten, die Gefahren einer sich zuspitzenden Schuldendynamik lägen hinter uns. Mit diversen Ankauf- und Rettungsprogrammen hat die EZB über Jahre die Spreads italienischer Staatsanleihen zu den als sicher geltenden Bundesanleihen künstlich geringgehalten. Dabei hat sich die Europäische Zentralbank immer weiter zugunsten Italiens vom Kapitalschlüssel entfernt. Bei der Einführung des Transmission Protection Instrument der EZB wurde am Markt sogar gewitzelt, die Programm-Abkürzung TPI stünde in Wahrheit für „to protect Italy“.

Auch beim europäischen Wiederaufbauprogramm „Next Generation EU“ erhält Italien mit Abstand die größte Summe an Mitteln und Zuschüssen aller Länder. Was ebenfalls bedacht werden muss: Italien hat als einziges Land der Eurozone den Vertrag zur Änderung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) nicht ratifiziert. Mit dieser Reform soll der ESM zusätzlich als Letztabsicherung für den europäischen Bankenabwicklungsfonds SRF dienen. Ohne diesen Backstop würde im Falle einer Bankenkrise, wenn der Abwicklungsfonds der Banken aufgebraucht ist, keine staatliche Letztabsicherung bestehen.

Wer für den europäischen Binnenmarkt sei und an die Notwendigkeit eines integrierten europäischen Banken-

markt glaube, der dürfe den Finanzmarkt auch nicht rein national denken und müsse etwaige Fusionspläne unterstützen, so ein immer wiederkehrendes Argument. Aber der Binnenmarkt für Banken ist nicht vollendet, solange Banken und ihre nationalen Regierungen weiter zu eng verwoben sind und für Staatsanleihen keine Kapitalanforderungen sowie keine Großkreditgrenzen eingeführt sind und der ESM nicht als transnationale Letztabsicherung im Insolvenzfall bereitsteht.

Würde etwa die UniCredit als bedeutender Gläubiger des italienischen Staats ihren Fußabdruck in Deutschland durch eine Übernahme vergrößern, ergäben sich daraus weitreichende Haftungsfragen und erhebliche Risiken für den deutschen Steuerzahler. Denn systemrelevant wäre eine solche Großbank allemal. Zwar wären die Kundeneinlagen in den einzelnen Ländern durch die jeweiligen Einlagensicherungssysteme geschützt, aber die systemischen Risiken, die sich aus dem Straucheln einer Großbank ergeben, gehen weit darüber hinaus. Für Abwicklung oder Restrukturierung einer systemisch relevanten Bank braucht es in aller Regel sowohl frische Liquidität als auch neues Kapital. Ohne einen europäischen Auffangmechanismus würde ein Tauziehen zwischen Rom und Berlin drohen, bei dem am Ende das finanzstärkere Land die Kosten trägt. □



Wir dekarbonisieren Europas größtes Kalkwerk



Nachhaltige Kalkprodukte aus Flandersbach – made in NRW:

Mit LEVEL|GREEN® fördern wir die Transformation der deutschen Industrie hin zu grünem Stahl, nachhaltigen Baustoffen, CO₂-reduziertem Glas und vielen weiteren Anwendungen.

**JETZT CARBON MANAGEMENT
VORANTREIBEN.**

Rückblick Einblick Ausblick



Hessen

Digitalgipfel 2.0 mit dem Staatssekretär für Digitalisierung und Innovation, Stefan Sauer

Beim Wetterauer Digitalgipfel kamen Vertreter aus Politik und Wirtschaft ins Gespräch. Im Fokus standen Themen wie Glasfaserausbau und Künstliche Intelligenz.

Der Initiator des 2. Wetterauer Digitalgipfels und Vorstandsmitglied der Sektion Wetterau im Wirtschaftsrat Stephan Theiß betonte die Wichtigkeit eines eigenen Digitalministeriums in Hessen. Die größten Herausforderungen für die Kommunen sieht er aktuell bei der Implementierung von KI, der Verwaltungsdigitalisierung sowie dem flächendeckenden Ausbau der Glasfaserinfrastruktur. „Oftmals fehlt es an Strukturen und am richtigen Mindset auf den Ämtern“, so Theiß.

Der hessische Staatssekretär für Digitalisierung und Innovation, Stefan Sauer, unterstrich Hessens Anspruch, bei der Digitalisierung in Deutschland die Nummer Eins zu werden. Ihm sei es vor allem wichtig, die Akteure zusammenzubringen und sich auf einen gemeinsamen Nenner zu einigen – von der kleinsten Gemeinde bis hin zum Bund. „Bei uns in Hessen gehen Fortschritt und Digitalisierung Hand in Hand: vom dynamischen Ausbau der digitalen Infrastruktur über die Beschleunigung der Verwaltungsdigitalisierung bis hin zur Förderung von Start-ups und innovativen Technologien. Gleichzeitig haben wir frühzeitig auf neue Megatrends wie Künstliche Intelligenz mit einer eigenen KI-Zukunftsgenda reagiert, entscheidende Bereiche wie die Recheninfrastruktur und die Digitalwirtschaft unterstützt und damit entscheidende Wachstumsimpulse gesetzt. Daran und an einer starken und leistungsfähigen digitalen Infrastruktur wollen wir als eines der TOP-3-Flächenländer im Glasfaserausbau auch in Zukunft entschlossen weiterarbeiten“, so Sauer.



Stephan Theiß, Sprecher der Sektion Wetterau, mit dem Staatssekretär für Digitalisierung und Innovation, Stefan Sauer und Mitgliedern der Sektion

Zukunftsforum Darmstadt mit Oberbürgermeister Hanno Benz

Die kreisfreie Stadt Darmstadt mit rund 165.000 Einwohnern ist das südliche Oberzentrum der Rhein-Main-Metropolregion und trägt seit 1997 den Titel „Wissenschaftsstadt“. Das Zusammenspiel von Wissenschaft, Wirtschaft, Kultur und Leben, kombiniert mit einer hervorragenden Verkehrsanbindung, macht Darmstadt zu einem attraktiven Standort. Im Rahmen des Zukunftsforums Darmstadt kamen Oberbürgermeister Hanno Benz, die Präsidentin der Technischen Universität Tanja Brühl sowie Vertreter aus der regionalen Wirtschaft zusammen.

Prof. Dr. Brühl stellte die Herausforderungen und Potenziale der Stadt in den Mittelpunkt. Sie thematisierte auch die globalen Krisen und das schwindende Vertrauen in die Demokratie. „Demokratie sichert Frieden, Frieden ermöglicht Wissenschaft und Wissenschaft bringt Innovationen“, sagt die Politikwissenschaftlerin. Dies sei für sie eine essenzielle Basis, um Darmstadts Position als Wissenschaftsstandort zu sichern.



v.l.n.r. Moderatorin und Sektionssprecherin Darmstadt, Dr. Kathrin Adam, Oberbürgermeister Hanno Benz und die Präsidentin der Technischen Universität Prof. Dr. Tanja Brühl

Hanno Benz skizzierte die Herausforderungen, vor denen Darmstadt steht, und betonte die Wichtigkeit von Kooperationen und Innovation, um sie zu bewältigen. Auch der Oberbürgermeister stellte die Verteidigung demokratischer Strukturen in den Mittelpunkt. Zentrale Themen seien zudem die Modernisierung der städtischen IT-Infrastruktur ebenso wie der Fachkräftemangel. Haushaltsdefizit und der Sanierungsbedarf von Brücken und weiterer Infrastruktur stellt die Stadt insgesamt vor große Herausforderungen.

Baden-Württemberg

Prof. Isabel Schnabel sprach über die Ursachen der Stagnation in Europa

Die Wirtschaft im Euroraum befindet sich laut Prof. Isabel Schnabel, Direktoriumsmitglied der Europäischen Zentralbank, in einer Stagnation, was sich durch die Pandemie und den Energiepreisschock infolge der russischen Invasion in der Ukraine sowie die restriktive Geldpolitik erklären lasse. Gleichzeitig näherte sich die Inflation inzwischen wieder dem Inflationsziel der EZB von mittelfristig zwei Prozent an, auch wenn sich die Dienstleistungsinflation als hartnäckig



Foto: Wirtschaftsrat



v.l.n.r. Anne de Boer, Mitglied im Landesvorstand; Prof. Isabel Schnabel, Direktoriumsmitglied der Europäischen Zentralbank; Dr. Stefan Hofmann, Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. für Baden-Württemberg

erweise. Ein besonderes Augenmerk lege die EZB daher auf die Entwicklung von Löhnen, Gewinnen und Produktivität.

Neben konjunkturellen Faktoren spielten aber auch strukturelle Entwicklungen wie dauerhaft erhöhte Energiepreise, geopolitische Risiken und Extremwetterlagen aufgrund des Klimawandels eine wichtige Rolle. Um die langjährige Produktivitätsschwäche hinter sich zu lassen, seien daher Investitionen und Struktur-reformen dringend erforderlich.

Prof. Isabel Schnabel beantwortete zahlreiche Fragen aus dem Publikum. Dabei ging es um Themen wie Staatsverschuldung, Fachkräftemangel und Protektionismus. Generell unterstrich sie die Bedeutung privater und öffentlicher Investitionen, etwa in die grüne Transformation. Dies spiele auch für die zukünftige Energieversorgung eine wichtige Rolle und damit für die Wettbewerbsfähigkeit des Euroraums. Der Ausbau erneuerbarer Energiequellen sei dabei ein wesentlicher Schritt. Auch eine Stärkung des EU-Binnenmarktes könne die Wettbewerbsfähigkeit stärken, insbesondere im Bereich der Dienstleistungen und auf dem Kapitalmarkt. „Es ist wichtig, dass man die europäische Integration stärker als Chance begreift“, so Schnabel. „Manchmal muss man dabei über den eigenen nationalen Schatten springen. Ganz Europa würde davon profitieren.“

Kampf um das Weiße Haus:

Experte Roderich Kiesewetter MdB schätzt ein

Die Entscheidung, wer das künftige Oberhaupt der USA werden würde, beschäftigte die Menschen auf der ganzen Welt. So verfolgten 50 interessierte Mitglieder des Wirtschafts-rats und der Konrad-Adenauer-Stiftung eine Online-Veranstaltung, um mit Roderich Kiesewetter MdB, Obmann im Auswärtigen Ausschuss, Eckart Nürnberger, Sprecher der Sektion New York des Wirtschaftsrats sowie Dr. Hardy Ostry, Leiter des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Washington, D.C. über die richtungsweisende Wahl zu diskutieren.

Mit der Frage, welche Auswirkungen die aktuelle wirtschaftliche Lage der USA auf den Wahlerfolg haben könnte, konfrontierte Moderator Marc Stoffel Eckart Nürnberger. Der Wahl-New-Yorker erklärte, dass die ökonomische Situation in den USA als durchaus angespannt charakterisiert werden könne, was sich in steigenden Lebenshaltungskosten für die Bürger bemerkbar mache. Dies spiele Donald Trump in die Karten, der die Demokraten für die wirtschaftliche Stagnati-



oben links: Dr. Stefan Hofmann, Landesbeauftragter Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. für Baden-Württemberg; oben rechts: Eckart Nürnberger, Sektionssprecher der Sektion New York des Wirtschaftsrats; mittlere Reihe Mitte: Roderich Kiesewetter MdB, Oberst a.D., Stellv. Vorsitzender Parlamentarisches Kontrollgremium, Obmann im Auswärtigen Ausschuss; mittlere Reihe rechts: Marc Stoffel, Moderator und Vorstandsmitglied Sektion Stuttgart

Foto: Wirtschaftsrat

on des Landes verantwortlich mache und verspreche, diesen Umstand durch Steuersenkungen zu verbessern. Dabei lasse Trump allerdings außer Acht, dass die Finanzierung von Steuersenkungen ungeklärt sei und zu schweren Problemen im Staatshaushalt führen könne.

Dann kam eine Frage nach der Beständigkeit der NATO in Bezug auf einen potenziellen Wahlsieg Trumps zur Sprache. Außenpolitikexperte Roderich Kiesewetter MdB warnte davor, dass Europa sich noch immer nicht ausreichend auf eine mögliche Amtszeit des Republikaners vorbereite. Trump habe während seiner Legislatur immer wieder seine Unzufriedenheit über das seiner Meinung nach antiquierte Bündnis geäußert. Daher sei es unter Trump nicht sicher, dass die USA im Konfliktfall ihren Bündnispflichten auch wirklich nachkämen. Infolgedessen bestehe die Notwendigkeit, die eigene Sicherheitspolitik zu verstärken und die eigene Militärmacht auszubauen.

Sachsen

Wolfgang Bosbach MdB a.D. in Dresden: Wirtschaft im Blick

Der frühere Bundestagsabgeordnete Wolfgang Bosbach, der seit über 50 Jahren politisch aktiv ist, äußerte sich vor Unternehmern des Landesverbandes u.a. zur aktuellen Wirtschaftslage: Es sei ein Irrglaube, bei einer schrumpfenden Wirtschaft den gleichen Sozialstandard aufrecht erhalten zu können. Gegen Naturgesetze könne man keine Politik machen. Auch der sogenannte „Sparhaushalt“ der Ampel-Koalition sei ein Etikettenschwindel.



Tino Raabe, Geschäftsführer FIRA-FIRMENGRUPPE, und Wolfgang Bosbach MdB a.D.

Foto: Wirtschaftsrat

Dieser setze darauf, alle Einnahmen auszugeben und weitere Schulden zu machen. Während die jährlichen Zinsausgaben unter Finanzminister Schäuble vier Milliarden Euro betragen hätten, so hätten sich diese unter Finanzminister Lindner auf 40 Milliarden Euro verzehnfacht. Jedes zweite Krankenhaus in Deutschland schreibe rote Zahlen. Bei immer höheren Schulden und Zinsausgaben könne man keine Finanzmittel zur Sanierung des Gesundheitssystems, von Straßen, Schulen und wichtiger Infrastruktur freimachen.



Sachsen-Anhalt Traditioneller Kaminabend mit Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff MdL

Der traditionelle Kaminabend zum Austausch zwischen Wirtschaftsvertretern und Politikern des Landesverbandes in der historischen Villa Toepffer hat sich als Highlight im Veranstaltungskalender etabliert. Mehr als 75 Mitglieder kamen zusammen, um sich in stilvollem Ambiente mit hochrangigen Landespolitikern auszutauschen. Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff MdL sowie die Ministerinnen Eva Feu-



Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff MdL sowie die Ministerinnen Eva Feußner MdL (Bildung) und Franziska Weidinger MdL (Justiz) sowie die Staatssekretäre Stefanie Pötzsch (Wirtschaft) und Jürgen Böhm (Bildung) nutzten die Gelegenheit für einen offenen Austausch mit Unternehmern.

ner MdL (Bildung) und Franziska Weidinger MdL (Justiz) und die Staatssekretäre Stefanie Pötzsch (Wirtschaft) und Jürgen Böhm (Bildung) nutzten die Gelegenheit für einen offenen Austausch mit den Unternehmern. In seiner inspirierenden Rede betonte Ministerpräsident Dr. Haseloff die Bedeutung der Wirtschaft für den Standort Sachsen-Anhalt



Ministerpräsident Dr. Rainer Haseloff spricht vor Unternehmern in Magdeburg

und ging dabei auf die Herausforderungen und Chancen ein. „Es war ein Abend voller neuer Impulse“, resümierte der Landesvorsitzende Sirko Scheffler. „Der direkte Austausch mit der Landesregierung ist für uns Unternehmer von unschätzbarem Wert.“

Nordrhein-Westfalen

Junger Wirtschaftsrat unterstützt Nominierung von Caroline Bosbach



Der Vorsitzende des Jungen Wirtschaftsrates Nordrhein-Westfalen, Ferdinand Herfeldt, unterstützt die Nominierung der Bundesvorsitzenden des Jungen Wirtschaftsrates, Caroline Bosbach, als Bundestagskandidatin der CDU für den Rheinisch-Bergischen Kreis. Unter den Kandidaten habe sie sich durch Wirtschaftskompetenz und eine klare Orientierung am Kompass der Sozialen Marktwirtschaft besonders ausgezeichnet. „Caroline Bosbach steht für unternehmerische Freiheit, Generationengerechtigkeit, einen schlanken Sozialstaat und die grundlegende Haltung, dass das Erwirtschaften vor dem Verteilen kommt. In der nächsten Legislatur muss es darum gehen, die Lebensperspektiven für die junge Generation zu verbessern“, erklärte Ferdinand Herfeldt.



Caroline Bosbach im Bundestag

Ceconomy-CEO Dr. Karsten Wildberger im Industrieclub in Düsseldorf

Wie geht es weiter im Handel? Eine Frage, die sich viele Händler, Kunden aber auch Kommunalpolitiker stellen angesichts der Veränderungen im stationären Einzelhandel. Daher überraschte es nicht, dass der Düsseldorfer Industrieclub anlässlich des Vortrages einer der großen deutschen Einzelhändler, der Ceconomy AG, besser bekannt unter den Marken Media-Markt und Saturn, gut besucht war. Der CEO des Unternehmens, Dr. Karsten Wildberger, zog das Publikum in den Bann.

Ceconomy sei der Consumer Electronic Anbieter (CEA) in Europa mit rund 1.000 Stores, 50.000 Mitarbeitern und einem Umsatz von 22 Milliarden Euro, davon allein fünf Milliarden im Online-Handel. Wildberger betonte, dass die Grundidee eines professionellen CEA in der Gründungsphase bahnbrechend war und eine Lücke in der Vertriebsstruktur zwischen Industrie und Markt geschlossen hat. Diese Funktion sei immer mehr vom Internet übernommen worden. Digitalisierung und KI erschütterten den Einzelhandel erneut. Sein Amt habe er angetreten, um das Unternehmen mit einer neuen Vision wieder auf die Erfolgsspur zu bringen, sagte Wildberger. Entscheidend sei gewesen, die Mitarbeiter mitzunehmen und sie wieder für

Foto: Wirtschaftsrat



v.l.n.r. Janine Jaensch, Mitglied des Landesvorstandes; Freiherr Dr. Rainhardt von Leoprechting, Ehrenvorsitzender Sektion Düsseldorf; Dr. Otto-Heinrich Blank, Mitglied des Sektionsvorstandes Düsseldorf; Dr. Karsten Wildberger, Vizepräsident, CEO Ceconomy AG; Lars Fiele, Sprecher der Sektion Düsseldorf und Mitglied des Landesvorstandes

das Unternehmen zu begeistern. Mit Weiterbildungen habe man gezielt eigene Talente gefördert, zugleich massiv in die Stores investiert und sich von nicht kostendeckend arbeitenden Läden getrennt. Gleichzeitig habe man sich zu einem Omni-Channel-Anbieter weiterentwickelt, der seine Online-Präsenz als Serviceplattform auch für andere Anbieter nutze. Hier orientiere man sich an Otto oder Amazon.



Berlin-Brandenburg

US-Wahlen: Diskussion mit Botschafter a.D. Janusz Reiter und USA-Experte Dr. Josef Braml

Ziemlich genau drei Wochen vor den Wahlen in den USA, diskutierten Mitglieder des Landesverbandes über die Fragestellung: „Wie transatlantisch bleiben wir – wie viel europäischer müssen wir werden?“ Auf dem Podium saßen Janusz Reiter, polnischer Botschafter in Deutschland und den USA a.D. sowie Dr. Josef Braml, Politikwissenschaftler und USA-Experte. Moderiert wurde die Veranstaltung von Rüdiger Kuhn, Vorstandsvorsitzender CEMEX Deutschland AG.

Die Stimmung in den USA tendiere entgegen allen Umfragen zu Trump, analysierte Dr. Josef Braml. Bei den Prognosen für das Trump-Lager habe es immer eine Unterschätzung gegeben. Dies sei sowohl 2016 als auch 2020 der Fall gewesen. Deutschland solle sich also auf einen Präsidenten Trump einstellen. Wichtig sei es daher, mehr Verantwortung

Foto: Jens Schicke



v.l.n.r. Dr. Dr. Josef Braml, Politikwissenschaftler und USA-Experte; Janusz Reiter, ehemaliger polnischer Botschafter in Deutschland und den USA; Moderator Rüdiger Kuhn, Vorstandsvorsitzender der CEMEX Deutschland AG.

bei der Sicherheitsarchitektur Europas zu übernehmen. Botschafter a.D. Janusz Reiter warb für einen pragmatischen Umgang mit den USA. Polen habe im Gegensatz zu Deutschland einen weniger emotionalen Bezug zu Washington. Die Beziehungen zwischen Deutschland und den USA seien nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der Westintegration viel intensiver gewesen als dies in Polen der Fall war. Er betonte die Bedeutung der EU als Stabilitätsgarant in Europa. Unabhängig vom Wahlausgang in den USA werde die EU, vor allem Deutschland, mehr in die Sicherheit investieren müssen. Die USA wendeten sich zunehmend dem strategischen Rivalen China zu. Diese Lücke müsse geschlossen werden. Er glaube an die Stärke Europas.

Schleswig-Holstein

Philipp Amthor: „Der Wahltag ist der Tag der Entscheidung“



Die Generalversammlung des Landesverbandes Schleswig-Holstein fand diesmal auf Gut Basthorst im Herzogtum Lauenburg statt. Im Anschluss an einen Rückblick auf das zu Ende gehende Jahr und einen Ausblick auf das kommende sowie die Ehrung der langjährigen Mitglieder durch den Landesvorsitzenden Dr. Christian von Boetticher und seinen Stellvertreter Prof. Dr. Stefan Liebing, erwartete die über 100 Gäste ein Vortrag von Philipp Amthor MdB mit Diskussion. Der Bundestagsabgeordnete beklagte die schlechte Wirtschaftslage in Deutschland. Immerhin aber sei die „schlechteste Regierung aller Zeiten“ jetzt Geschichte. Ihm sei ein „Ende mit Schrecken lieber als ein Schrecken ohne Ende“. Eines der Hauptprobleme sei die Bürokratie sowie Gesetze, die sich in der Praxis als untauglich erwiesen. Philipp Amthor wies auf die Bedeutung von Unternehmensverbänden – insbesondere des Wirtschaftsrates – hin, die die Politik immer wieder mit der wirtschaftlichen Realität konfrontierten.

Der Bundestagsabgeordnete aus Mecklenburg-Vorpommern bezeichnete Olaf Scholz als „gescheiterten Kanzler“ und betonte, dass es nun stabile Verhältnisse brauche. Diese seien nur durch Neuwahlen möglich. Der Wahltermin am 23. Februar 2025 wird der „Tag der Entscheidung“ sein. Dann entscheide sich, ob Deutschland eine wirtschaftsfreundliche Regierung erhalte, die auf die Innovationsfähigkeit der Unternehmer setze, oder eine, die dem Unternehmertum skeptisch gegenüberstehe und wirtschaftliche Entscheidungen durch Ministerialbürokratie herbeiführen wolle. Amthor bekräftigte zudem, dass der Sozialstaat grundlegend reformiert werden müsse mit dem Ziel, dass sich zur Arbeit gehen wieder lohne. Das Bürgergeld beschrieb er als „subventionierte Sozialleistung“, die abgeschafft gehöre. Auch in der Steuerpolitik brauche es Reformen, um Investitionsanreize zu setzen.



Philipp Amthor diskutiert mit Unternehmern des Landesverbandes über Bürokratieabbau

Foto: Thomas Thiele



Thüringen

29. Weimarer Wirtschaftsgespräch mit Bürgermeister Ralf Kirsten und Wirtschaftsrats-Präsidentin Astrid Hamker

Das 29. Weimarer Wirtschaftsgespräch trug den Titel „Soziale Marktwirtschaft – Erfolgsmodell gegen Populismus“. Als Bürgermeister der Gastgeberstadt Weimar richtete Ralf Kirsten sein Wort an die Mitglieder und Gäste des Wirtschaftsrates. In Erinnerung bleiben wird seine Sicht auf die Wechselwirkungen von Wirtschaft und Kultur, in der er das „erfolgreiche, aber unbeliebte“ Wirken Johann Wolfgang von Goethes als Verwalter der herzoglichen Güter in Bezug auf die Gegenwart setzte.

Impulse in die angeregte Diskussion gaben Astrid Hamker, Präsidentin des Wirtschaftsrates, Martin Henkel, wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag sowie Prof. Dr. Silke Übelmesser, Professorin für Allgemeine Volkswirtschaftslehre/Finanzwissenschaft an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena. Als dringende Handlungsfelder wurden der Bürokratieabbau, eine Neuausrichtung der Förderinstrumente und die Bildungspolitik definiert. Für die Überwindung der besorgniserregenden Lage von Freistaat und Bund müsse ein Umdenken hin zur Leistungsorientierung initiiert werden.



v.l.n.r. Astrid Hamker, Präsidentin des Wirtschaftsrates; Colette Boos-John, Ministerin für Wirtschaft und Landwirtschaft in Thüringen; Dr. Werner Henning, Landrat a.D. des Eichsfeld; Mihajlo Kolakovic, Landesvorsitzender des Wirtschaftsrates in Thüringen

Foto: Karsten Seifert

Hamburg

Mitgliederversammlung mit Dennis Thering MdHB

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion in der Hamburger Bürgerschaft, Dennis Thering MdHB, zählte vor Unternehmern im Wirtschaftsrat die größten Probleme in Hamburg auf: „Ein Hafen im Sinkflug, die ungelöste Flüchtlingskrise, steigende Kriminalität, eine einseitige, wirtschaftsschädliche Verkehrspolitik, Fehler in der Stadtentwicklung und ein erlahmender Wohnungsbau, mit dem es kaum noch gelingt, neuen Wohnraum zu schaffen.“ Um diese Probleme zu lösen, brauche es in Hamburg insgesamt einen Aufbruch sagte Dennis Thering. „Wir brauchen eine wirtschaftspolitische Konzeption, die auf die Stärken unserer Stadt setzt und neue Impulse gibt. Hamburgs Wirtschaft, und insbesondere unser Hafen, muss mit frischen Ideen, Innovationen und Pragmatismus wieder an die Spitze in Deutschland geführt werden“, forderte der Vorsitzende der CDU Hamburgs. Eine starke Wirtschaft, sichere Arbeitsplätze und Wohlstand, dies sei die Voraussetzung für einen funktionierenden Sozialstaat.

Für Hamburg müsse dieses Selbstverständnis politische Handlungsmaxime sein. „Wir müssen endlich die Digitalisierung und die demografische Entwicklung gestalten, wichtige Infrastrukturprojekte für den Wirtschaftsstandort vorantreiben, wieder für Verlässlichkeit und Planbarkeit sorgen, endlich energisch Bürokratie abbauen und davon wegkommen, immer neue Verbote und Auflagen für Bürger und Wirtschaft zu schaffen“, erklärte Dennis Thering MdHB, bevor er sich eingehender dem Hafen zuwandte.



Dennis Thering MdHB vor Unternehmern des Wirtschaftsrates in Hamburg

Foto: Wirtschaftsrat

Impressum

Herausgeber:

Astrid Hamker, Präsidentin, für den Wirtschaftsrat der CDU e.V.

Redaktion:

Klaus-Hubert Fugger, Chefredakteur / Katja Sandscheper, Redakteurin

Wissenschaftliche Beratung:

Simon Steinbrück

Gemeinsame Postanschrift:

Redaktion Trend
Luisenstraße 44, 10117 Berlin
Telefon 030/24087-300/301, Telefax 030/24087-305
Internet: www.trend-zeitschrift.de
E-Mail: pressestelle@wirtschaftsrat.de

Projektleitung:

 Information für die Wirtschaft GmbH

Geschäftsführer:

Iris Hund
Klaus-Hubert Fugger (v.i.S.d.P.)
Luisenstraße 44, 10117 Berlin
Telefon 030/24087-401, Telefax 030/24087-405

Bankverbindung:

Deutsche Bank AG/Bonn, 3105590 (BLZ 380 700 59)
IBAN: DE84 3807 0059 0310 5590 00, BIC: DEUTDE3308

Verlag:

 Information für die Wirtschaft GmbH

Anzeigenkontakt:

Katja Sandscheper, Telefon 030/24087-301

Gesamtherstellung:

Meinders & Elstermann GmbH & Co. KG
Weberstraße 7, 49191 Belm
Telefon 05406/808-0

Erscheinungsweise:

 quartalsweise

Anzeigenpreise:

 Zurzeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 17

Bestellungen:

 Beim Verlag

Bezugsbedingungen:

Einzelpreis 7,50 Euro (einschl. MwSt.) Jahresabonnement 25,- Euro (einschl. MwSt.), zzgl. Versandkosten. Abonnements (vier Ausgaben) werden für ein Jahr berechnet. Kündigungen müssen sechs Wochen vor Ablauf des Abonnements schriftlich vorliegen, andernfalls verlängert es sich für ein weiteres Jahr.



Foto: Fotolia.com ©mitria



Foto: Fotolia.com ©IvicaNS

Im Spiegel der Medien

Bild am Sonntag schrieb am 22.09.2024

Die Präsidentin des Wirtschaftsrats Astrid Hamker sagte, sie „lache herzlich“ über Einwände, man könne „nur Kanzler sein, wenn man mal ein Ministerium geführt hat“. „Als ob es nicht zählt, wenn man **in der Wirtschaft erfolgreich geführt** hat.“

Das **Handelsblatt** berichtete am 25.09.2024

In einem Schreiben an Klaus Müller, den Präsidenten der Bundesnetzagentur, warnt der Wirtschaftsrat vor den Folgen der geplanten **Reform der Stromnetzentgelte** für die Industrie. Sollte die energieintensive Industrie wegen höherer Kosten ins Ausland abwandern, würden den Netzbetreibern künftig erhebliche Deckungsbeiträge für die Finanzierung der Netze fehlen.

Tagesspiegel Background veröffentlichte am 17.09.2024

Es braucht ein Update, findet die Präsidentin des Wirtschaftsrates, Astrid Hamker – und zwar für die **Start-up-Strategie** der Bundesregierung. Die Wachstumsindikatoren für den Sektor seien zuletzt negativ ausgefallen und es mangle unter anderem an Kapital für große Finanzierungsrunden, hoch qualifizierten Mitarbeitern und Ausgründungen.

Die **Südwest Presse** griff am 30.10.2024 auf

Der Wirtschaftsrat kritisiert, dass die Ampel bei wichtigen Zukunftstechnologien den Rotstift ansetze. So will die Bundesregierung etwa die **Förderung für die Batterieforschung** zusammenstreichen. „Batterien sind ein unverzichtbares Element der Energiewende, sowohl für Elektrofahrzeuge als auch für die Stabilität und Bezahlbarkeit des Stromsystems. Deutschland hat zuletzt hier deutlich aufgeholt. Dieser Erfolg muss konsequent weiter ausgebaut werden“, fordert Wolfgang Steiger, Generalsekretär des Wirtschaftsrates.

t-online veröffentlichte am 08.11.2024

Wirtschaftsrats-Präsidentin Astrid Hamker äußert sich besorgt über die aktuelle Wirtschaftslage in Deutschland: „Schlusslicht beim Wachstum, Kapitalflucht und Regulierungs-, Strompreis- und Abgaben-Weltmeister. Es sei nun ein **Befreiungsschlag** nötig, in der Art wie Christian Lindner ihn mit seinem Wirtschaftspapier eingefordert hätte. Die Reaktion des Bundeskanzlers darauf empfinde ich als erbärmlich: Man will nicht inhaltlich umsteuern und tritt dann stattdessen auf der persönlichen Ebene nach.“

In der **Börsen-Zeitung** am 21.11.2024

Die **Soziale Marktwirtschaft** lebt von schöpferischen Prozessen, zu denen selbstverständlich auch Übernahmen und Fusionen wie Marktberichtigungen und Konkurse gehören. Manche politische Reaktion auf die Übernahmeabsicht der UniCredit war hingegen eher reflexhaft als fundiert – und keineswegs im marktwirtschaftlichen Sinne begründet, schrieb Wolfgang Steiger in einem Gastkommentar.

Tagesspiegel Background berichtete am 25.11.2024

In einem Positionspapier, das vom Tagesspiegel aufgegriffen wurde, fordert der Wirtschaftsrat, ein **Digitalministerium** mit zentraler Ausgabenkontrolle – nach dem Vorbild des Landes Hessens. „Für mehr Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit kommt eine neue Bundesregierung an einem Digitalministerium nicht mehr vorbei“, erklärt Generalsekretär Wolfgang Steiger.

Die Fuldaer Zeitung am 27.11.2024

Generalsekretär Wolfgang Steiger sieht die Lösung in einer umfassenden **Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks**. Anstatt rechtliche Schritte einzuleiten, sollten ARD und ZDF endlich Verantwortung übernehmen und ein tragfähiges Konzept vorstellen. Nur so können sie das Vertrauen der Bevölkerung zurückgewinnen und die Akzeptanz ihres Finanzierungsmodells sichern.

Das **Handelsblatt** brachte am 05.12.2024:

Der Wirtschaftsrat hat sich vor dem Treffen von Bundesbauministerin Klara Geywitz mit Vertretern der Bau- und Wohnungswirtschaft beim **„Bündnis bezahlbarer Wohnraum“** gegen mehr Regulierung von Mietpreisen ausgesprochen. Generalsekretär Wolfgang Steiger betonte: „Besonders irritierend wirken Forderungen nach einer weiteren Verschärfung der Mietenregulierung. Zielführender wäre die Zulassung einer Mietpreisflexibilisierung mit einer Subjektförderung für Mieter, die entsprechend bedürftig sind.“



©Klaus Sittmann



17

Das Ampel-Aus löste ein Streit um 17 Milliarden Euro im **Bundeshaushalt** aus. In Folge dessen musste Finanzminister Christian Lindner seinen Hut nehmen. Er wollte nicht erneut die Schuldenbremse über eine Not-situation aushebeln. Die zusätzlichen Milliarden sollten vor allem in den Sozialetat fließen.

Quelle: Tagesschau



6

Die Prognosen für die **Arbeitslosenquote** bis Ende Dezember gehen davon aus, dass sich die Quote auf 6 Prozent erhöhen wird. Das wäre der höchste Stand seit dem Jahr 2017.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit



3,99

Knapp vier Millionen Menschen bezogen in Deutschland im November 2024 das sogenannte **Bürgergeld**. Davon waren Ende 2023 rund 1,8 Millionen erwerbsfähige Ausländer.

Quelle: Statista

Zahlen des Quartals



451.000

Bis Ende August wurden in Deutschland rund 451.000 Kinder geboren. Das waren 3,1 Prozent weniger als im Vorjahr. Insbesondere in Ostdeutschland inklusive Berlin hat die **Geburtenzahl** um 6,4 Prozent deutlich stärker abgenommen als in Westdeutschland mit 2,5 Prozent.

Quelle: Statistisches Bundesamt Destatis



25

Seit Anfang August hat der **Rubel** ein Viertel an Wert verloren. Die offiziell angegebene Inflation liegt bei 8,5 Prozent. Verbraucher klagen jedoch über deutlicher gestiegene Preise etwa für Lebensmittel. Auslöser waren die US-Sanktionen gegen die Gazprombank, die Panikkäufe auf dem Devisenmarkt auslösten. Die russische Zentralbank tätigt zur Stabilisierung keine Fremdwährungskäufe mehr.

Quelle: ntv



630

Nach den beiden Wahlrechtsreformen soll der **Bundestag** künftig eine feste Größe von 630 Abgeordneten haben. Derzeit hat das Parlament 734 Abgeordnete. Auch weiterhin wählen die Menschen mit der Erststimme einen Bewerber ihres Wahlkreises. Die Bewerber mit den meisten Stimmen kommen aber nicht mehr automatisch in den Bundestag.

Quelle: bundestag.de

Schmutzige Wäsche

Eine ehemalige Scheidungsanwältin nannte mir einmal den Grund für den Wechsel auf ein anderes Rechtsgebiet: „Die viele schmutzige Wäsche.“ Die unwürdige Abrechnung von Bundeskanzler Olaf Scholz mit seinem bisherigen Koalitionspartner FDP und Bundesfinanzminister Christian Lindner fällt in diese Kategorie. Vergessen hat er dabei wohl, dass er nur durch den „Lagerwechsel“ der FDP nach der letzten Bundestagswahl mit den Grünen regieren konnte. Überhaupt war diese Ampel trotz aller Inszenierungen auch zum Start nie eine „Liebeshochzeit“, vielleicht eine „Vernunfttehe“, in der aber die FDP mehr Vernunft brauchte und einbrachte als die beiden eigentlichen „Liebespartner“ SPD und Grüne. Sie wiesen der FDP bei ihren „Liebespielen“ immer wieder die Zuschauerrolle in einer ungleichgewichtigen, höchstens am Anfang polyamoren Dreiecksbeziehung zu. Im Unterschied zu gescheiterten Ehen kann das „Waschen schmutziger Wäsche“ von Olaf Scholz kaum in verletzter Liebe ihre Ursache haben. Sie war ein klassisches Schuldzuweisungsspiel gegen die FDP aus taktischen Gründen, in das bereitwillig einige ihm nahestehenden Medien mit „Enthüllungen“ einstiegen. Ach so: Die anfangs erwähnte Scheidungsanwältin beschäftigt sich heute lieber mit Verwaltungsrecht.

Ihr Spindoktor



»Niemand hat die
Absicht eine Mauer
zu errichten.«
Wirklich?!



Walter Ulbricht, DDR-Staatsratsvorsitzender im Juni 1961

Was ist Fake und was ist eine Tatsache? Das zu unterscheiden wird in einer Welt, in der unwahre Behauptungen, virtuelle Realitäten oder künstliche Intelligenz immer wichtiger werden, immer schwerer.



DEUTSCHE STIFTUNG
DENKMALSCHUTZ

**Dieses Denkmal
beweist:**
Die Mauer wurde
errichtet und ein
ganzes Land geteilt.



Denkmal: Berliner Mauer

Umso bedeutender sind verlässliche Zeitzeugen, die wir befragen können. Zum Beispiel Denkmale! Denn sie sind ein Spiegel von Sternstunden und dunklen Kapiteln unserer Geschichte. Darum sind sie unersetzlich und müssen bewahrt werden!



Spenden Sie, um Wahr-Zeichen zu erhalten!
denkmalschutz.de/wahrzeichen



Warum verspielen wir unseren Wohlstand im Digitalen?

Innovationen, Arbeitsplätze und unser Wirtschaftsstandort
hängen von unserer digitalen Souveränität ab.



Mehr zu digitaler Souveränität aus Deutschland
für Europa erfahren Sie in unserem Whitepaper.
schwarz-digits.de/digital-sovereignty